

Jochen Weichold

# **DIE PDS IN TURBULENTEN ZEITEN**

**DAS ERSTE JAHR DER PARTEI  
DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS**

*27*

Die PDS in turbulenten Zeiten  
Das erste Jahr der Partei des Demokratischen Sozialismus

Jochen Weichold

**DIE PDS IN TURBULENTEN ZEITEN**

DAS ERSTE JAHR DER PARTEI  
DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS

Rosa-Luxemburg-Stiftung

## **IMPRESSUM**

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben  
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: August 2020

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

# **INHALT**

<b>Die PDS in turbulenten Zeiten</b>	<b>7</b>
Das erste Jahr der Partei des Demokratischen Sozialismus	
Die unmittelbare Vorgeschichte der PDS	7
Der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989	9
Auflösung oder Erneuerung der SED/PDS?	13
Der 1. Parteitag der PDS im Februar 1990	20
Die PDS-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR	27
Innerparteiliche Gruppierungen in der PDS	31
Die PDS auf dem Weg zur deutschen Einheit	36
Die PDS und die Bundestagswahl 1990	49
Aufbau und Struktur der PDS	58
Die Mitgliederentwicklung der PDS	60
Zur Sozialstruktur der Mitglieder und Wähler*innen der PDS	61
Internationale Kontakte der PDS	62
Fazit	64
Ausblick	66
<b>Anhang</b>	<b>85</b>
1 Zeittafel zur Geschichte der Partei des Demokratischen Sozialismus vom Dezember 1989 bis Dezember 1990	85
2 Zusammensetzung des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages der SED	90
3 Parteitage der PDS	90

4	Zusammensetzung des Parteivorstandes der PDS	90
5	Zusammensetzung des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS	96
6	Leiter der Kommissionen beim Parteivorstand der PDS	96
7	1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED bzw. der SED/PDS (Stand: Dezember 1989)	97
8	Mitgliederentwicklung und Mitgliederstruktur der PDS	98
9	Wahlergebnisse der PDS bei der Volkskammerwahl im März 1990 und bei der Kommunalwahl im Mai 1990	100
10	Wahlergebnisse der PDS bei den Landtagswahlen im Herbst 1990 im Vergleich zur Volkskammerwahl im März 1990 und zur Kommunalwahl im Mai 1990	102
11	Wahlergebnisse der PDS bzw. PDS/LL bei der Bundestagswahl 1990	103
12	Abgeordnete der PDS in der 10. Volkskammer der DDR	107
13	Abgeordnete der PDS im 11. Deutschen Bundestag	109
14	Abgeordnete der PDS im 12. Deutschen Bundestag	109
15	Auswahlbibliografie	110

Jochen Weichold

## **DIE PDS IN TURBULENTEN ZEITEN**

### **DAS ERSTE JAHR DER PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS**

Drei Jahrzehnte nach der Implosion des sogenannten real existierenden Sozialismus in Europa und dem Ende der Blockkonfrontation, nach der Wende in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) sind die Geschehnisse von damals Gegenstand von Vorträgen und Publikationen, von Podiumsdiskussionen und Talkshows. Bei der Bewertung der Ereignisse gehen die Einschätzungen der Beteiligten sowie die von Fachhistoriker\*innen, Politikwissenschaftler\*innen und Journalist\*innen weit auseinander. In diesen Kontext gehören auch die Entstehung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED/PDS) im Dezember 1989 und das erste Jahr der Entwicklung der PDS in jenen turbulenten Zeiten. Diesem Gegenstand widmen sich die nachstehenden Ausführungen.<sup>1</sup>

#### **Die unmittelbare Vorgeschichte der PDS**

Die Götterdämmerung des sogenannten real existierenden Sozialismus in Europa hatte bereits längere Zeit vor dem Herbst 1989 eingesetzt. Die sichtbarsten Zeichen waren die aus den Verhandlungen am Runden Tisch hervorgegangene erste bürgerliche Regierung unter Premier Tadeusz Mazowiecki in Polen und das Loch im Zaun in der ungarisch-österreichischen Grenze, das es vielen DDR-Bürger\*innen ermöglichte, über Österreich in die Bundesrepublik Deutschland zu flüchten. Hellsichtig schrieb im Frühsommer 1989 der «heimliche Parteichef» der Grünen und spätere deutsche Außenminister, Joschka Fischer: «Der Kapitalismus hat gewonnen, der Sozialismus hat verloren.»<sup>2</sup>

Die Situation in der DDR spitzte sich ab dem Sommer 1989 zu, als einerseits bis zum Herbst des Jahres Zehntausende DDR-Bürger\*innen aus Enttäuschung über ausbleibende Veränderungen über die Botschaften der BRD in Prag, Budapest und Warschau sowie über die im September geöffnete ungarisch-österreichische Grenze in

den Westen flüchteten. Andererseits formierten sich Bürgerbewegungen und fanden ab September 1989 die sogenannten Montagsdemonstrationen in Leipzig und in anderen Städten immer größeren Zulauf. Deren Teilnehmer\*innen forderten zunächst unter Skandieren der Parole «Wir bleiben hier» und dann unter der Losung «Wir sind das Volk» demokratische Reformen in der DDR. Höhepunkt wurde die Großdemonstration am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Berlin mit weit über 500.000 Menschen, auf der insbesondere die Forderung nach Reise-, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit erhoben wurde.<sup>3</sup>

Im Wende-Herbst 1989 kam damit die SED-Führung immer stärker unter Druck – unter den der Bevölkerung insgesamt, aber auch unter den der eigenen Parteibasis.<sup>4</sup> Mit der Grenzöffnung am 9. November versuchte die SED-Führung, Druck aus dem Kessel zu nehmen. An der Parteibasis wurde angesichts der aufgestauten Probleme in der DDR und des jahrelangen Abblockens von Perestrojka und Glasnost durch die Honecker-Riege zunächst die Forderung nach einer Parteikonferenz und dann nach einem Außerordentlichen Parteitag erhoben. Man stellte die bisherige Parteiführung infrage und forderte sie zum Rücktritt auf. Schrittweise und zögerlich dem Drängen der Basis nachgebend, beschloss das Zentralkomitee (ZK) der SED auf seiner 10. Tagung vom 8. bis 10. November 1989, eine 4. Parteikonferenz der SED für die Zeit vom 14. bis zum 17. Dezember 1989 einzuberufen. Nachdem bereits am 8. November 1989 auf einer Kundgebung vor dem ZK-Gebäude 50.000 Berliner SED-Mitglieder die Einberufung eines Außerordentlichen Parteitags gefordert hatten, demonstrierten in den Abendstunden des 10. November 1989 im Berliner Lustgarten mehr als 150.000 Mitglieder der SED unter der Losung «Wir sind die Partei». Sie traten dafür ein, die anstehenden Veränderungen mit der Autorität eines Parteitages mit neu zu wählenden Delegierten zu beraten und zu beschließen.<sup>5</sup> Am 12. November 1989 lenkte dann das Politbüro des ZK der SED ein und gab der Forderung nach Einberufung eines Außerordentlichen Parteitages statt. Der Parteiapparat verlor die Kontrolle über die Partei, Zerfallserscheinungen der Parteiorganisationen und Tendenzen der Selbstauflösung der Partei nahmen zu.<sup>6</sup> Schließlich traten am 3. Dezember 1989 das Politbüro und das ZK der SED zurück. Die Abdankung des Politbüros und des gesamten Zentralkomitees der SED inkludierte auch den Rücktritt von Egon Krenz als Generalsekretär des ZK der SED, der erst am 18. Oktober 1989 Erich Honecker in dieser Funktion abgelöst hatte.

Die Ereignisse im Herbst 1989 waren mit einem rapiden Macht- und Bedeutungsverlust der Staatspartei SED verbunden,<sup>7</sup> der auch von der Neuformierung der Partei als SED/PDS und dann als PDS nicht mehr aufgehalten werden konnte.<sup>8</sup> Am 1. Dezember 1989 strich die Volkskammer der DDR die «führende Rolle» der SED aus der Verfassung. Die Blockparteien, die erst Mitte November 1989 in die Koalitionsregierung Modrow eingetreten waren, emanzipierten sich zunehmend von der SED. Am 4. Dezember 1989 trat die Christlich-Demokratische Union (CDU) aus dem Demokratischen Block aus, einen Tag später folgten die Liberal-Demokratische Partei



Deutschlands (LDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und schließlich am 7. Dezember die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Am 6. Dezember 1989 trat Egon Krenz als Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zurück.

Am 7. Dezember 1989 kam erstmals nach polnischem Vorbild der Zentrale Runde Tisch zusammen, dessen Anspruch zunächst lediglich darin bestand, die Regierung zu kontrollieren.<sup>9</sup> Gleichzeitig begannen die staatlichen Strukturen der DDR zu zerbröseln.<sup>10</sup> Fortgesetzte Enthüllungen über Amtsmissbrauch und Korruption führender Partei- und Staatsfunktionäre führten zu ihrer Legitimationskrise. Der Versuch der Koalitionsregierung Modrow (seit Mitte November 1989 im Amt),<sup>11</sup> das aus dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR hervorgegangene Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) in einen Verfassungsschutz und in einen Auslandsnachrichtendienst aufzuspalten und somit einen Geheimdienst aufrechtzuerhalten (statt ihn aufzulösen), stieß auf starken Widerstand. Er scheiterte Mitte Januar 1990.<sup>12</sup>

Die Macht verlagerte sich von der Regierung Modrow zum Zentralen Runden Tisch («Phase der Doppelherrschaft»). Im Bemühen, die Situation in der DDR zu stabilisieren, gelang es Hans Modrow am 5. Februar 1990, je einen Vertreter von acht oppositionellen Gruppen des Zentralen Runden Tisches als Minister ohne Geschäftsbereich in seine «Regierung der nationalen Verantwortung» aufzunehmen und so die auf den 18. März 1990 vorgezogenen Wahlen zur Volkskammer der DDR zu sichern,<sup>13</sup> wobei der Zentrale Runde Tisch damit exekutive Aufgaben übernahm.<sup>14</sup> In einem knappen halben Jahr mutierte die omnipotente Staatspartei SED in einer äußerst dynamischen Zeit zunächst zu einer bloßen Regierungspartei und mit den Märzahlen 1990 zur Oppositionspartei.<sup>15</sup>

### **Der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989**

Auf den von Heinz Vietze aus Potsdam vorgetragenen Antrag der 1. Sekretäre der Bezirksleitungen, die das Mandat zum Außerordentlichen Parteitag der SED besaßen, beschloss das ZK der SED auf seiner letzten, außerordentlichen Tagung am 3. Dezember 1989, einen Arbeitsausschuss zur Vorbereitung dieses Parteitages einzusetzen, «bestehend aus Genossen, die konsequent für eine neue SED sind». Es sollte zudem ein Untersuchungsausschuss gebildet werden, «der konsequent Machtmissbrauch und Privilegien aufdeckt und die betroffenen Genossen parteimäßig zur Verantwortung zieht».<sup>16</sup>

Noch am späten Nachmittag des 3. Dezember 1989 konstituierte sich der Arbeitsausschuss zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages der SED am 16./17. Dezember 1989. Ihm gehörten 14 der neu gewählten 1. Sekretäre der Bezirksleitungen und eine Reihe von Persönlichkeiten an, von denen sie sich einen Beitrag zu einer Erneuerung der Partei erhofften, darunter Wolfgang Berghofer, Lothar Bisky, Gregor Gysi, Dieter Klein und Markus Wolf. Wolfgang Berghofer, Oberbürgermeister von Dresden, war im Oktober 1989 Mitinitiator des «Dresdner Dialogs» mit der

oppositionellen «Gruppe der 20» gewesen. Gregor Gysi, 1988 bis 1989 Vorsitzender des Ostberliner Kollegiums der Rechtsanwälte und des Rats der Vorsitzenden der Kollegien in der DDR, war im Herbst 1989 im Kontext der Erarbeitung eines neuen Reisegesetzes in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Ebenso wie Lothar Bisky, 1986 bis 1990 Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg, und Markus Wolf, Generaloberst a.D. und bis 1986 stellvertretender Minister für Staatssicherheit der DDR, hatte Gysi zu den Redner\*innen auf der Massenkundgebung am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz gehört, die sich gegen Gewalt gerichtet und verfassungsmäßige Rechte (Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit) eingefordert hatte. Gysi hatte in seiner Rede ein neues Wahlrecht und die Schaffung eines Verfassungsgerichts verlangt.<sup>17</sup> Dieter Klein, bis 1990 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, war führend am Reformprojekt «Moderne Sozialismustheorie» beteiligt. Leiter des Arbeitsausschusses wurde der einst als Generaldirektor des VEB Umformtechnik Erfurt gemäßregelte Herbert Kroker, nun neu gewählter 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt.

Markus Wolf schrieb in seinen Erinnerungen, dass die Szenerie im «Großen Haus», in dem eben noch das ZK der SED residiert hatte, gespenstisch gewirkt habe: «Wie Teilnehmer einer Palastrevolution saßen wir beisammen, nur von unserem Ansehen bei der Basis und der eigenen Erkenntnis legitimiert, daß es mit der Politik der Halbheiten nicht weitergehen durfte. Wir hatten die Legitimation als gewählte Delegierte des Parteitags.» Und: «Wir hatten das Gefühl, das Gebäude sei völlig leer; aber irgendwo hinter den Wänden um uns herum saß der Apparat – und arbeitete, lief –, wenn auch leer.»<sup>18</sup>

Der Philosoph Michael Brie machte im Arbeitsausschuss die Repräsentant\*innen von vier Gruppen innerhalb der Partei aus, deren Zusammengehen die Entwicklung der Partei in den folgenden Jahren entscheidend prägte: (a) Personen, die aus der Gründungsgeneration der DDR stammten, zur höheren Nomenklatura gehörten, aber in eine gewisse Distanz zum Politbüro geraten waren, (b) Reformintellektuelle, die schon längere Zeit Positionen eines demokratischen bzw. «modernen Sozialismus» mit Bezug auf die Perestroika vertreten hatten, (c) reformorientierte Pragmatiker\*innen der SED der mittleren Generation und (d) Parteikommunist\*innen und orthodoxe Sozialist\*innen. Aus dem Bündnis der Reformintellektuellen und der Reformpragmatiker\*innen, den beiden zahlenmäßig größten Gruppen im Arbeitsausschuss, entstand dann die neue Führungsgruppe der Partei.<sup>19</sup>

Der Arbeitsausschuss ließ sich von der übergreifenden Zielstellung leiten, eine Auflösung bzw. ein Auseinanderbrechen der SED zu verhindern. Er räumte der Reformierung und Modernisierung der Partei eindeutig Priorität ein.<sup>20</sup> Herbert Kroker erklärte nach der Konstituierung des Arbeitsausschusses: «Der Arbeitsausschuß sieht seine Aufgabe in einer solchen Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages, daß dieser die Neuformierung einer modernen sozialistischen Partei von unten einzuleiten vermag.»<sup>21</sup> In diesem Geiste setzte das Gremium eine Kommission zur Untersuchung von Machtmissbrauch und Korruption in der SED ein, die von Gregor Gysi geleit-

tet wurde. Am 4. Dezember 1989 berief der Arbeitsausschuss acht Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Parteitagreferate und bestätigte die Tagesordnung des Außerordentlichen Parteitages. Da Forderungen aus der Parteibasis, die SED aufzulösen, immer lauter wurden, beschloss der Arbeitsausschuss am 6. Dezember 1989, den Beginn des Parteitages auf den 8. Dezember 1989 vorzuziehen.

In einer emotional aufgeladenen Atmosphäre trat am Abend des 8. Dezember 1989 in Berlin der Außerordentliche Parteitag zusammen. Schon äußerlich unterschied sich dieser Parteikonvent von seinen Vorgängern: Die 2.714 Delegierten konferierten in der völlig schmucklosen Dynamo-Sporthalle in Berlin-Hohenschönhausen, saßen bei stickiger Luft auf harten Holzstühlen. Im Unterschied zum Prunk früherer SED-Parteitage gab es weder Saalschmuck noch Fahnen. Statt eines Menüs mit mehreren Gängen wurden Eintopf, Bockwurst oder Boulette mit Brötchen, Obst, Mineralwasser und viel Kaffee gereicht.

Ein Teil der Delegierten war mit dem Vorsatz zu diesem Parteitag gekommen, die SED aufzulösen, ein anderer wollte sie erhalten. Ein dritter Teil war in dieser Frage unentschieden. Eine geschickte Parteitage-Regie beraumte zu mitternächtlicher Stunde in Anlehnung an die Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 eine geschlossene Sitzung des Parteitages an. Auf dieser Sitzung berichtete der DDR-Ministerpräsident Hans Modrow von einem wenige Tage zuvor stattgefundenen Gespräch mit Michail Gorbatschow. In diesem Gespräch habe der sowjetische Parteichef deutlich gemacht, dass von Erhalt oder Untergang der SED und der DDR auch das Schicksal der Perestrojka in der UdSSR abhängen würde. Und Modrow appellierte an die Delegierten, die Partei zu erhalten, weil er sie als Regierungspartei brauche: «Ich muss hier in aller Verantwortung sagen: Wenn bei der Schärfe des Angriffes auf unser Land dieses Land nicht mehr regierungsfähig bleibt, weil mir, dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, keine Partei zur Seite steht, dann tragen wir alle die Verantwortung dafür, wenn dieses Land untergeht!»<sup>22</sup>

Die Rede Modrows verfehlte die beabsichtigte Wirkung nicht. Bei der anschließenden Abstimmung über den Antrag, die SED aufzulösen, votierte keiner der Delegierten für die Auflösung der Partei.<sup>23</sup> Aus der Rückschau konstatierte Gregor Gysi nach mehr als zwei Jahrzehnten: «Man kann sagen, dass er [Hans Modrow; J.W.] mit seiner Rede die Auflösung der Partei verhindert hat.»<sup>24</sup>

Wenig später wählten die Basisvertreter\*innen Gregor Gysi zum Parteivorsitzenden. Eine junge Delegierte überreichte ihm einen überdimensionalen Besen zum «großen Säubern» in der Partei. Die Delegierten, die erstmals in der Geschichte der SED in personalen Konkurrenzahlen ihr Mandat errungen hatten,<sup>25</sup> bestimmten in Einzelwahl mit Gegenstimmen und Enthaltungen einen Parteivorstand und eine Schiedskommission. Dem Parteivorstand mit insgesamt 101 Mitgliedern gehörten nur vier ehemalige Mitglieder des ZK der SED an. Auf der konstituierenden Sitzung des Parteivorstandes wurden Hans Modrow, Wolfgang Berghofer und Wolfgang Pohl zu stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt und ein Arbeitspräsidium bestimmt.

Sichtbar hatte sich die Partei vom «Demokratischen Zentralismus» der leninistisch-stalinistischen Parteien verabschiedet: An die Stelle der bisherigen Institutionen Generalsekretär, Politbüro, Zentralkomitee und Parteikontrollkommission traten – wie auch in westlichen demokratischen Parteien üblich – ein Parteivorsitzender, ein Präsidium, ein Parteivorstand und eine Schiedskommission.

Lothar Bisky erklärte schließlich im Bericht der Redaktionskommission zur Diskussion am ersten Beratungstag des Parteitages: «Die Delegierten des Sonderparteitages sehen es als ihre Pflicht an, sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk aufrichtig dafür zu entschuldigen, daß die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat. Wir sind willens, diese Schuld abzutragen. [...] Wir danken aufrichtig den mündigen Bürgern unseres Landes, die die radikale Wende durch ihren mutigen, gewaltlosen Kampf erzwungen und uns damit auch die Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei gegeben haben.»<sup>26</sup>

Als symbolischer Akt in diesem Sinne war auf Betreiben Gregor Gysis mit Rudolf Bahro einer der bekanntesten Dissidenten der DDR zum Parteitag eingeladen worden. Der neue Parteivorsitzende hatte ihn seinerzeit als Rechtsanwalt vertreten. Doch das Tagungspräsidium konnte nur mit Mühe erreichen, dass Bahro als Gastredner zugelassen wurde. Und das Referat des Sozialökologen selbst stieß auf Unmut und Unverständnis bei den Parteitagsdelegierten.<sup>27</sup> Die Szene war Ausdruck des komplizierten Beginns des viel beschworenen Erneuerungsprozesses der Partei.

Mit der Abstimmung in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember 1989 war – wie sich zeigen sollte – die Gefahr der Auflösung der Partei noch nicht gebannt. Das sah offensichtlich auch die sowjetische Parteiführung so. In einem Telefonat am 10. Dezember 1989<sup>28</sup> warnte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, eindringlich den neu gewählten Parteivorsitzenden Gysi vor einer Auflösung der Partei. «Der sowjetische Parteichef beschwor mich», so Gregor Gysi in seiner Autobiografie, »die SED auf keinen Fall aufzulösen. Geschähe dies, so sei es zwangsläufig mit einem Ende der DDR und der Sowjetunion verbunden.»<sup>29</sup>

Am 16./17. Dezember 1989 fand die Fortsetzung des Außerordentlichen Parteitages der SED in Berlin statt, auf dem sich die Delegierten zu den Prinzipien eines demokratischen Sozialismus bekannten. Zu Beginn der Beratungen am 16. Dezember 1989 begründete Michael Schumann in dem vorgetragenen Referat «Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED» den antialinistischen (Gründungs-)Konsens der PDS und verwies darauf, dass der Parteitag schon am ersten Beratungstag mit Nachdruck erklärt habe: «Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.»<sup>30</sup>

Die Delegierten beschlossen ein neues (vorläufiges) Parteistatut, das programmatische Dokument «Was will die Partei?», die Bildung einer Statuten- und Programmkommission sowie eines Rates der Alten beim Parteivorstand und insbesondere die Umbenennung der Partei in Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED/PDS). Der neue Parteiname symbolisierte sowohl

den Anspruch auf die Rechtsnachfolge der SED als auch auf die grundlegende Neugestaltung der Partei. Dazu hatte Gregor Gysi erklärt, dass sich diejenigen, die heute noch Mitglied dieser Partei seien, zur Geschichte dieser Partei bekennen würden und nicht bereit seien, sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen. Andererseits würden sie sich aber auch zu dem hier vollzogenen Bruch mit dem Stalinismus und zum ernsthaften Neubeginn bekennen. Um beiden Gesichtspunkten gerecht zu werden, solle die Partei einen Doppelnamen tragen, was heiÙe, den bisherigen Namen zu ergänzen: «Bis zu einer anderen Entscheidung heißen wir Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus.»<sup>31</sup>

Hans Modrow schätzte einige Jahre später nüchtern ein: «Dieser Parteitag hob die Krise der SED keineswegs auf, er bremste sie nicht einmal. Aber er konnte dennoch in Ansätzen Handlungsfähigkeit für Erneuerung und Wandel herstellen.»<sup>32</sup>

### **Auflösung oder Erneuerung der SED/PDS?**

Im Zuge der eingeleiteten Erneuerung der Partei beschloss das Präsidium der SED/PDS Anfang Januar 1990 eine neue Struktur der Führungsspitze und eine demokratische, basisorientierte Arbeitsweise, eine Reduzierung der Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen und die Auflösung der bisherigen ZK-Abteilungen.<sup>33</sup> Zudem entschied das Gremium, die Betriebsparteiorganisationen aufzulösen und Basisorganisationen auf der Grundlage der Struktur der vorhandenen Wohnparteiorganisationen zu gründen und damit ihr Organisationsmonopol in den Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen des Staates aufzugeben. Die praktische Umsetzung des Beschlusses führte zu großen Mitglieder- und Strukturverlusten:<sup>34</sup> Während Ende 1988 mehr als 59.000 Grundorganisationen existierten, gab es am 1. Juni 1990 nur noch etwa 16.000 Basisorganisationen.<sup>35</sup> Das Präsidium war bestrebt, die Partei organisatorisch zusammenzuhalten, ihre politische Identität auszuprägen und zugleich ihre Vergangenheit aufzuarbeiten.<sup>36</sup>

Doch die Forderungen nach Auflösung der Partei, die bereits auf dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 und in der Bevölkerung erhoben worden waren, verstummten nicht, sondern wurden von verschiedenen Plattformen, die sich seit dem Wende-Herbst formiert hatten, immer wieder artikuliert.<sup>37</sup> Die Partei hatte zwar einen neuen Vorstand, doch der Parteiapparat war noch weitgehend der alte geblieben. Das konnte angesichts der Kürze der Zeit, die seit dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 vergangen war, nicht verwundern, erzeugte aber dennoch Ungeduld gerade unter aktivistischen Parteimitgliedern. Zudem geriet die neue Parteiführung auch wegen der zögerlichen Politik der Auflösung der Staatssicherheit weiter unter Druck (in der Bevölkerung wie auch innerparteilich).<sup>38</sup> Der Fortbestand der Partei stand «wiederholt auf Messers Schneide».<sup>39</sup>

Am 18. Januar 1990 trafen sich knapp 60 Vertreter\*innen der Plattform WF, die ihre Wurzeln im Berliner Werk für Fernseh elektronik (WF) hatte,<sup>40</sup> der Plattform 3. Weg,<sup>41</sup> des Sozialdemokratischen Studienkreises (vorher Sozialdemokratische Platt-

form genannt),<sup>42</sup> der Plattform Demokratischer Sozialismus und der Kommunistischen Plattform (KPF) mit Mitarbeiter\*innen der Akademie der Wissenschaften in Berlin zu einer Beratung über ihr weiteres Vorgehen im Reformprozess der Partei. Im Ergebnis dieser teils chaotisch verlaufenden Beratung<sup>43</sup> forderten die verschiedenen Plattformen – mit Ausnahme der KPF – in einer gemeinsamen Erklärung den Parteivorstand der SED/PDS auf, auf seiner nächsten Tagung die Delegierten des Außerordentlichen Parteitagess erneut einzuberufen mit dem Ziel, die SED/PDS «unter öffentlicher Kontrolle kompromißlos aufzulösen».<sup>44</sup> Zudem wurde verlangt, den Verzicht auf das Parteieigentum und die Neugründung verschiedener Parteien zu beschließen.<sup>45</sup> Zur Begründung hieß es: «Es ist nicht gelungen, entgegen den Beschlüssen des außerordentlichen Parteitagess der SED-PDS die Partei von Grund auf zu reformieren und das Erneuerungs- und Demokratisierungspotential überzeugend in die Stabilisierung des Landes einzubringen.»<sup>46</sup>

Diese über die Nachrichtenagentur ADN verbreitete Aufforderung löste einen Sturm des Protestes innerhalb der Partei aus. Am Abend des folgenden Tages versammelten sich Anhänger\*innen des Erhalts der SED/PDS aus der ganzen DDR im überfüllten großen Saal des ehemaligen Zentralkomitees der SED in Berlin. Insbesondere schon seit Längerem entstehende «Initiativgruppen PDS», in denen junge Leute, vor allem Frauen, dominierten, wandten sich gegen eine Auflösung der Partei, verlangten aber ihre zügige Transformation zur «Partei des Demokratischen Sozialismus» ohne SED-Anhängsel und deren Ballast – weder im Namen, noch im politischen Handeln.<sup>47</sup> Sie forderten zudem, dass die «verhängnisvolle Verflechtung leitender Funktionäre des alten Parteiapparates mit dem ehemaligen MfS» vollständig offengelegt werden müsse.<sup>48</sup>

Nach dem geradezu euphorischen Befund des Historikers Heinrich Bortfeldt setzten die vielgestaltigen basisdemokratischen Initiativgruppen in der SED/PDS ein deutliches Zeichen: «Mitglieder der Initiativgruppen fühlten sich als wirkliche Akteure der Geschichte. Sie wirkten unmittelbar auf den Parteivorstand ein, sie konnten sich in inhaltlichen und organisatorischen Fragen einbringen. Das war ein neues Moment. Die Initiativgruppen bereicherten das innerparteiliche Leben. Sie plädierten für ein neues Parteiverständnis, das die SED-PDS nicht nur als Organisation, sondern auch als Bewegung begreifen sollte.»<sup>49</sup>

Im gleichen Sinne wie die Versammlung im großen Saal des ehemaligen ZK der SED erklärten am 19. Januar 1990 die Vorsitzenden der 13 Berliner Kreisorganisationen der Partei als Ergebnis vieler Basisdiskussionen, dass sich die Berliner Mitglieder gegen eine Auflösung der SED/PDS wenden würden. Es sei vielmehr notwendig, die eingeleitete Erneuerung der SED/PDS durch die Übernahme von tätiger Verantwortung zur Stabilisierung der DDR zu beweisen. Eine Auflösung der Partei würde die Instabilität in der DDR erhöhen, argumentierten sie.<sup>50</sup> Wörtlich hieß es in der Erklärung: «Die Gefahr einer unberechenbaren Situation in der Mitte Europas, von Anarchie und Chaos würde wachsen. Hunderttausenden ehrlicher Genossen, die die

Lehren aus der Vergangenheit ziehen wollen, mit dem Stalinismus brechen, die Neuformierung vollziehen und sich für unser Land und seine Menschen engagieren, würde die politische Heimat geraubt.»<sup>51</sup>

Die Aufforderung der Plattformen, die SED/PDS aufzulösen, alarmierte nicht nur Aktivist\*innen an der Basis der Partei, sondern auch die sowjetische Botschaft in der DDR. Der sowjetische Botschafter Wjatscheslaw I. Kotschemassow bat daraufhin den Parteivorsitzenden Gysi am 19. Januar 1990 zum Gespräch, um ihm die ernstesten Folgen zu verdeutlichen, die eine Auflösung der SED/PDS auch für die UdSSR hätte.<sup>52</sup>

Vor diesem Hintergrund kam es am 20. Januar 1990 zu einer Grundsatzdiskussion im Parteivorstand der SED/PDS über Fortbestand oder Auflösung der Partei. Während die einen für die Erhaltung der Partei plädierten, sprachen sich andere für eine geordnete Auflösung der SED/PDS und für die Neugründung einer linken Partei aus, weil sie die stalinistisch geprägte Partei für nicht reformierbar hielten. «Eine stalinistische Partei kann sich nicht säubern»,<sup>53</sup> erklärte Martina Bertl, und Michael Brie forderte «eine totale, geordnete Auflösung» der Partei.<sup>54</sup> Norbert Kertscher, der Vorsitzende des SED/PDS-Vorstandes im Bezirk Karl-Marx-Stadt, warf die Frage auf: «Haben wir das Recht, unsere Partei zu formieren auf Kosten des Landes? Denn wir verspüren eines: Alles, was wir unternehmen, um die Partei zu formieren, stößt bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung auf Widerstand. Sie will diese Partei nicht mehr.»<sup>55</sup>

Gregor Gysi räumte ein, dass es nicht gelungen sei, «den Bruch mit der Vergangenheit in der Weise zu vollziehen, daß wir nicht in einen Topf mit der alten Führung und den alten Strukturen der Partei geworfen werden». Deshalb sei der Erneuerungsprozess der Partei «radikal [zu] beschleunigen».<sup>56</sup> Der Parteivorsitzende argumentierte – wie die Mehrheit der Debattenredner\*innen – gegen eine Auflösung der SED/PDS. Er warnte, wenn sich die Partei auflösen würde, würde sich innerhalb weniger Wochen auch die DDR auflösen – und das in einem Selbstlaufprozess, der nicht mehr zu regulieren und zu steuern wäre, mit katastrophalen Auswirkungen für die Menschen in diesem Land. Gysi berichtete, dass ihn der sowjetische Botschafter am 19. Januar 1990 von der Einschätzung der sowjetischen Seite unterrichtet habe, «daß dieser Selbstauflösungsprozeß unserer Partei, verbunden mit einem Selbstauflösungsprozeß der DDR, das Ende der Perestroika in der UdSSR wäre».<sup>57</sup>

Nach mehrstündiger Diskussion stellte Hans Modrow den Antrag, ein Dokument auszuarbeiten, in dem sichtbar werden sollte, «daß die Partei erhalten bleibt und wir konsequent den Weg zu einer neuen Partei beschreiten».<sup>58</sup> Für diesen Antrag stimmten von 90 anwesenden Mitgliedern des Parteivorstandes 76, dagegen votierten zehn und vier enthielten sich der Stimme.<sup>59</sup> Eine Arbeitsgruppe, geleitet von Gregor Gysi, unterbreitete dann ein Papier, das die Auflösung der SED/PDS ablehnte und Maßnahmen zur Beschleunigung des Erneuerungsprozesses entwickelte. Dieses Papier wurde schließlich mit 80 Stimmen bei zwei Gegenstimmen und sieben Enthaltungen

angenommen.<sup>60</sup> In diesem Beschluss hieß es: «Nach langer, reiflicher und zum Teil kontroverser Diskussion geht der Parteivorstand davon aus, daß die Auflösung der Partei die Polarisierung in der Gesellschaft und den Grad der erreichten Spannungen nicht abbauen kann. Im Gegenteil. Es wäre zu befürchten, daß eine Verlagerung der Polarisierung mit zunehmenden Spannungen erfolgt, wobei das Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Schutzlosigkeit einzelner zunehmen würde. Hinzu kommt, daß sich Menschen und Ideen nicht auflösen lassen und der Parteivorstand davon ausgeht, daß die demokratische Erneuerung in der DDR, die Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten innerhalb unserer deutschen Nation und die Entwicklung zum vereinigten Europa auch starke linke Kräfte im politischen Spektrum benötigen. Die Partei des Demokratischen Sozialismus wäre in diesem linken Spektrum ein wichtiger Faktor.»<sup>61</sup>

Der Parteivorstand räumte ein, dass es der SED/PDS in den fünf Wochen seit Abschluss des Außerordentlichen Parteitages nicht gelungen sei, sich so zu erneuern, dass sie bereits eine neue Partei geworden wäre. An einen Prozess, der erst fünf Wochen andauere, dürften allerdings auch keine illusionären Erwartungen geknüpft werden. Insofern sei es zu bedauern, dass «viele Mitglieder, die ehrlich eine Erneuerung anstrebten, die Partei gegenwärtig verlassen, nur weil der Prozeß nicht in so kurzer Frist zu realisieren ist».<sup>62</sup>

Um die Erneuerung der Partei zu beschleunigen und in der Öffentlichkeit deutlicher darzustellen, beschloss der Parteivorstand der SED/PDS de facto ein Sofortprogramm, das unter anderem vorsah: 1. zügige Fortsetzung der Arbeiten am Parteiprogramm, 2. Überführung eines Teils der Parteibetriebe und -gebäude in volkseigenes bzw. in genossenschaftliches Eigentum, 3. Abschaffung des bisherigen Symbols der Partei<sup>63</sup> und damit auch des Abzeichens, 4. weitere Reduzierung des hauptamtlichen Parteiapparates, 5. schnellstmöglicher Ausschluss von Parteimitgliedern, die Strafgesetze verletzt hatten, anderweitig durch ihre Vergangenheit belastet waren oder die Umgestaltung bremsen, und 6. konsequente Fortsetzung der Rehabilitierungsverfahren zugunsten der von der früheren SED-Führung zu Unrecht bestraften Parteimitglieder durch die Schiedskommissionen auf allen Ebenen.<sup>64</sup>

Die Zentrale Schiedskommission der SED/PDS rehabilitierte am 20. Januar 1990 47 Genoss\*innen, darunter den 82-jährigen Karl Schirdewan,<sup>65</sup> der 1958 als scharfer Kontrahent Walter Ulbrichts wegen «Revisionismus» aus der SED-Führung ausgeschlossen und in die politische Wüste verbannt worden war.<sup>66</sup> Die Schiedskommission befasste sich intensiv mit dem Fehlverhalten der früheren SED-Führung und schloss schließlich auf ihrer Sitzung am 20. und 21. Januar 1990 14 Mitglieder dieser Führung aus der Partei aus, darunter die ehemaligen Politbüromitglieder Egon Krenz, Kurt Hager und Günter Schabowski, nachdem bereits am 3. Dezember 1989 das alte Zentralkomitee der SED Erich Honecker, Erich Mielke, Horst Sindermann, Willi Stoph, Harry Tisch, Alexander Schalck-Golodkowski und weitere sechs führende Funktionäre aus der Partei ausgeschlossen hatte.<sup>67</sup> «Damit wurde kein vollständiger



Kontinuitätsbruch, aber doch ein personeller Umbruch vollzogen»,<sup>68</sup> resümierte der Historiker Thorsten Holzhauser.

Volkmar Schöneburg, der langjährige Vorsitzende der Bundesschiedskommission der PDS und frühere Justizminister des Landes Brandenburg, sah jüngst in den Verfahren der Zentralen Schiedskommission der SED/PDS am 20. und 21. Januar 1990 «eine Zäsur in der Tätigkeit der Parteigerichte der SED-PDS, in der das Alte noch aufscheint und das Neue bereits sichtbar wird». <sup>69</sup> Ebenso wie die symbolische Überreichung des überdimensionalen Besens an den frisch gewählten Parteivorsitzenden auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS zum «großen Säubern» in der Partei waren die Rehabilitierungs- und Ausschlussverfahren auf der Sitzung der Schiedskommission Relikte des Alten, das eigentlich mit dem «unwiderrufflichen Bruch mit dem Stalinismus» überwunden werden sollte. Doch die im Januar 1990 ausgesprochenen Parteiausschlüsse – so Schöneburg – seien in der gegebenen Situation Ultima Ratio gewesen, um die politische Handlungsfähigkeit der Partei zu gewährleisten.<sup>70</sup> Im Politik- und Organisationsverständnis einer modernen sozialistischen Partei hätten allerdings Bestrafung und Rehabilitierung keinen Platz: «Von daher waren die Ausschlüsse im Januar 1990 und die gleichzeitigen Rehabilitierungen durch die Schiedskommission ein zeitgemäßer Anachronismus, in dem sich das neue politische Selbstverständnis der Partei zur Geltung brachte und bewährte.»<sup>71</sup>

Vielen Mitgliedern der Partei gingen aber die Schritte der Erneuerung der Partei nicht weit genug. Sie glaubten zunehmend nicht mehr daran, dass sich die Partei erneuern lasse. Als Reaktion auf den Beschluss des Parteivorstandes, die Partei zu erhalten, verließen am 21. Januar 1990 der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Berghofer, der aufgrund eines Auslandsaufenthalts nicht an der Parteivorstandstagung teilgenommen hatte,<sup>72</sup> und 39 weitere leitende Funktionäre in Dresden, darunter das Präsidium des geschäftsführenden Bezirksvorstandes der Partei, die SED/PDS. Sie forderten die Auflösung der Partei, weil sie ihr eine «objektive Erneuerungsunfähigkeit» attestierten.<sup>73</sup> Damit nahm eine neue Austrittswelle ihren Anfang, nachdem bereits von Mitte Dezember 1989 bis Anfang Januar 1990 rund eine Viertelmillion Mitglieder ausgetreten waren. Nun traten zunehmend jene Mitglieder aus, die dem «radikal-demokratischen Flügel» der Partei (Falkner/Huber) zuzurechnen gewesen wären.<sup>74</sup> André Brie, gerade zum Wahlkampfleiter der PDS berufen, beklagte daher in einem Zeitungskommentar, dass der Erneuerungsprozess ins Stocken geraten sei und nun gerade diejenigen die Partei verlassen würden, die eine linke sozialistische, demokratische Partei wollten.<sup>75</sup>

Verstärkt wurde die neue Austrittswelle vom sich abzeichnenden Ende der DDR. Am 1. Februar 1990 stellte nach Konsultationen mit der Spitze der KPdSU<sup>76</sup> der Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, auf einer Pressekonferenz in Berlin sein Konzept «Für Deutschland, einig Vaterland» vor, das einen Drei-Stufen-Plan für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten vorsah: Vertragsgemeinschaft – Konföderation – Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form einer Deutschen

Föderation oder eines Deutschen Bundes.<sup>77</sup> Der Kernsatz seiner Erklärung lautete: «Deutschland soll wieder einig Vaterland aller Bürger deutscher Nation werden.»<sup>78</sup> Hans Modrow hatte dieses Konzept nur mit seinen engsten Beratern besprochen<sup>79</sup> und weder den Parteivorstand der SED/PDS noch dessen Präsidium (mit Ausnahme Gregor Gysis) eingebunden.<sup>80</sup>

Ganz offensichtlich wurde die Parteiführung von der Wendung der Dinge überrascht. André Brie berichtete Jahre später von einer aufgeregten Diskussion im Präsidium des Parteivorstandes der PDS, die vor allem von der Überschrift des Modrow-Konzeptes ausgelöst worden sei. Das Gremium habe dann in einer Presseerklärung zur Modrow-Initiative betont, dass eine schnelle Einigung nicht möglich sei oder die negativsten internationalen und sozialen Folgen haben werde.<sup>81</sup> Gregor Gysi erinnerte sich im Herbst 1990 an die Turbulenzen: «Unser Parteipräsidium hat am nächsten Tag eine Stellungnahme abgegeben, sie war etwas distanziert und forderte zusätzlich die Entmilitarisierung.»<sup>82</sup> Man setzte in diesem Gremium den Schwerpunkt auf Vertragsgemeinschaft und Konföderation, nicht auf eine Vereinigung der DDR mit der BRD.<sup>83</sup> Das war nicht zuletzt Ausdruck der Tatsache, dass die Partei noch keine klar erkennbare Deutschlandpolitik hatte. Ja, auf der vorangegangenen Vorstandssitzung hatte die deutsche Frage kaum eine Rolle gespielt, obwohl auf den Montagsdemonstrationen mit Hunderttausenden Teilnehmer\*innen nicht nur «Nieder mit der SED» gerufen wurde, sondern die Losung «Deutschland einig Vaterland» dominierte.<sup>84</sup>

Das Konzept «Für Deutschland, einig Vaterland» war das Resultat eines etwas längeren Prozesses, in dem Hans Modrow zu dem Schluss gekommen war, dass die DDR politisch und ökonomisch mittelfristig keine Überlebenschance hatte.<sup>85</sup> Der Ausgangspunkt war ein Gespräch mit Gorbatschow am 3. Dezember 1989 in Moskau, als Modrow einen konzeptionslosen Generalsekretär erlebte, der sich einzig auf den Erhalt der Sowjetunion konzentrierte, den aber die Entwicklungen in den «sozialistischen Bruderstaaten» kaum noch zu interessieren schienen.<sup>86</sup> Als Hans Modrow am 19. Dezember 1989 mit Helmut Kohl bei der Kundgebung auf der Tribüne vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden stand und die Sachsen dem Bundeskanzler zujubelten, war für ihn klar, «wohin die Reise gehen würde: ab nach Deutschland».<sup>87</sup>

Ausschlaggebend war dann die Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) am 9. und 10. Januar 1990 in Sofia. Dort erklärte der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow: «Wir können nicht mehr mit dem transferablen Rubel rechnen. [...] Wir müssen den Handel auf der Basis konvertierbarer Währungen abwickeln: DM oder Dollar.»<sup>88</sup> Für Modrow war damit klar: «Das war das Ende vom RGW.»<sup>89</sup> Und wie die DDR, die über 40 Prozent ihres Außenhandels mit der Sowjetunion abwickelte, diese Veränderung in den Handelsbeziehungen ökonomisch stemmen sollte, stand in den Sternen.<sup>90</sup> Der Ministerpräsident der DDR zog daraus die Konsequenz: «Angesichts dieser Entwicklungen bereitete ich mich mit einem Drei-Stufen-Plan auf eine konföderale Zusammenarbeit [mit der BRD; J.W.] vor. Was mir nicht wenige Genossen als Verrat vorhielten.»<sup>91</sup>

Wenige Tage vor dem Besuch Hans Modrows bei Michail Gorbatschow in der Sowjetunion war am 26. Januar 1990 in Moskau im kleinen Zirkel um Gorbatschow die Entscheidung getroffen worden, die DDR fallenzulassen.<sup>92</sup> Der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow hatte in dieser Beratung erklärt: «Die DDR zu erhalten, ist unrealistisch.»<sup>93</sup> Es kann nur vermutet werden, dass Egon Krenz' Gespräch mit Michail Gorbatschow am 1. November 1989 in Moskau, in dem er ihm auf der Basis des sogenannten Schürer-Reports<sup>94</sup> Auskunft zur politischen und ökonomischen Lage der DDR gegeben hatte,<sup>95</sup> zu einer derartigen Einschätzung beigetragen hatte. Der Bericht hatte die düstere ökonomische Lage der DDR (insbesondere die Auslandsverschuldung in konvertiblen Währungen) noch finsterner gemalt, als sie es ohnehin war. Die Autoren der «Fischer Chronik Deutschland 1949–1999» schreiben, Gorbatschow habe aufgrund der Informationen von Egon Krenz annehmen müssen, «die DDR stehe vor dem wirtschaftlichen Kollaps».<sup>96</sup> In der genannten Beratung im kleinen Zirkel am 26. Januar 1990 verlangte Michail Gorbatschow, man müsse Helmut Kohl und Hans Modrow die «ökonomische Schutzlosigkeit» der DDR verdeutlichen.<sup>97</sup> KPdSU-Politbüro-Mitglied Alexander Jakowlew regte in der Runde an: «Gut wäre es, wenn Modrow ein Wiedervereinigungsprogramm vorlegen würde, ohne Vorurteile, ausgehend von der Realität, und wir würden ihn aktiv unterstützen.»<sup>98</sup>

Bei seinem Treffen mit Hans Modrow am 30. Januar 1990 in Moskau erklärte Gorbatschow: «Es gibt ein gewisses Einvernehmen darüber bei den Deutschen in Ost und West sowie bei den Repräsentanten der vier Mächte, daß die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen wird.»<sup>99</sup> Diese Erklärung Michail Gorbatschows wirkte in der SED/PDS wie ein Paukenschlag, stellte sie doch eine grundlegende Veränderung in der sowjetischen Außenpolitik dar und damit auch im Verhältnis der UdSSR zur DDR und im Verhältnis der KPdSU zur SED/PDS.

Für viele Parteimitglieder waren die Erklärung Gorbatschows und Modrows Konzept «Für Deutschland, einig Vaterland» ein Schock.<sup>100</sup> Sie hatten auf Modrow und Gorbatschow vertraut und waren mit der PDS angetreten, die DDR zu erhalten und zu erneuern. Schließlich waren noch auf dem Parteitag im Dezember 1989 die Hoffnungen der Delegierten in den Aufbruch verheißenden Worten zusammengefasst worden: «Laßt uns [...] über alle politischen Gegensätze hinweg zusammengehen für eine neue DDR, für demokratischen Sozialismus!»<sup>101</sup> Nun gab es «weder Ort noch Zeit, den demokratischen Sozialismus auszuprobieren».<sup>102</sup> Und statt in Richtung einer Vertragsgemeinschaft zwischen der DDR und der BRD lief die Entwicklung nun auf einen faktischen Anschluss der DDR an die BRD hinaus – mit für die Parteimitglieder noch nicht absehbaren Folgen, aber ungunstigen Gefühlen. Beide Politiker hatten allerdings nur den veränderten ökonomischen und politischen Realitäten Rechnung getragen. Die gesellschaftlichen Mehrheiten in der DDR hatten sich längst von der Option einer demokratischen und sozialistischen Erneuerung der DDR ab- und der Option einer Vereinigung mit der BRD zugewandt.<sup>103</sup>

Hans Modrow war zuvor im Januar 1990 von seiner Funktion als Stellvertretender Vorsitzender der SED/PDS zurückgetreten, weil er sich als Regierungschef der DDR insgesamt vor dem Volk verantwortlich sah und nicht allein vor der Partei. Am Ende des Gesprächs mit Michail Gorbatschow am 30. Januar 1990 erläuterte er: «Der Chef der Koalitionsregierung muss den Konsens unterstützen, der weit über die Parteigrenzen hinausgeht.»<sup>104</sup> Bereits am 22. Januar 1990 hatte Hans Modrow vor dem Zentralen Runden Tisch erklärt: «In meiner Tätigkeit als Ministerpräsident sehe ich mich ausschließlich in meiner Verantwortung gegenüber dem Volk und nicht gegenüber einer Partei.»<sup>105</sup>

Das Präsidium des Parteivorstandes der PDS befasste sich am 8. Februar 1990 ausführlicher mit der deutschen Frage. Diese Frage sei historisch nicht entschieden und mithin offen. «Die PDS sieht die Lösung der deutschen Frage in einem geeinten Europa»,<sup>106</sup> unterstrich das Präsidium. Die PDS setze sich ein für ein Zusammenleben der Deutschen, das die Zweistaatlichkeit der deutschen Nation als Voraussetzung ihrer Annäherung vorerst aufrechterhalte. Weiter hieß es: «Die deutsche Einigung ist für uns ein historischer Prozess, der auf die Überwindung der Spaltung Europas abzielt und ein fortschrittliches, soziales, antifaschistisches und demokratisches Deutschland anstrebt.»<sup>107</sup> In diesem Kontext betonte das Präsidium, dass die PDS entschieden für die volle Anerkennung des bestehenden Status quo in Europa eintrete und strikt und bedingungslos die Nachkriegsgrenzen anerkenne, insbesondere die Oder-Neiße-Grenze zur Republik Polen.

Die Entwicklung einer auf dem Grundlagenvertrag aufbauenden qualifizierten Vertragsgemeinschaft würde über die Herausbildung konföderativer Strukturen zu einer deutsch-deutschen Konföderation, zu einem neutralen und entmilitarisierten deutschen Staatenbund im Rahmen der europäischen Einigung führen. Das Präsidium des Parteivorstandes der PDS warnte vor einer schnellen «Wiedervereinigung», die auf den Anschluss der DDR an die BRD hinausliefe, weil sie «zwangsläufig die Aufgabe des Volkseigentums, des Rechtes auf Arbeit, auf unentgeltliche Bildung bis zu den Universitäten, das Rückgängigmachen der Bodenreform, einen freien Zugriff der BRD-Bürger auf ihren angeblichen Besitz an Grund und Boden sowie an Mietshäusern in der DDR mit sich bringen» würde.<sup>108</sup>

### **Der 1. Parteitag der PDS im Februar 1990**

Im Bestreben, die Erneuerung der Partei weiter voranzutreiben, beschloss der Parteivorstand am 4. Februar 1990 zum einen, ein Reserveguthaben von 3,041 Milliarden Mark, das aus nicht verbrauchten Gewinnen der Parteibetriebe aus den letzten 20 Jahren stammte, an den Staatshaushalt der DDR abzuführen.<sup>109</sup> Zum anderen entschied das Gremium, den Doppelnamen SED/PDS aufzugeben und fortan den Namen «Partei des Demokratischen Sozialismus» (PDS) zu führen.<sup>110</sup>

Diese Entscheidung bestätigte der 1. Parteitag der PDS faktisch mit der Annahme des «Statuts der Partei des Demokratischen Sozialismus» am 25. Februar 1990. Dieser

Parteitag, der am 24./25. Februar 1990 unter der Losung «PDS – die Neue – progressiv – produktiv – pro DDR»<sup>111</sup> in Berlin zusammentrat, beschloss zudem das Programm der PDS, das Wahlprogramm der Partei zur Volkskammerwahl im März 1990, ein Frauenaktionsprogramm und ein jugendpolitisches Aktionsprogramm. Da rund ein Drittel der Vorstandsmitglieder seit dem Parteitag im Dezember 1989 von der Parteifahne gegangen war, fanden Nachwahlen zum Parteivorstand statt. Die Delegierten wählten Gregor Gysi erneut zum Vorsitzenden und Hans Modrow zum Ehrenvorsitzenden der Partei und nominierten die Kandidat\*innen der PDS zur Volkskammerwahl. Sie bestimmten dabei nicht zuletzt Hans Modrow zum Spitzenkandidaten der Partei.

Hans Modrow hatte lange gezögert, die Kandidatur anzunehmen. Bereits am 22. Februar 1990 hatten ihn PDS-Mitglieder aus verschiedenen Bezirken der DDR aufgesucht, junge Menschen und ältere Genoss\*innen, und ihn nachdrücklich gebeten, für die Volkskammer zu kandidieren. «Mein Entschluß, es nicht zu tun, stand bis dahin ziemlich fest», erinnerte sich Hans Modrow später. «Zwei Momente jedoch gaben schließlich den Ausschlag für eine Kandidatur: Gregor Gysi hatte mit drei Stellvertretern seine Tätigkeit begonnen; einer, Berghofer, war inzwischen davongelaufen, und nun will auch Modrow nicht mehr mitziehen? Eine Kettenreaktion aus Resignation und Feigheit? Für die Skizzierung eines solchen Verdachts wollte ich nicht den Anlaß bieten. Die andere Überlegung verknüpfte sich mit den Chancen der PDS; bei allen Umfragen blieb trotz Angriffen in den BRD-Medien mein Ansehen groß, und die Bitte, dies für die Partei bei den Wahlen einzusetzen, ging bis in die Familie: Auch meine Frau, selbst PDS-Mitglied, sprach sich für meine Kandidatur aus. So trat ich auf dem Parteitag ans Rednerpult und sagte mein Ja.»<sup>112</sup>

In seiner Rede auf dem Parteikonvent nannte Hans Modrow drei Gründe für sein Zögern: Erstens müsse es für die PDS, wenn sie sich erneuern wolle, eine konsequente Abkehr von der Vergangenheit geben. «Bei allem, was ich 1989, vielleicht auch davor, für eine Politik der Wende zu tun versucht habe – heute weiß ich sehr genau: Es hat nicht ausgereicht.»<sup>113</sup> Zweitens gelte für ihn als Ministerpräsident: erst das Land, dann die Partei. Er habe keinen Zweifel daran gelassen, dass er als Ministerpräsident nicht einer Partei verpflichtet sein könne, sondern dem Volk. Nur dadurch sei es ihm möglich gewesen, die Regierung erst mit fünf und dann mit 13 Koalitionsparteien arbeitsfähig zu halten. Drittens sollten diejenigen, die für die PDS in die Volkskammer gewählt würden, dort nicht bereits seit über drei Jahrzehnten gesessen haben. Dennoch habe er nun dem Drängen des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS und den Erwartungen vieler Bürger\*innen in den Wahlgesprächen nachgegeben, «um nicht Hunderttausende zu enttäuschen, die sich entschlossen haben, eine neue demokratische Linke in unserem Lande zu gestalten».<sup>114</sup>

In seinem Referat zur Programmatik der PDS betonte Gregor Gysi vor den 595 Delegierten, dass die PDS eine «entschieden linke sozialistische Partei» sei. Links und sozialistisch, das heiÙe, «wir sehen im Kapitalismus [...] nicht das letzte Wort der

Menschheitsentwicklung».<sup>115</sup> Auf das Wahlprogramm der PDS eingehend, betonte der Parteivorsitzende, dass die deutsche Frage das zentrale Thema des Wahlkampfes geworden sei. Die PDS strebe zu einem vereinigten Europa mit einer deutschen Konföderation in seiner Mitte. Eine deutsche Einigung müsse im Einklang mit den europäischen Integrationsprozessen stehen, «weshalb wir für ein europäisches Deutschland und nicht für ein deutsches Europa sind».<sup>116</sup> Gysi wandte sich in diesem Kontext – mehr juristisch als politisch argumentierend – gegen einen Anschluss der DDR an die BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik: «Anschluß ist Annexion und nicht Vereinigung.»<sup>117</sup> Der Parteivorsitzende warnte eindringlich vor den Konsequenzen eines solchen Schrittes und unterstrich, dass sich die PDS entschieden gegen eine Vereinnahmung der DDR durch die BRD zur Wehr setzen werde.

Das Programm war mit knapp 19 Druckseiten das kürzeste in der Geschichte der PDS. Es stützte sich insbesondere auf programmatische Papiere, die im Dezember 1989 von Arbeitsgruppen unter der Leitung von Rolf Reißig<sup>118</sup> und Dieter Klein<sup>119</sup> vorgelegt worden waren, und auf die in Stellungnahmen von Plattformen<sup>120</sup> geäußerten programmatischen Ideen.<sup>121</sup> Präsidiumsmitglied Klaus Höpcke betonte im «Bericht der Programmkommission», dass die Arbeit am Programm nicht als abgeschlossen gelten könne: «Die Dynamik der nationalen und internationalen Entwicklung verlangt, jetzt und in Zukunft unsere programmatischen Aussagen ständig weiter zu präzisieren.»<sup>122</sup> Eine nach der Volkskammerwahl neu zu berufende Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS sollte daher die Diskussion der Partei zu programmatischen Fragen organisieren und an der Basis erarbeitete Orientierungen aufnehmen.

Mit dem Programm verabschiedete sich die PDS vom Selbstverständnis als Staatspartei, erklärte, kein Monopol an Macht anzustreben, und wollte sich künftig als linke Oppositionspartei – links von der SPD – begreifen. Die PDS bekannte sich in dem Dokument zur Idee des Sozialismus als einer «der größten humanistischen Ideen der Menschheit», die aber «durch den administrativ-zentralistischen Sozialismus» diskreditiert worden sei.<sup>123</sup> Die sozialistische Ursprungsidee habe jedoch nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Damit konstruierte das Programm einen Kompromiss zwischen jenen wertkonservativen traditionalistischen Kräften in der Partei, die ohne Wenn und Aber am Sozialismus (besser: am hergebrachten Sozialismusbild) festhielten, und jenen, die alten Ballast abwerfen und zu neuen Ufern aufbrechen wollten.<sup>124</sup>

Das Programm warf sowohl den fälschlich Marxismus-Leninismus genannten stalinistischen Dogmatismus mit seinem Wahrheitsmonopol als auch das Verständnis als Klassen-, Vorhut- oder Weltanschauungspartei über Bord. Die PDS definierte sich nicht mehr als «Partei der Arbeiterklasse», sie sei als sozialistische Partei vielmehr offen für alle Kräfte des Volkes, die sich für eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit und solidarischer menschlicher Beziehungen einsetzen. Für die Bewältigung von Gegenwart und Zukunft bedürfe es des ganzen Reichtums modernen, progressiven gesellschaftstheoretischen Denkens. Zugleich wolle die PDS aus der Geschichte des

humanistischen Denkens schöpfen, «insbesondere aus den dialektischen und materialistischen Auffassungen von Karl Marx und Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, Eduard Bernstein und Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, W. I. Lenin und Antonio Gramsci und ihrer nachfolgenden vielfältigen Weiterentwicklung. Die Partei nimmt all diese Ideen kritisch in sich auf.»<sup>125</sup>

Unter «Unsere Ziele» nannte das Programm der PDS das Eintreten für Freiräume zur Entfaltung eines jeden und für einen modernen Rechtsstaat, in dem die individuellen und politischen ebenso wie die sozialen, kulturellen und kollektiven Menschenrechte verwirklicht werden. Es plädierte für eine Marktwirtschaft mit einem hohen Maß an sozialer und ökologischer Sicherheit, Chancengleichheit und persönlicher Sicherheit für alle Mitglieder der Gesellschaft und für eine tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter. Schließlich hob das Programm das Eintreten der PDS für Frieden, allgemeine und vollständige Abrüstung, Weltoffenheit, Freundschaft und Solidarität mit allen Völkern, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und für die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts jedes Volkes hervor. In dem Kontext bekannte sich die PDS zur «Einheit Deutschlands in einem Verbund freier und gleichberechtigter Völker und Nationen Europas».<sup>126</sup>

In Abgrenzung von der SED und vom Stalinismus definierte das Programm Sozialismus als «demokratischen Sozialismus» – eine Richtungsänderung, die kaum radikaler sein konnte, war doch dieser Begriff noch wenige Monate zuvor ein Hauptangriffsziel der SED in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie gewesen. Nun hieß es, die PDS strebe in Verwirklichung der oben genannten Ziele gemeinsam mit anderen linken Kräften einen «demokratischen Sozialismus» an: «Demokratischer Sozialismus, das heißt für uns Eintreten für eine friedliche, eine humane und solidarische Gesellschaft, in der sich jeder Mensch in Gemeinschaft mit anderen frei entfalten und gleichberechtigt am wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Leben teilnehmen kann.»<sup>127</sup> Und im Bruch mit einer starren Sozialismusvorstellung als einem postulierten «Endziel» und festgefügt Modell hieß es nun: «Demokratischer Sozialismus ist für uns nichts Abgeschlossenes, kein Gesellschaftssystem, das wir in Kürze auf deutschem Boden haben werden, sondern ein Weg, eine ständige Aufgabe und Herausforderung.»<sup>128</sup> Ziel sei letzten Endes – in Anlehnung an die Lösung der großen Französischen Revolution von 1789 – «die Verwirklichung der Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in einer Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Dies ist für uns der Kern der Vision vom demokratischen Sozialismus als Bestandteil des Menschheitsfortschritts.»<sup>129</sup>

Das PDS-Programm ging davon aus, dass sich die Welt in einer «Zeit des Umbruchs, der Neubestimmung von Werten und Wegen» befinde, die einerseits ungeahnte Chancen biete und in der andererseits unkalkulierbare Risiken drohten. Daraus wurde geschlussfolgert: «Unsere Welt braucht eine neue Art von Fortschritt zur Bewältigung globaler Probleme, die auch immer unsere eigenen sind.»<sup>130</sup> Es gehe um eine sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung statt rücksichtsloser Jagd nach

dem technisch Machbaren, um eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, um vorausschauendes Wachstum statt nachträglicher Reparatur blindlings verursachter Schäden und um die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung. Diese Positionen schlossen sowohl an Auffassungen an, die die ökologischen, friedens- und entwicklungspolitischen Bewegungen und die grünen Parteien in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern in den 1980er Jahren entwickelt hatten, als auch an Gedanken, die in der intellektuellen Partei-Elite der SED Fuß gefasst hatten und sich im gemeinsamen Dokument von SED und SPD von 1987 spiegelten.

Das Wahlprogramm thematisierte vor allem Fragen des Erhalts und des Ausbaus der sozialen Sicherheit, der sozialen Gerechtigkeit, der Rechtsstaatlichkeit und der Europäisierung einer schrittweisen Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Als linke Oppositionspartei im Parlament versprach die PDS, sich einzusetzen für ein verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Arbeit, für Vertretungskörperschaften der Belegschaft, gesellschaftliche Aufsichtsräte sowie für die Gewinnbeteiligung der Betriebsangehörigen, für Sofortprogramme der Arbeitsbeschaffung (verbunden mit gesetzlich garantierten Maßnahmen der Umschulung und sozialen Sicherstellung der Werk tätigen) und für Vorruhestandsregelungen und schrittweise Arbeitszeitverkürzung. Die PDS versprach, einzutreten für die Wahrung des verfassungsmäßigen Rechts der Bürger auf Wohnraum und den Kündigungsschutz für Wohnungen, Gärten und Erholungsgrundstücke, und wandte sich gegen den undifferenzierten Abbau der Subventionen für Mieten. Sie plädierte für den Erhalt und die qualitative Entwicklung des Kinderkrippen- und Kindergartennetzes, der Schulhorte sowie der kostengünstigen Schulspeisung und forderte: «Die demokratische Bodenreform darf nicht rückgängig gemacht werden.»<sup>131</sup>

In ihrem Wahlprogramm lehnte die PDS einen Anschluss der DDR an die BRD ab und plädierte stattdessen für eine «schrittweise Überwindung der Spaltung der deutschen Nation» durch eine «systemübergreifende Vertragsgemeinschaft» und einen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialverbund, der an die gemeinsamen Interessen der Werk tätigen in beiden deutschen Staaten anknüpfen sollte. Sie trat für die «Bildung konföderativer Strukturen unter Wahrung der Eigenstaatlichkeit» und für einen schrittweisen Übergang zu einem «blockfreien und entmilitarisierten deutschen Staatenbund im Rahmen der europäischen Einigung» ein.<sup>132</sup> Zum Abschluss des Parteitages demonstrierten – dem Aufruf der Partei folgend – rund 50.000 PDS-Anhänger\*innen für die Souveränität der DDR und gegen den Abbau sozialer Rechte. Strategisch positionierte sich die PDS mit ihrem Wahlprogramm als «Pro-DDR-Partei» und präsentierte sich damit «als Alternative zu den überwiegend westlich orientierten Konkurrenzparteien».<sup>133</sup> Insgesamt hatte sich die PDS mit dem erfolgreichen Wahlparteitag zumindest vorläufig wieder konsolidiert.<sup>134</sup>

In der Folgezeit löste die im Parteiprogramm aufgemachte «Ahnenreihe», die auch in spätere Dokumente der PDS Eingang fand, an der Parteibasis Irritationen und Diskussionen aus.<sup>135</sup> Schließlich waren Kautsky und Bernstein in der DDR als «Rene-



gat» bzw. als «Urvater des Revisionismus» gebrandmarkt worden. Es fiel vielen PDS-Mitgliedern ganz offensichtlich schwer, zu diesen Theoretikern der Arbeiterbewegung eine positive Beziehung herzustellen. Auch jene Teile des Programms, die sich an westlichen Modernetheorien und neuen zivilisatorischen Erfordernissen orientierten, wurden an der Parteibasis vielfach nicht verstanden und daher erst recht nicht angenommen (wobei zunächst infolge der Wahlkampfaktivitäten inhaltliche Diskussionen an der PDS-Basis generell zu kurz kamen).<sup>136</sup> In den Basisorganisationen der PDS wurde dann häufig gefragt, «was denn von der sozialistischen Idee und den positiven Werten in der DDR noch geblieben sei, was uns Marx und Engels bzw. Lenin noch zu sagen hätten».<sup>137</sup>

Besonders die Feststellung im Programm: «Die Partei des Demokratischen Sozialismus tritt für eine Marktwirtschaft ein, weil sie einen raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und eine hohe ökonomische Effektivität ermöglicht»,<sup>138</sup> löste viele Fragen und kontroverse Diskussionen unter PDS-Mitgliedern aus,<sup>139</sup> widersprach diese Feststellung doch diametral den bisher im SED-Parteilehrjahr verkündeten Lehrsätzen, nach denen doch die DDR mit ihrer sozialistischen Planwirtschaft ein überzeugender Gegenpol sein wollte. Dazu kam der im Programm verkündete langsame, aber schmerzliche Abschied von der DDR, für deren Erhalt die PDS-Mitglieder im Dezember 1989 noch angetreten waren.<sup>140</sup>

Im Wahlkampf zur ersten freien Wahl zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 sah sich die PDS, die die Bewahrung der politischen und sozialen Errungenschaften der DDR – vom Antifaschismus bis zur Abschaffung des § 218 StGB – ins Zentrum ihres Wahlkampfes gerückt hatte, sowohl den Angriffen von Massenmedien der BRD als auch der Ablehnung von Parteien und Bewegungen in der DDR ausgesetzt.<sup>141</sup> In diesem Wahlkampf erwiesen sich Hans Modrow, der wie kein anderer Politiker in der DDR Sympathien und Vertrauen genoss, und Gregor Gysi als «Zugpferde» der PDS. «Bei Gysi wurde die Politik zur Unterhaltung», schrieb Heinrich Bortfeldt. «Der Aufbau von Argumentationsketten mit einer oftmals eigenwilligen Logik, ein verschmitztes Lächeln, schlagfertiger Humor, gepaart mit Witz und Charme, entwaffneten nicht nur den politischen Gegner, sondern verblüfften auch die eigenen Genossinnen und Genossen.»<sup>142</sup> Gysis «Sprung aus den Wolken» über Friedersdorf bei Berlin und die Abwandlung eines damals aktuellen Nummer-eins-Hits in «Don't worry – take Gysi» brachten ebenso wie bisher ungewohnte eventhafte Veranstaltungsformate in Gestalt von Frühschoppen, Talkshows, Podiumsdiskussionen oder Familiennachmittagen frischen Wind in den Wahlkampf der PDS.

Die von André Brie konzipierte Wahlkampfstrategie eines ausgewogenen Mix aus kurz und klar formulierten Positionen und Forderungen sowie der Darlegung von Zusammenhängen und Hintergründen machten den PDS-Wahlkampf unverwechselbar.<sup>143</sup> In Wahlanzeigen warb die PDS für sich mit dem Slogan «PDS, DIE NEUE, fachlich profiliert, demokratisch organisiert, sozial und ökologisch orientiert».<sup>144</sup> Großen Zuspruch fanden die Wahlkampfzeitschrift *Die Neue* und das Flugblatt «Der

*Stern* hat uns nicht gefragt, wir antworten trotzdem». <sup>145</sup> Witzige und zugleich aussagekräftige Aufkleber, sogenannte Spuckis, auf denen «Artikel 23: Kein Anschluss unter dieser Nummer!» oder «Keine BRDigung der DDR!» stand, erwiesen sich als richtige Renner. <sup>146</sup>

Auf einer Wahlveranstaltung der PDS am 13. März 1990 in Neubrandenburg betonte Hans Modrow, er stehe für die PDS, für eine neue und sich erneuernde Partei: «Wir wollen nicht die Macht! Wir haben uns ein für allemal losgesagt von Macht- und Führungsansprüchen. Wir wollen Vertrauen gewinnen durch eine Politik, die den Menschen dieses Landes verpflichtet ist.» <sup>147</sup> Modrow versprach, die PDS werde eine konstruktive Opposition sein, die für ein dichtes Netz sozialer Sicherungen eintreten werde. Er warnte, wer «die Währungsunion überhastet und nicht im Dreiklang von Währungsunion, Währungsgemeinschaft und sozialer Absicherung realisiert, der kalkuliert ein, daß die DDR zum Sizilien der BRD wird.» <sup>148</sup> Modrow zeigte sich sicher, dass den deutschen Einigungsprozess niemand aufhalten werde, lehnte aber ein «Zusammennageln» beider deutscher Staaten und einen Anschluss der DDR an die BRD nach Artikel 23 Grundgesetz ab. Er sei entschieden gegen «Deutschland eilig Vaterland» und erst recht gegen «Deutschland, Deutschland über alles». Hans Modrow plädierte für «ein Deutschland, vor dem sich die Nachbarn nicht fürchten müssen, für ein entmilitarisiertes Deutschland, nicht für die NATO in der DDR», <sup>149</sup> und warb nicht zuletzt deshalb für eine starke Fraktion der PDS in der Volkskammer.

Nach anfänglicher Zurückhaltung mischten sich die großen westdeutschen Parteien in immer stärkerem Maße in den Wahlkampf zur Wahl zur Volkskammer der DDR ein. Das Verhalten der westdeutschen Akteure richtete sich zunehmend an der Handlungslogik des westdeutschen Parteienwettbewerbs aus, «da der Wahlausgang als Vorentscheidung über die Mehrheitsfähigkeit der jeweiligen Partei in einem wiedervereinigten Deutschland angesehen wurde. Die Volkskammerwahl wurde von den westdeutschen Parteien sozusagen als Stellvertreterkrieg geführt.» <sup>150</sup>

Entgegen den Erwartungen der Demoskopen erzielte die konservative Allianz für Deutschland (bestehend aus Ost-CDU, Demokratischem Aufbruch [DA] und Deutscher Sozialer Union [DSU]) 48 Prozent der Stimmen, darunter die CDU 40,8 Prozent. Die SPD, die vor der Wahl schon als Wahlsieger gehandelt worden war, kam auf magere 21,9 Prozent der Stimmen. Die im Bund Freier Demokraten (BFD) zusammengeschlossenen Liberalen konnten 5,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, während die Bürgerbewegungen des Herbstes 1989 elektoral marginalisiert wurden (Bündnis 90: 2,9 Prozent; Listenverbindung Grüne Partei/Unabhängiger Frauenverband: 2 Prozent). <sup>151</sup> Angesichts des Sieges der Allianz für Deutschland und des hinter diesem konservativen Zusammenschluss stehenden Bundeskanzlers Helmut Kohl war, wie der der undogmatischen Linken zuzurechnende und damals in Hessen lebende Schriftsteller Michael Schneider notierte, die Linke in Ost- wie Westdeutschland «schockiert, bestürzt und deprimiert». <sup>152</sup> Das betraf auch die Anhänger\*innen der PDS. <sup>153</sup>

Die PDS erzielte bei dieser Wahl beachtliche 1.892.381 Stimmen (16,4 Prozent) und damit 66 Mandate.<sup>154</sup> Nach der Wahltagsbefragung von infas wählten etwa 1,8 Millionen ehemaliger Mitglieder der SED nicht die PDS; dagegen gaben rund 1,4 Millionen Wähler\*innen, die nie Mitglied der SED waren, ihre Stimme der Partei des Demokratischen Sozialismus – durchaus ein Ausdruck der erreichten Erneuerung der Partei.<sup>155</sup> Am Gebäude des einstigen Zentralkomitees der SED am Werderschen Markt, wo «am Fuße der großen Freitreppe einmal Wachposten standen», erinnerte sich der Journalist Lutz Herden im März 2020, «gibt es am Wahltag eine Hüpfburg für Kinder, Buch- und Bierstände, Plakate und Poster der Partei des Demokratischen Sozialismus. Kein Anschluss unter dieser Nummer – PDS. [...] Man sieht im Parteihaus am Werderschen Markt viele junge Leute mit bunten Haaren, mit Gysi-Anstecker am Hemd und Sowjetkoppel am Hosenbund, das Körper und Seele zusammenhält.»<sup>156</sup>

### **Die PDS-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR<sup>157</sup>**

Die PDS-Fraktion in der 10. Volkskammer der DDR hatte sich im Vergleich zu allen früheren Volkskammern in eine völlig neue Rolle zu finden: Bisher war ihre Vorgängerin, die SED-Fraktion, stets stärkste Fraktion und führende Kraft in der Regierung gewesen. Nun sah sich die PDS-Fraktion nicht nur lediglich auf dem dritten Rang in der Abfolge der Fraktionen nach ihrer zahlenmäßigen Stärke, sondern vor allem auf den Oppositionsbänken. In Gesellschaft und Parlament aufgrund ihrer Vergangenheit heftig angefeindet, durchlief die PDS-Fraktion einen komplizierten Lernprozess, musste ihre neue Rolle erst annehmen.<sup>158</sup> Dieser Prozess spiegelte sich in nicht wenigen Debattenreden von PDS-Abgeordneten wider und zeigt sich auch in überlieferten Positionspapieren.

Die PDS-Abgeordneten wuchsen in ihre Rolle als Vertreter\*innen der linken, sozialistischen Opposition hinein. Sie beschränkten sich nicht auf die Kritik an der Arbeit der Regierung und der sie tragenden Parteien, sondern präsentierten eigene konstruktive Alternativvorschläge, um der anhaltenden Talfahrt der Wirtschaft Einhalt zu gebieten, weitere soziale Gefährdungen von den Beschäftigten abzuwenden und die Demokratie zu befördern. Der konstruktive Ansatz ihrer Opposition zeigte sich beispielsweise bei der Behandlung des «Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Arbeitsgesetzbuches», des «Gesetzes über die Arbeitsrechtsverhältnisse im öffentlichen Dienst und die Ausschreibung von Arbeitsstellen für leitende Bedienstete», des «Gesetzes zur Sicherung der Eingliederung der Schwerbehinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft» und des «Ländereinführungsgesetzes», bei deren Behandlung in der Volkskammer die PDS-Abgeordneten Erdmann Kröger, Michael Schumann, Jürgen Demloff und Roland Claus sowohl Unterstützenswertes hervorhoben als auch Kritikwürdiges anprangerten und mit konstruktiven Vorschlägen verbanden.<sup>159</sup>

In aller Regel wurden die Gesetzesentwürfe und Anträge der PDS von den Abgeordneten der anderen Fraktionen abgelehnt. Doch einige Anträge der PDS-Fraktion wurden später in modifizierter Form von Vertreter\*innen anderer Parteien ins Par-

lament eingebracht und beschlossen.<sup>160</sup> So erging es beispielsweise einem Antrag, die Schulden der in Kapitalgesellschaften umgewandelten Betriebe der volkseigenen Wirtschaft sowie der genossenschaftlichen und der privaten Betriebe mit Wirkung vom 1. Juli 1990 zu streichen. Obwohl der Antrag der Ablehnung verfiel, wurden dann, als die Masse der Unternehmen nach dem 1. Juli 1990 durch den Crashkurs in äußerste Liquidationsschwierigkeiten geriet, die Schulden zumindest gestundet und die Zinsen vorerst von der Treuhandanstalt übernommen.<sup>161</sup>

Zur Unterstützung der DDR-Landwirtschaft stellte die PDS-Fraktion Ende April 1990 in der Volkskammer einen Antrag, bei dem sie sich auf folgende Aussage in der Regierungserklärung bezog: «Wir haben die Aufgabe, die Landwirtschaft schrittweise an den EG-Agrarmarkt heranzuführen. Dazu brauchen wir Schutzmaßnahmen jedweder Art für eine mehrjährige Übergangsperiode.» Die Fraktion forderte daher unter anderem, durch gezielte Exportstützungen aus dem Staatshaushalt zusätzliche Exporte insbesondere in osteuropäische Länder zum Abbau der Lebendviehbestände besonders bei Schlachtschweinen und der Kühlhausbestände bei Fleisch, Milch, Butter und Eiern zu ermöglichen. Die importierten Nahrungsgüter seien hingegen für eine Übergangsperiode mit Schutzzöllen und Absatzsteuern in einer solchen Höhe zu belegen, dass inländische Nahrungsmittel nicht niederkonkurriert würden.<sup>162</sup> Der Antrag wurde zwar von den Regierungsparteien abgeschmettert, doch später ergriff die Regierung vergleichbare Maßnahmen.<sup>163</sup>

Frühzeitig trat die PDS-Fraktion für den Schutz des DDR-Marktes gegen dessen Flutung mit westlichen Waren ein. Sie setzte sich für die Förderung und Erhaltung der Klein- und Mittelbetriebe beim Übergang zur Marktwirtschaft ein und forderte, das Treuhandvermögen vorwiegend für Strukturanpassungsmaßnahmen auf dem Territorium der DDR sowie für die Begleichung von Ansprüchen der DDR-Bürger\*innen an das von ihnen in mehr als 40 Jahren erarbeitete Volksvermögen zu verwenden.<sup>164</sup> Im Ausschuss für Gesundheitswesen waren die PDS-Abgeordneten maßgeblich daran beteiligt, dass die Existenz von Polikliniken und ambulanten Versorgungseinrichtungen sowie das Betriebsgesundheitswesen für eine Übergangsperiode bewahrt werden konnten.<sup>165</sup> Durch wiederholtes Insistieren der PDS-Fraktion sah sich das Präsidium der Volkskammer genötigt, am 19. September 1990 die UNO-Konvention über die Rechte der Kinder zu ratifizieren.<sup>166</sup>

Die PDS-Fraktion brachte Gesetzentwürfe zu einem Volksentscheid über den sicherheitspolitischen und militärischen Status des Territoriums der DDR im vereinigten Deutschland, über die Aufhebung der Wehrpflicht, über die Konversion sowie zu militärischen Leitsätzen ins Parlament ein. Sie sah in diesen Initiativen erste praktische Schritte zur Überwindung der Blöcke und zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems und wollte den Willen zur Abrüstung und Entmilitarisierung auf deutschem Boden unter Beweis stellen.<sup>167</sup>

Nach einem Antrag der PDS-Fraktion sollte die Regierung der DDR verpflichtet werden, in den Verhandlungen mit der Regierung der BRD über den Einigungs-

vertrag die Forderung nach Ausgleichszahlungen durch die BRD an die DDR für die von der DDR erbrachten höheren Reparationsleistungen zu stellen und nachdrücklich zu vertreten. Auf der Sondertagung der Volkskammer am 8. August 1990 wurden mit Ausnahme eines Beschlussvorschlages, der die DDR-Regierung verpflichten sollte, die Übernahme der Regelungen der Europäischen Gemeinschaften für die Landwirtschaft insbesondere hinsichtlich Abnahme- und Preisgarantien in die Wege zu leiten, alle anderen Anträge der PDS-Fraktion von der Volkskammermehrheit abgelehnt.<sup>168</sup> Ähnlich war es im Frühjahr 1990 einem Antrag der PDS-Fraktion ergangen, das Recht auf Arbeit bzw. Arbeitsförderung in den Verfassungsgrundsätzen festzuschreiben,<sup>169</sup> oder mit ihrem Vorstoß vom 5. Juli 1990, ein Verfassungsgericht der DDR zu etablieren.<sup>170</sup>

Die PDS kritisierte, dass im Zuge der Vorbereitung des Inkrafttretens des Staatsvertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion jede Woche Berge von Gesetzen und Verordnungen in einer Art Notstandsverfahren in der Volkskammer von den Koalitionsparteien durchgepeitscht würden, die kein Abgeordneter alle lesen könne und die sofort in Kraft gesetzt würden, ohne dass sie bekanntgemacht seien und die so in der Exekutive zu chaotischen Zuständen führen würden.<sup>171</sup> Die PDS warnte, mit dem Staatsvertrag werde die Zerstörung der Wirtschaft der DDR mit weitreichenden sozialen Folgen betrieben, statt eine Übergangsperiode zu ihrer Effektivitätsangleichung einzuleiten. Nicht große Investitionen seien durch die Währungsunion zu erwarten, sondern ein neuer, sehr erträglicher Absatzmarkt für westdeutsche Unternehmen.<sup>172</sup>

Nachdem die Volkskammer auf Antrag der DSU am 31. Mai 1990 die Entfernung des Staatswappens der DDR von allen öffentlichen Gebäuden beschlossen hatte, wurde es noch in der Nacht zum 1. Juni 1990 von der Stirnseite des Plenarsaals des Parlaments demontiert. Doch gleich in den folgenden Sitzungen der Kammer tauchte das DDR-Staatswappen an anderer Stelle wieder auf: nämlich in Form eines Ansteckers an der Kleidung von PDS-Abgeordneten. Ein jeweils besonders großes Exemplar hatten sich zunächst die Mandatsträger Hans-Jürgen Hahn und Rainer Börner ans Revers geheftet, dann trugen auch Christine Ostrowski, Margit Jentsch, Ruth Fuchs und Dagmar Enkelmann sehr zum Missfallen konservativer Abgeordneter einen derartigen Anstecker.<sup>173</sup>

Am 17. Juni 1990 forderte ein Abgeordneter der DSU unter dem huldvoll nicken den Bundeskanzler Helmut Kohl, der auf der Besuchertribüne der Volkskammer Platz genommen hatte, den sofortigen Beitritt der DDR zur BRD, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen über die äußeren Bedingungen der deutschen Einheit noch keineswegs abgeschlossen waren. Hans Modrow hielt dagegen: «Ich selbst hatte vom Rednerpult entschieden dazu aufgefordert, diesen politischen Unsinn nicht mitzumachen. Eine solche Sturzgeburt würde – neben allen innenpolitischen und sozialen Verwerfungen – von unseren Nachbarn nur als Provokation verstanden werden.»<sup>174</sup> Der DSU-Antrag wurde von einer sehr qualifizierten Mehrheit abgelehnt.<sup>175</sup>

Die PDS-Fraktion konzentrierte ihre Anstrengungen zunehmend darauf, hellsichtig auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die aus der überstürzten Vereinigung Deutschlands erwachsen, und darauf, das, was sie auf sozialem und politischem Gebiet für bewahrenswert hielt, aus der DDR in die neue Bundesrepublik Deutschland einzubringen – letztlich mit geringem Erfolg. Die Mitglieder der PDS-Fraktion stimmten denn sowohl am 21. Juni 1990 gegen den Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der DDR und der BRD, am 22. August 1990 gegen den Wahlvertrag über die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl als auch am 23. August 1990 gegen den Beitrittsbeschluss und am 20. September 1990 gegen den Einigungsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten.<sup>176</sup>

Die PDS-Fraktion bestand aus 27 Frauen und 39 Männern. Fünf Mandatsträger waren jünger als 30 Jahre und 22 unter 40 Jahre alt. Unter den PDS-Abgeordneten befanden sich kein Arbeiter und kein Bauer – Ausdruck des Wandels der PDS zur Milieupartei. Dafür hatten 63 Abgeordnete einen Hochschulabschluss, 35 hatten promoviert. Zur Fraktion gehörten neun Professoren, acht Ärzte und zwölf Lehrer.<sup>177</sup> Zudem war – wie in der neu gewählten Volkskammer insgesamt – ein wohl einmaliger personeller Umschlag zu verzeichnen. Nur fünf der neu gewählten Abgeordneten gehörten bereits der 9. Volkskammer an. Die meisten Abgeordneten verfügten also über keinerlei Erfahrung in der Parlamentsarbeit.

Ihr politisches Selbstverständnis formulierte die PDS-Fraktion mit den Worten: «Die Abgeordneten der PDS wirken in der Volkskammer der DDR als Vertreter einer linken, sozialistischen Kraft, die in kritisch-konstruktiver Opposition zur Regierung steht. Die Fraktion versteht sich als Sachwalter aller Kräfte der DDR, die sich für eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit und solidarischer menschlicher Beziehungen einsetzen. Sie orientiert sich an den Interessen aller Werktätigen, besonders der Arbeiterinnen und Arbeiter. Im Sinne des Wahlprogramms der PDS setzt sich die Fraktion dafür ein, den Prozeß der deutschen Einigung mit der Überwindung der Spaltung Europas zu verbinden und auf die Schaffung eines fortschrittlichen, sozial gerechten und demokratischen Deutschlands auszurichten. Bedingung dafür ist, daß sich beide deutsche Staaten wandeln und Eigenständiges einbringen können. Das politische Agieren der Fraktion ist geprägt durch politische Fairneß, kritisches Herangehen und bündnispolitische Flexibilität. Der Meinungsbildungsprozeß in der Fraktion erfolgt auf gleichberechtigter demokratischer Grundlage. Die Fraktion praktiziert kein für jedes ihrer Mitglieder verbindliches Abstimmungsverhalten.»<sup>178</sup>

Zur inneren Organisation ihrer Tätigkeit wählte die PDS-Fraktion einen Fraktionsvorstand mit Gregor Gysi als Fraktionsvorsitzendem. Seine Stellvertreter\*innen wurden Uwe-Jens Heuer, Dietmar Keller, Bernd Meier, Martina Schönebeck und Hans-Joachim Willerding. Als Parlamentarischer Geschäftsführer fungierte Bernd Meier. Zu wichtigen Arbeitsgebieten wurden Arbeitskreise (AK) gebildet.

In der Volkskammer der DDR stellte die PDS-Fraktion mit Käte Niederkirchner eine der Stellvertreter\*innen der Präsidentin der Volkskammer (Sabine Bergmann-

Pohl). Christa Luft war Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Parlaments, Ruth Fuchs Vorsitzende des Ausschusses für Jugend und Sport, Martina Schönebeck Vorsitzende des Ausschusses für das Gesundheitswesen und Dietmar Keller Vorsitzender des Ausschusses für Kultur. Hans-Joachim Willerding wurde zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Volkskammer gewählt, Uwe-Jens Heuer zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Erdmann Kröger zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Reinhard Mocek zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Forschung und Technologie und Peter Stadermann zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Sonderausschusses zur Überprüfung des Erwerbs von Umstellungsguthaben.

Wie die anderen Fraktionen der 10. und letzten Volkskammer der DDR wählte auch die PDS-Fraktion aus ihrer Mitte Parlamentarier\*innen aus, die dann nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland Sitz und Stimme im Deutschen Bundestag erhalten sollten. Nach kontroverser Debatte um den Volkskammerabgeordneten und früheren Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow, beschloss das Parlament der DDR am 28. September 1990 die Entsendung der 144 von den Fraktionen vorgeschlagenen Abgeordneten in den Deutschen Bundestag, darunter auch die 24 von der PDS-Fraktion der Volkskammer benannten Parlamentarier\*innen (einschließlich eines Vertreters der Vereinigten Linken). Mit dem Makel der «SED-Nachfolgepartei» behaftet, zog im Oktober 1990 – erstmals nach den Grünen 1983 – wieder eine neue, linke politische Formation in den Deutschen Bundestag ein: die Partei des Demokratischen Sozialismus.<sup>179</sup>

### **Innerparteiliche Gruppierungen in der PDS<sup>180</sup>**

Bis zum Frühjahr/Sommer 1990 bildeten sich zwei gewichtige innerparteiliche Gruppierungen in der PDS heraus: Einer dominierenden Reformergroupierung stand eine orthodox-kommunistische Groupierung gegenüber. Dazu gesellte sich dann noch als dritte Groupierung ein radikaler Flügel.

Zur Groupierung der Reformer gehörten «jene Gruppen, die in der DDR in kritischer, aber meist stillschweigender Distanz zur Parteiführung um Honecker gestanden hatten und im Dezember 1989 als Gegenelite an die Spitze der Partei gerückt waren».<sup>181</sup> Im weiteren Sinne zählten dazu auch die vielen reformwilligen Aktivist\*innen der Partei in Ländern und Kommunen, die einen eher pragmatischen Politikansatz im Sinne konkreter Interessenpolitik verfolgten.<sup>182</sup> Die Reformer rekrutierten sich im Kern aus der mittleren DDR-Generation, die von Mitte bis Ende der 1950er Jahre geboren worden war.<sup>183</sup>

Die Theoretiker\*innen der Reformergroupierung, die unter der Selbstbezeichnung «Reformsozialisten» bzw. «moderne Sozialisten» firmierten, stammten im Kern aus der kleinen Forschungsgruppe «Moderner Sozialismus» an der Humboldt-Universität zu Berlin, in der sich Dieter Klein, Rainer Land, André und Michael Brie, Dieter Segert und Rosemarie Will insbesondere mit westlichen Modernetheorien beschäf-

tigten.<sup>184</sup> Man rezipierte sowohl die Arbeiten von Autor\*innen von als «revisionistisch» verfeimten Konzepten wie diejenigen von Rosa Luxemburg, Nikolai Bucharin und Leo Trotzki als auch von libertären Denkern wie André Gorz und von nicht-marxistischen Wissenschaftlern wie Max Weber, Joseph Schumpeter, Norbert Elias, Karl Mannheim, Sigmund Freud, Jürgen Habermas und Niklas Luhmann.<sup>185</sup> Offensichtlich standen die französischen Theoretiker der Moderne bzw. Postmoderne Jean-François Lyotard und Alain Touraine ebenfalls auf dem Leseplan.<sup>186</sup> Gelesen wurden auch die Schriften der Vertreter des westlichen Marxismus wie die Arbeiten von Nicos Poulantzas.<sup>187</sup>

Im Rückblick schrieb Rainer Land zu dem «evolutionstheoretisch begründeten Konzept einer sozialistischen Moderne»: «Uns war mehr oder weniger klar, dass unser Konzept einer sozialistischen Moderne an den Grundstrukturen der westlichen Gesellschaften ansetzte und deren sozial-progressive Entwicklungsmöglichkeiten als Modell für die Umgestaltung des Staatssozialismus benutzte – also keinen fundamentalen Gegensatz zwischen zwei verschiedenen Ordnungen postulierte, keine Unvereinbarkeit behauptete. Sozial progressive Reformen im Westen wie auch die erhofften, durch Reformen vorangetriebenen Veränderungen der staatssozialistischen Gesellschaften würden in die gleiche Richtung weisen, glaubten wir.»<sup>188</sup> Es ging den «modernen Sozialisten» um die Einführung der Institutionen der Moderne (insbesondere parlamentarische Demokratie, Verfassungs- und Rechtsstaat, Gewaltenteilung) in den vorgefundenen Staatssozialismus.<sup>189</sup>

Den «Reformsozialisten» war bereits im Winter 1989/90 bei der Neuausrichtung der SED/PDS eine zentrale Rolle zugefallen. Ihre Vorstellungen gingen teilweise in die im zweiten Teil des Außerordentlichen Parteitages gehaltenen Reden ein. Das im Februar 1990 auf dem Wahlparteitag der PDS verabschiedete Programm trug ihre Handschrift.<sup>190</sup> Die «modernen Sozialisten» plädierten für einen «dritten Weg» zum demokratischen Sozialismus. Dieter Klein unterstrich auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 in seinen Ausführungen zur neuen Programmatik der Partei: «Wir wollen weder die reformistische Anpassung im Kapitalismus, noch das einfache Zerschlagen von modernen Wirtschaftssystemen und parlamentarischer Demokratie und Öffentlichkeit. Wir kämpfen um einen Weg, der uns über den Kapitalismus hinaus- und nicht in den administrativen Sozialismus zurückführt.»<sup>191</sup> Und Gregor Gysi plädierte im Juli 1990 für «einen dritten Weg jenseits bisheriger realsozialistischer und realkapitalistischer Gesellschaftsentwicklungen». Dies sei «der unbekannte und unversuchte Weg zu einem demokratischen Sozialismus».<sup>192</sup>

Die «Reformsozialisten» knüpften an Thesen wie die des griechisch-französischen Politikwissenschaftlers Nicos Poulantzas an, dass der Staat weder ein eigenständiges Subjekt noch das Instrument einer sozialen Klasse sei, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, «die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt».<sup>193</sup> Abgeleitet davon sprachen sie nicht von einer kapitalistischen, sondern von einer



«kapitaldominierten» Gesellschaft. «Konsequente Kapitalismuskritik in Programmatik und Politik bedeutet also keine fundamentale Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft»,<sup>194</sup> betonte André Brie in diesem Sinne im Juli 1990 auf der Konferenz «Demokratischer Sozialismus».

Michael Brie warnte in seinem schriftlich eingereichten Beitrag zu dieser Konferenz, die kapitalismuskritische Grundhaltung der PDS dürfe «in keinem Augenblick in die Totalkritik moderner westlicher Gesellschaften ableiten». Die BRD sei nicht nur Kapitalismus und «wir bekommen auch keinen ›Kapitalismus‹ pur. Wenn wir es zulassen, daß wieder die entwickelten westlichen Gesellschaften einfach nur als kapitalistische gesehen werden [...], dann fallen wir zurück in die gefährliche Ecke einer orthodox-fundamentalistischen Kapitalismuskritik der III. Internationale.»<sup>195</sup>

Die Vertreter des «Reformsozialismus» gingen davon aus, «dass die Strukturen der kapitalistisch-modernen Gesellschaften durch Reformen so verändert werden können, dass dabei die Dominanz der Kapitalverwertung zurückgedrängt und letztlich überwunden werden kann. Dies sei mit der Schaffung grundlegend neuer Eigentums- und Machtverhältnisse verbunden. Entscheidend sei die grundlegende Demokratisierung»,<sup>196</sup> wie es Michael Brie später ausdrückte. Die langfristige Entstehung einer Hegemonie sozialer und ökologischer Reformorientierungen und die Bildung von Reformkoalitionen werden als wichtigstes Ziel angesehen, um der Schaffung grundlegend neuer Eigentums- und Machtverhältnisse einen Schritt näherzukommen. Dazu sei ein langer sozialer und politischer Kampf erforderlich.

Nach der Volkskammerwahl im März 1990, als sich die DDR in Windeseile auf den Anschluss an die BRD zubewegte, sahen die Reformer die Hauptaufgabe der PDS im Kampf für eine «Reformierung des Kapitalismus». Die Frage einer sozialistischen Gesellschaft stand für sie nicht mehr auf der Tagesordnung.<sup>197</sup> Es gehe nun darum, so der Parteivorsitzende, «in die Rekapitalisierung unserer Gesellschaft möglichst viele solcher sozialen und demokratischen Elemente einzubringen, die fortschrittliche Ansätze für die Interessenvertretung der Bevölkerung auch unter kapitalistischen Bedingungen einschließen». Wenn jetzt zwar reformierte, aber dennoch kapitalistische Verhältnisse auf die Bevölkerung der DDR und damit auch auf die PDS zukämen, werde es die Aufgabe der Linken sein, «für die denkbar demokratischste, ökologischste, sozialste und humanistischste Lösung innerhalb dieser Verhältnisse zu streiten».<sup>198</sup>

Prominente Vertreter des Reformflügels, die der Partei ein Gesicht in der Öffentlichkeit gaben, waren der Parteivorsitzende Gregor Gysi, der Ministerpräsident (bis März 1990) und Ehrenvorsitzende Hans Modrow und der (seit Juni 1990) stellvertretende Parteivorsitzende André Brie, der als Wahlkampfleiter der PDS fungierte. Sie besetzten Schlüsselpositionen in der Partei und konnten deren politische Linie bestimmen. Zu dieser Gruppe gehörten auch Lothar Bisky (der Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam-Babelsberg, Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS und ab Herbst 1990 Fraktionsvorsitzender der PDS im Landtag Brandenburg),

Michael Schumann (ab März 1990 Mitglied der Volkskammer der DDR, ab Oktober 1990 Mitglied des Bundestages und des Landtages Brandenburg) und Heinz Vietze (Mitglied des Parteivorstandes der PDS, ab Sommer 1990 Vorsitzender des PDS-Landesverbandes Brandenburg, ab Oktober 1990 Parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Fraktion im Landtag von Brandenburg). Der Reformflügel hatte – wenn auch nicht ohne innerparteiliche Widerstände – vom Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1990 an die strategische Führung der PDS inne.

Die wichtigste der orthodox-kommunistischen Gruppierungen, die dem Kurs der Parteiführung kritisch gegenüberstanden, war die am 30. Dezember 1989 gegründete Kommunistische Plattform (KPF). Sie unterschied sich vom Reformflügel insbesondere hinsichtlich des Kapitalismusbildes und in der Frage der Einschätzung des Charakters des Wende-Herbstes 1989. Die KPF erklärte in ihrem Gründungsdokument, von einem «authentisch marxistischen Kommunismusverständnis» auszugehen und in der Tradition Wladimir I. Lenins und Nikolai I. Bucharins zu stehen<sup>199</sup> – also in der Tradition von Opponenten Josef W. Stalins: «Dabei sehen wir in N. I. Bucharin und seinen Auffassungen eine reale historische Alternative zum Stalinismus und eine schöpferische Weiterführung Leninscher Gedanken.» Und weiter hieß es in einem Papier der KPF zu ihrem Selbstverständnis und zu ihren Zielen: «Wir wenden uns [...] entschieden gegen die Verfälschungen von Lenins Gesellschaftskonzeption durch J. W. Stalin.»<sup>200</sup> Die KPF wollte also die kommunistische Theorie Lenins von den «Dogmatisierungen und Kanonisierungen durch Stalin» befreien.<sup>201</sup> Den Gründern der KPF um Lothar Hertzfeldt und Fred Beuchel ging es um einen «demokratischen, nicht-stalinistischen Kommunismus».<sup>202</sup> Sie bekannten sich zur Arbeiterklasse und zum «Klassenkampf» mit dem Ziel Sozialismus.<sup>203</sup>

Im Gegensatz zum Reformflügel perpetuierte die KPF das Kapitalismusbild der alten SED. Fred Beuchel betonte, dass sich die KPF «in fundamentaler Opposition zum kapitalistischen Gesellschaftssystem» befinde. Diese «Standortbestimmung als fundamentale Opposition» bedeute jedoch nicht, «sich jedem praktisch-politischen Schritt zu verweigern». Beuchel unterstrich, «daß die ach so moderne kapitalistische Industriegesellschaft keines der Menschheitsprobleme zu lösen vermag (also «modern» und «fortschrittlich» wohl nicht identifiziert werden könnten)».<sup>204</sup>

Anders als der Reformflügel sah die Kommunistische Plattform in der «Wende» des Herbstes 1989 auch keine Chance für einen «modernen Sozialismus», sondern vor allem den Anfang einer «Restauration des Kapitalismus». Die KPF behauptete im Sommer 1990, «daß die Auseinandersetzungen von Oktober und November 1989, die in der DDR als «Wende» bewertet werden, nicht zu einer neuen Qualität des Sozialismus geführt haben, sondern letztlich in eine Restauration des Kapitalismus und in einen bürgerlich-parlamentarischen Staat münden».<sup>205</sup> Und an anderer Stelle formulierte die KPF im gleichen Tenor: «Die im Herbst 1989 eingeleitete «Wende» hat nicht den Sozialismus verbessert. Vielmehr führte sie zum bürgerlich-parlamentarischen Staat, die Restauration des Kapitalismus zeichnet sich ab.»<sup>206</sup>

Die KPF warf der Parteiführung der PDS vor, sie betreibe eine weitere «Sozialdemokratisierung» dieser Partei,<sup>207</sup> und warnte (offensichtlich mit Blick auf die «modernen Sozialisten»), die Strategiebestimmung der PDS dürfe sich «nicht in Projekten eines gestaltungs- und reformfähigen Kapitalismus erschöpfen».<sup>208</sup> Apodiktisch hieß es in den Thesen der KPF vom 31. Oktober 1990: «Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als ‚soziale Marktwirtschaft‘ zu verklären oder den neuen deutschen Imperialismus als eine ‚kapitaldominierte moderne Gesellschaft‘ zu verharmlosen.»<sup>209</sup> Gegen die Positionen der «modernen Sozialisten» gewandt, betonte die KPF, der bürgerliche Staat bleibe «ein Machtinstrument der ökonomisch und politisch herrschenden Klasse».<sup>210</sup> «Der Klassenkampf wird damit auch weiterhin das elementare Wesen der sozialen, politischen und ideologischen Auseinandersetzungen bleiben und ist heute gleichbedeutend mit dem Kampf um das Überleben der Gattung Mensch.»<sup>211</sup> In diese klassische SED-Diktion passte es dann auch, dass die KPF postulierte, dass die Arbeiterklasse ihre gesellschaftliche Funktion nicht verloren habe – nämlich «den sozialen Fortschritt durch die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern».<sup>212</sup>

Zu den Gründern der KPF gehörten neben den Gesellschaftswissenschaftlern Lothar Hertzfeldt und Fred Beuchel<sup>213</sup> der Jungaktivist Marian Krüger<sup>214</sup> und der Historiker Eberhard Czichon.<sup>215</sup> Führungsgremium der KPF war die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG).<sup>216</sup> Auf der zweiten Konferenz der KPF am 3. November 1990 wählten die Teilnehmer\*innen Monika Balzer (Hamburg), Fred Beuchel (Berlin), Hildegard Blum (Berlin-Kreuzberg), Eberhard Czichon (Berlin-Treptow), Lothar Hertzfeldt (Berlin-Lichtenberg), Anton Latzo (Potsdam), Ingeborg Lohse-Geserick (Berlin-Neukölln) und Heinz Marohn (Berlin-Friedrichshain) in die ZKG der KPF. Der ZKG gehörte ferner je ein Vertreter jedes «Landessprecher\*innenrates» an. Fred Beuchel wurde zudem zum Geschäftsführer der KPF gewählt.<sup>217</sup> Einer der herausgehobenen Köpfe der KPF war außerdem der Rechtswissenschaftler Michael Benjamin. Monatlich erschienen die «Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS».<sup>218</sup> Die KPF verfügte Ende 1990 nach eigenen Angaben über 25.000 Mitglieder.<sup>219</sup>

Eine dritte Gruppierung, die in der Literatur als radikaler Flügel bezeichnet wird,<sup>220</sup> steckte 1990 noch in den Kinderschuhen. Sie trat Anfang 1990 als AG Junge GenossInnen in Erscheinung, forderte – getragen von jugendlicher Ungeduld – besonders energisch und konsequent die Erneuerung der Partei, verschwand aber schnell wieder in der Bedeutungslosigkeit. Im Sommer/Herbst 1990 belebte sich der radikale Flügel wieder, in dem dann vor allem relativ junge Parteimitglieder aus Ost- und Westdeutschland zusammenfanden, die sich als unorthodoxe Linke begriffen. Sie standen dem Parlamentarismus und autoritärer Staatlichkeit äußerst kritisch gegenüber und lehnten eine nostalgische Sicht auf die DDR ab.<sup>221</sup> Im Sommer 1990 konstituierte sich aus etwa 20 Mitgliedern eine kurzlebige Plattform bzw. AG Radikale Linke, die mit einem Papier mit dem Titel «Sozialismus oder Barbarei!»<sup>222</sup> das Primat der Ökologie auf antikapitalistischer Grundlage postulierte, der Linie des Parteivorsitzenden

sehr kritisch gegenüberstand und ob ihrer sektiererischen Positionen auf erheblichen Widerstand beim Parteivorstand stieß. Diese Plattform bzw. AG löste sich allerdings 1991 wieder auf.<sup>223</sup>

Weder der Reformflügel noch die orthodox-kommunistische Gruppierung KPF repräsentierten die Mehrheit der Parteimitglieder, schon gar nicht der radikale Flügel. Die große Mehrheit der PDS-Basis rechnete sich keinem der Flügel zu. Diese Mitglieder fühlten sich der Partei als ihrer «politischen Heimat» emotional verbunden. «Es waren Mitglieder, die ihr Engagement in der SED und für die DDR prinzipiell positiv sahen und das Engagement in der PDS als Kontinuität empfanden.»<sup>224</sup> Thorsten Holzhauser macht darauf aufmerksam, dass eine solche innerparteiliche Heterogenität «zu SED-Zeiten undenkbar gewesen» wäre und dass sie «nur aufgrund eines deutlichen Bruchs mit den Organisationsprinzipien der früheren Staatspartei» möglich geworden war.<sup>225</sup> Michael Brie spricht in diesem Kontext von einem «Gründungskompromiss», den das hegemoniale Bündnis von Reformintellektuellen und Reformpragmatikern der SED/PDS mit jenen Kräften innerhalb der Partei eingegangen sei, die die Abkehr von den Dogmen des Staatssozialismus nicht vollziehen wollten oder konnten.<sup>226</sup>

Michael Brie weist an dieser Stelle auch darauf hin, dass sich die neue Führung der SED/PDS bzw. PDS von Anfang an der Ambivalenz dieses «Gründungskompromisses» bewusst gewesen sei. Gregor Gysi sagte in seiner Abschlussrede auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989: «Nirgends sollte dabei übersehen werden, dass der Bruch mit den stalinistisch geprägten Denk- und Organisationsstrukturen der SED auch für jeden einzelnen Genossen ein mehr oder weniger komplizierter Lernprozeß ist, der Toleranz und Geduld, aber auch Konsequenz erfordert. Wir sagen das auch im Hinblick auf die Besorgnis der vielen älteren Genossen, der Veteranen der Partei, die diesen Einschnitt in ihrem politischen Leben besonders schmerzlich empfinden, auf deren Verbundenheit, Erfahrungen und Einsatzbereitschaft unsere Partei aber nicht verzichten will und nicht verzichten kann.»<sup>227</sup>

Die Kehrseite dieses Pluralismus bzw. dieses «Gründungskompromisses» waren uneindeutige Formulierungen und Formelkompromisse in programmatischen und strategischen Dokumenten, mit denen die Parteiführung Rücksicht auf einen orthodox-fundamentalistischen Minderheitenflügel wie auf traditionalistische Strömungen in der Mitgliedschaft nehmen musste. «Überspitzt formuliert», schreibt Thorsten Holzhauser, «stellte sich die paradoxe Situation ein, dass es auch der Anspruch war, offen und demokratisch zu sein, der verhinderte, dass sich die Partei konsequent von jenen trennte, die ihre Demokratisierung in letzter Konsequenz ablehnten.»<sup>228</sup>

### **Die PDS auf dem Weg zur deutschen Einheit**

Nur kurze Zeit nach der Volkskammerwahl begann der Wahlkampf für die Kommunalwahlen. Mit einer «Sachsentour» des Parteivorsitzenden startete am 7. April 1990 der Kommunalwahlkampf der PDS. Am selben Tag fand in Potsdam eine Kommu-

nalpolitische Konferenz zur Vorbereitung der Wahlen statt. Ihr folgte am 21. April 1990 eine Kommunalpolitische Konferenz der PDS mit Kommunalpolitiker\*innen, Betriebsleiter\*innen, Wissenschaftler\*innen und Mitgliedern von Bezirks- und Kreisvorständen in Berlin, auf der deutlich wurde, dass es mit der PDS keine Abschaffung von außerparlamentarischen Formen der Demokratie wie Bürgerinitiativen oder Bürgerkomitees geben werde – eher im Gegenteil. Die Verknüpfung von parlamentarischer und Basisdemokratie sei wichtig, um zu sichern, dass die Bürger\*innen Subjekte der kommunalen Selbstverwaltung sind und der Bürgerwille durchgesetzt werden könne. Der Grundsatz der Abgeordneten und Kandidat\*innen der PDS lautete: Bürgerinteressen gehen über Parteiinteressen.<sup>229</sup> Am 1. Mai 1990 nutzte die PDS Mai-Feste in Potsdam, Neubrandenburg und anderen Orten, um auf sich aufmerksam zu machen. In Dresden beteiligten sich etwa 35.000 Menschen an einer Elbwanderung der PDS.

In dieser Zeit entwickelte sich die PDS zur «Anwältin der Schwachen» und bot in ihren Geschäftsstellen insbesondere kostenlose Rechtsberatung an. Ältere Bürger\*innen, Frauen, Alleinerziehende und Jugendliche, Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen waren, suchten bei der PDS Rat zum Steuerrecht, zum Arbeitsrecht, zum Sozialrecht, zum Mietrecht, zum Eigentumsrecht und zu anderen bundesdeutschen Rechtsvorschriften sowie zu Fragen der Ausbildung oder zu Kreditproblemen. Wenn Parteiarbeit als Dienst für die Menschen charakterisiert werde, «dann ist heute die Rechtsberatung ein solch wichtiger Dienst»,<sup>230</sup> erklärte eine Genossin aus Klingenthal wenige Monate nach den Kommunalwahlen auf einer Parteivorstandstagung der PDS.

Bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 kam die PDS nur noch auf 14,6 Prozent der Stimmen, behauptete allerdings ihren dritten Platz hinter CDU und SPD.<sup>231</sup> Sie errang über 10.000 Mandate und konnte 305 Bürgermeister\*innen stellen.<sup>232</sup>

Im Ergebnis der Parlamentswahl vom 18. März 1990 und der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 fand sich die PDS auch in der Gesellschaft in der Opposition wieder und musste sich in einem schmerzhaften Prozess auf ihre neue Rolle einstellen. Mitte Mai 1990 zählte die Partei noch etwa 450.000 Mitglieder, von denen aber rund 100.000 keinen Beitrag zahlten. Der Anteil der Mitglieder bis zu 30 Jahren betrug 11 Prozent, derjenigen im Alter von 30 Jahren bis zum Rentenalter 49 Prozent und derjenige der Rentner\*innen 40 Prozent. 41,2 Prozent der Mitglieder waren Frauen. Obwohl von einst 44.000 hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen der Partei nur noch etwa 10.000 tätig waren (darunter im engeren Parteiapparat etwa 8.500; zum kleineren Teil politische Mitarbeiter\*innen, zum größeren technische Angestellte), überstiegen zu diesem Zeitpunkt die Ausgaben der Partei die Einnahmen um ein Vielfaches. Die prekäre Situation hing auch damit zusammen, dass die PDS im Interesse ihrer Erneuerung die Finanzreserve der Partei in Höhe von über drei Milliarden Mark der DDR vollständig abgeführt und die Parteibetriebe überwiegend abgegeben hatte und daher auch nicht mehr an den Gewinnen dieser Betriebe beteiligt war.<sup>233</sup>

Verbunden war die Einstellung auf die Oppositionsrolle mit einem längeren intensiven Diskussionsprozess in den Basisorganisationen zum Selbstverständnis der PDS und zu Inhalt und Chancen eines demokratischen Sozialismus. In einer Diskussionsgrundlage zur weiteren Initiierung des Erneuerungsprozesses in der PDS wurde allerdings moniert, dass die Inhalte der Arbeit der Basisgruppen und der einzelnen Genoss\*innen «verschwommen» seien und die Arbeit (ausgenommen der Wahlkampf) «orientierungs- und ziellos» erscheine. Die Schwerpunktsetzung des Engagements der Parteimitglieder auf die Initiierung und Aktivierung der Arbeit von Gewerkschaften, Betriebsräten, sozialen Verbänden, Bürgerkomitees und -initiativen sei noch nicht ausgeprägt. Das Verhältnis zwischen Territorialbasisorganisationen und interessenorientierten Gruppen (IGs, AGs) sei für viele Parteimitglieder unklar. Zudem war von Tendenzen der Vereinzelung von Mitgliedern sowie teilweise unregelmäßigen Kontakten zu Kreisvorständen der Partei die Rede.<sup>234</sup>

Was die PDS in dieser Phase einte, waren «Verbundenheit» und sozialistische Überzeugungen, die allerdings sehr differenziert waren. Der Soziologe Dietmar Wittich konstatierte für diese Phase der PDS-Entwicklung, dass sich «die PDS formiert als Solidargemeinschaft (mit sehr verschiedenen Ansprüchen an Solidarität und entsprechenden Spannungen), sich formiert übergreifend als ‹Trutzgemeinschaft›».<sup>235</sup> Diese Formierung wurde genährt durch das bevorstehende Ende der DDR und die Notwendigkeit, sich dann in einem Gesamtdeutschland behaupten zu müssen. Denn die PDS war nach den Worten ihres Vorsitzenden «doch sehr DDR-spezifisch» und habe schon deshalb Schwierigkeiten mit dem Gedanken, dass ihr mit den bevorstehenden gesamtdeutschen Wahlen «eine gesamtdeutsche Verantwortung erwächst». Ihre Mitglieder hätten das Gefühl, mit der DDR ein Stück ihrer Identität zu verlieren. Sie hätten nicht das Gefühl, mit der staatlichen Veränderung etwas dazuzugewinnen, sondern das Gefühl, ihnen gehe etwas verloren.<sup>236</sup>

Am 12. und 13. Mai 1990 befasste sich eine Klausurtagung des Parteivorstandes der PDS mit dem Selbstverständnis der Partei und mit Schwerpunkten zur weiteren Initiierung ihres Erneuerungsprozesses.<sup>237</sup> Präsidiumsmitglied André Brie stellte in Auswertung der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 fest, dass der politische und organisatorische Zustand der PDS «gegenwärtig außerordentlich unterschiedlich» sei. Zu den besorgniserregenden Anzeichen gehöre die Tatsache, dass in 60 Prozent der Gemeinden des Bezirkes Erfurt und in 40 Prozent der Kommunen des Bezirkes Cottbus keine Kandidat\*innen der PDS aufgestellt wurden. Die PDS sei mit wenigen Ausnahmen bisher nicht fähig, wirkliche Persönlichkeiten aufzustellen, die den Bürger\*innen bekannt seien. Das gelte sowohl im DDR-Maßstab wie in den (künftigen) Ländern, Kreisen und Gemeinden. Die Erneuerung der Partei (zumindest gegenüber der Öffentlichkeit) sei nicht ausreichend fortgeschritten und vor allen Dingen nicht ausreichend bekannt. Entscheidend sei die politische Aktionsfähigkeit der PDS, um in die Medien zu kommen und damit die notwendige Öffentlichkeit zu erreichen – was bisher nur unzureichend gelungen sei. Schließlich fehle es an Kon-

kretheit und Realisierbarkeit zahlreicher kommunalpolitischer Programme der PDS in Dörfern, Städten und Kreisen.<sup>238</sup>

Der Parteivorsitzende Gregor Gysi mahnte auf der Klausurtagung eine differenzierte Sicht auf die Geschichte der DDR und der SED an: «Die Gesellschaft der letzten Jahrzehnte in der DDR war eine nichtkapitalistische, hatte aber zu keinem Zeitpunkt die Qualität einer sozialistischen.»<sup>239</sup> Dies gelte für die ökonomische Basis ebenso wie für den politischen Überbau. Die SED war entgegen ihren Zielen und auch der Politik nach 1946 seit mehreren Jahren «keine linke Partei mehr» und trotz dem entgegenstehenden Willen vieler Mitglieder «seit längerem reaktionär, weil sie Sozialismus verhindert und nicht ermöglicht» habe.<sup>240</sup> Angesichts der Abgrenzungs- und Ausgrenzungspolitik anderer politischer Kräfte gegenüber der PDS warnte Gysi davor, dass «wir uns ghettoisieren und unter uns bleiben». Die PDS werde unweigerlich «zu einer Sekte werden, wenn sie nicht schnell die Fähigkeit zu wirksamen und für die Medien attraktiven politischen Aktionen findet».<sup>241</sup> Gregor Gysi richtete den Blick nach vorn und sagte, die PDS sollte sich nicht nur für die Verlierer des deutschen Einigungsprozesses einsetzen, «sondern kann auch an die Hoffnungen und neuen Chancen, die mit der deutschen Einheit verbunden sind, anknüpfen».<sup>242</sup>

Die Mitglieder des Parteivorstandes diskutierten auf der Klausurtagung in sechs Seminaren (1) zur weiteren Entwicklung des Parteiprogramms, zur Vergangenheitsbewältigung und zu Fragen des Charakters der Partei sowie zur Bildungsarbeit, (2) zur weiteren Demokratisierung der Partei (Strukturfragen, innerparteiliche Demokratie, Transparenz und Führung der Diskussion inhaltlicher und struktureller Fragen der Partei), (3) zu Eigentums- und Finanzfragen der Partei, (4) zur Arbeit der Basisgruppen, Arbeitsgemeinschaften und Initiativgruppen, zur Betriebsarbeit, zur Gewerkschaftsarbeit, zur Arbeit in sozialen Verbänden, Bürgerkommissionen usw., (5) zum Wirtschaftskonzept der PDS und (6) zu Fragen des Staatsvertrages und der Deutschlandpolitik.<sup>243</sup> Zu den Ergebnissen der Diskussionen in den Seminaren gehörte die Erkenntnis, dass die Herausbildung eines neuen Parteiverständnisses notwendig sei, das «demokratisch, sachbezogen und gemeinnützig und nicht primär machtpolitisch beziehungsweise eng parteiegoistisch geprägt ist».<sup>244</sup> Einig war man sich, «die Wirtschafts- und Sozialpolitik der PDS voll auf die eintretenden Bedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft einzustellen». Es gehe nicht um eine Verhinderungs- und Verzögerungspolitik gegenüber der Durchsetzung marktwirtschaftlicher Mechanismen, «sondern um eine konsequente Vertretung der Interessen der Werktätigen, der Kinder, der Jugend, der Rentner und der sozial Benachteiligten».<sup>245</sup>

In einer Erklärung, die der Parteivorstand der PDS auf seiner Klausurtagung abgab, konstatierte er, dass der Prozess der deutschen und europäischen Einigung Realität sei. Er biete die einmalige historische Chance, dass aus ihm eine neue demokratische deutsche Republik hervorgeht. «Wir wollen diese Chance nutzen, um anstelle eines hegemonialen Großdeutschlands für eine Republik zu streiten, die in Frieden und guter Nachbarschaft mit allen Völkern lebt.» Die PDS wolle eine Republik, die nicht

die NATO stärkt, «sondern Teil einer europäischen blockübergreifenden Friedensordnung ist und den Weg der Entmilitarisierung beschreitet».<sup>246</sup>

Die PDS war der Auffassung, dass eine neue DDR-Verfassung eine gleichberechtigte und paritätische Grundlage gebildet hätte, um den Weg in die deutsche Einheit in Würde und unter Wahrung der Rechte der Bürger\*innen der DDR zu gehen und «nicht Hals über Kopf in sie hineinzustürzen».<sup>247</sup> Daher unterstützte sie die Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid über eine neue DDR-Verfassung, die das Neue Forum und die Bürgerinitiative 90/Grüne ins Leben gerufen hatten. Schließlich hatten die Vertreter\*innen der PDS aktiv am Runden Tisch am Entwurf einer neuen demokratischen DDR-Verfassung mitgearbeitet, der dann in der Volkskammer der DDR mit knapper Mehrheit abgelehnt worden war.<sup>248</sup>

Auf Vorschlag der DSU beschloss die Volkskammer am 31. Mai 1990 die Einsetzung einer «Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen der DDR». Gregor Gysi richtete daraufhin einen Brief an die Mitglieder und Sympathisant\*innen der PDS, in dem er diesen Beschluss als «Ermächtigungsgesetz» geißelte, das sich gegen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie richte und die Gewaltenteilung aufhebe. Niemand lasse auch nur den geringsten Zweifel aufkommen, dass sich diese Maßnahme fast ausschließlich gegen die PDS richte.<sup>249</sup> «Das Ziel, die Liquidierung der PDS, ist klar.»<sup>250</sup> Gegen diese «Lex PDS» demonstrierten zwei Tage später, am 2. Juni 1990, 65.000 Menschen im Berliner Lustgarten.

Am 23. Juni 1990 konstituierte sich eine Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS. Sie betonte, dass es für die PDS kein «parteioffizielles» Geschichtsbild geben könne. Die Kommission sah ihre Aufgabe darin, «zu einem unvoreingenommenen Herangehen an die Geschichte der Arbeiterbewegung und der DDR beizutragen und sich kritisch mit dem bisher vermittelten Geschichtsbild auseinanderzusetzen».<sup>251</sup> Dabei zähle zu den Themen, mit denen sie sich als Erstes beschäftigen wolle, die Stalinismusproblematik. Die Teilnehmer\*innen waren sich einig, dass das Streben nach Wissenschaftlichkeit und Objektivität unterschiedliche Herangehens- und Sichtweisen einschliesse und Meinungspluralität erforderlich mache.<sup>252</sup>

Anfang Juli 1990 fand in Berlin eine Konferenz «Demokratischer Sozialismus» statt, auf der 1.200 Teilnehmer\*innen aus der DDR, der BRD, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, der Mongolei, aus Bulgarien, Polen, Österreich, Dänemark, Belgien und China die Kooperation linker Kräfte diskutierten.<sup>253</sup> André Brie, der stellvertretende Vorsitzende der PDS, setzte sich in seinem Referat über die Aktualität des demokratischen Sozialismus mit der gescheiterten Sozialismuskonzeption des sogenannten real existierenden Sozialismus auseinander. Dies sei eine Konzeption gewesen, «die der Unterordnung aller gesellschaftlichen Interessen und Subjekte unter die Interessen des Kapitals die Unterordnung der gesamten Gesellschaft und aller ihrer Subjekte unter die vermeintlichen Gesamtinteressen der Gesellschaft entgegenstellte. Praktisch also ein Sozialismus, der das Gegenteil des Kapitalismus sein sollte,



statt die Errungenschaften der kapitalistischen Gesellschaft dialektisch aufzuheben und weiterzuführen.»<sup>254</sup>

Die sozialistische Gesellschaft, betonte André Brie, sei nicht einfach nur eine Überwindung der kapitaldominierten, sondern stehe in vielem in deren dialektischer Kontinuität. Die kritische Auseinandersetzung mit den bisherigen Sozialismusvorstellungen bedeute jedoch nicht, «unser Scheitern auf den visionären Charakter sozialistischer Gesellschaftsvorstellungen zurückzuführen». André Brie hob hervor: «Wir suchen nicht nach einem neuen sozialistischen Weg, weil wir nicht von unseren alten politischen Vorstellungen lassen können, sondern weil sich die Menschheit in einer Existenzkrise von immer bedrohlicherem Ausmaß befindet, aus der sie sich unserer Meinung nach nicht ohne grundsätzliche Wandlungen in allen Gesellschaften und in ihrem Zusammenleben befreien wird.»<sup>255</sup>

Vonseiten der Veranstalter war eigentlich geplant, sich auf der Konferenz auf drei Fragen zu konzentrieren: 1. Was ist in der DDR gescheitert und warum? 2. Das Konzept des demokratischen Sozialismus im Spannungsfeld zwischen Vision und Realität. 3. Die Politikfähigkeit der Idee des demokratischen Sozialismus. Wie die Berichterstatterin Monika Nakath konstatierte, hätten sich nur wenige Redner\*innen an diese Vorgaben gehalten: «Vielfältige Probleme wurden angerissen, es gab Statements zur eigenen Person und Befindlichkeit und konsequent Zurückzuweisendes.»<sup>256</sup>

Die heftigste Debatte entbrannte über das Verhältnis der PDS zu anderen linken und demokratischen Kräften, insbesondere zur SPD. Das Spektrum der Meinungen reichte von der Forderung nach Dialog (bei deutlicher und sachlicher Kritik) bis hin zu rigoroser Absage. Die Historikerin Ulla Plener (PDS) wandte sich gegen eine Verketzerung der SPD und wies darauf hin, dass sich diese Partei in der BRD programmatisch erneuert habe, zwar vorrangig als parlamentarische Kraft auftrete und damit an unmittelbarer Machtausübung interessiert sei. Sie bezweifelte, dass «wir uns als Partei des demokratischen Sozialismus einen richtigen Ausgangspunkt wählen, wenn wir uns gegenüber der Sozialdemokratie, einer Kraft von Gewicht und mit Ideen, abgrenzen, wenn wir mit der alten [...] SED-Lehre vom Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus weiter operieren wollen, die ihre Quintessenz hat: «Wer hat uns verraten – die Sozialdemokraten!»».<sup>257</sup> Dem hielt Isolde Bräuner, eine Linke in den Grünen (BRD), entgegen, die SPD sei keine linke Partei, sondern «ganz klar eine Partei des Privatkapitalismus». Wenn gesagt werde, (sozialdemokratische) Politik sei die Kunst des Möglichen, so sei das «im Privatkapitalismus gleichzusetzen mit Opportunismus und mit Aufgabe der eigenen Ziele».<sup>258</sup>

Weitere Diskussionsschwerpunkte rankten sich um die Identitätsbestimmung der PDS und um das Verhältnis von PDS und sozialer Marktwirtschaft. Die These André Bries, dass konsequente Kapitalismuskritik in Programmatik und Politik keine fundamentale Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft bedeuten dürfe, provozierte eine Reihe der Konferenzteilnehmer\*innen. «Von Zustimmung über Ablehnung des Begriffes «soziale Marktwirtschaft», bis zur vereinzelt Forderung, eine proletarische

Revolution auf die Tagesordnung zu setzen, reichte das Spektrum der Meinungen»,<sup>259</sup> notierte Monika Nakath in ihrem Konferenzbericht.

Hans Modrow sagte, dass seiner Ansicht nach das Scheitern des sogenannten realen Sozialismus mit einem falschen Verständnis von der Rolle der Persönlichkeit verbunden war. Er kritisierte, dass die SED-Führung die Probleme und Schwächen in der Sowjetunion nicht begriffen und die eigenen Probleme verdrängt habe: «Der Höhepunkt dieser Entwicklung war der Kampf gegen die Perestroika und gegen Glasnost durch Honecker und das damalige Politbüro.»<sup>260</sup>

Michael Brie verlangte in seinem schriftlich eingereichten Beitrag zur Konferenz «Demokratischer Sozialismus», die PDS müsse «zu einer promodernen Partei werden». Er charakterisierte die DDR im Grunde als vormodern («zwanghaft halbierte Modernisierung»),<sup>261</sup> propagierte einen Weg in eine postindustrielle, postkonsumistische Gesellschaft und forderte: «Machen wir uns auf den Weg in ein Bündnis aller antikapitalistischen, promodernen und postindustriellen Bewegungen.»<sup>262</sup>

Die Situation der PDS blieb kompliziert und widersprüchlich. Am 31. Juli 1990 zählte die Partei 345.569 Mitglieder und 15.356 Basisorganisationen. Damit hatte sich im Verlauf des Juli 1990 die Talfahrt verlangsamt, war aber nicht gestoppt. In Vorbereitung auf das für Oktober 1990 anvisierte Aufleben der ostdeutschen Länder hatten sich neue Vorstände auf der Länderebene formiert. Ihnen gehörten 242 Mitglieder an, darunter 87 Frauen. Dreiviertel aller Vorstandsmitglieder waren jünger als 40 Jahre – ein Ausdruck der personellen Erneuerung der Partei. Die neuen Vorstände standen vor der Aufgabe, bisherige Bezirksstrukturen zu entflechten, das innere Zusammenwachsen der Landesverbände zu organisieren und – mit Blick auf die Landtagswahlen – landesspezifische Politikangebote zu entwickeln.<sup>263</sup>

In dieser Situation mahnte Jürgen Kuczynski als Mitglied des «Rates der Alten» die Entwicklung einer Strategie der PDS an: «Ich glaube, wir haben eine ausgezeichnete Taktik. Aber was ist unsere Strategie? Bis vor kurzem war es schwer, sie zu entwickeln, aber jetzt wird es Zeit.»<sup>264</sup> In diesem Kontext verlangte Kuczynski, dass die Partei endlich ideologisch in die Offensive gehen müsse. Es reiche nicht aus, wenn Gregor Gysi selbst sowie André Brie, der schön schreiben könne, und Klaus Höpcke, der klug argumentieren könne, in den Medien präsent seien. Wo blieben die anderen Präsidiumsmitglieder, warum höre man so wenig von den Sitzungen des Präsidiums? Zudem sei das der PDS nahestehende *Neue Deutschland* – «in schärfstem Gegensatz» etwa zur *Berliner Zeitung* – «äußerlich so langweilig wie möglich aufgemacht». «Versteht denn keiner dort etwas vom Layout?», fragte der renommierte Wirtschaftswissenschaftler und kritisierte: «Und auch dort nicht der mindeste Offensivgeist!»<sup>265</sup>

Auf der Parteivorstandstagung am 25. August 1990 erklärte Hans Modrow: «Wir stehen jetzt vor völlig neuen Herausforderungen. Es geht nicht mehr nur um die PDS in der DDR, sondern um ihren Platz, ihre Programmatik und Politik im vereinten Deutschland, es geht um ein Engagement mit anderen Linken, um für uns völlig neue Fragen globaler und nationaler Natur. Dem müssen wir entsprechen.»<sup>266</sup> Deshalb be-

deute Erneuerung der PDS vor allem Profilierung als neue Partei. Dem diene auch der Landtagswahlkampf. Hier müsse die PDS deutlich erklären: Wer eine Partei als starke linke Opposition wolle, die die Interessen der Menschen in der DDR unbeirrt verteidige und sie nicht als «Verlierer» der deutschen Einheit einplane, eine Partei, die kompromisslos gegen die Wiederbelebung des in der DDR begrabenen Paragraphen 218 sei, die die Wehrpflicht und die NATO abschaffen wolle, der sei richtig bei der PDS.

Mit dem Blick auf die Landtagswahlen führte die PDS vom 31. August bis zum 9. September 1990 eine Aktionswoche durch, die den Weltfriedenstag am 1. September und den Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung am 9. September einschloss, der als Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg die Erinnerung an die Opfer des Faschismus mit wichtigen Debatten der Gegenwart zu verbinden versuchte. Die Aktionswoche sollte die PDS-Mitglieder mit den Bürger\*innen ins Gespräch bringen, Berührungängste abbauen, Verständnis wecken und Vertrauen aufbauen. «Wir wollen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten – nicht die Vereinnahmung der DDR als Protektorat der BRD», hieß es im Aufruf des Parteivorstandes zu der Aktionswoche der PDS. Mit der Unterzeichnung des Einigungsvertrages seien die Bedingungen für den Kampf gegen Vereinnahmung schlechter geworden, aber aufzugeben wäre falsch, versuchte der Aufruf Mut und Widerstand zu wecken.<sup>267</sup>

Im Rahmen der Aktionswoche durchgeführte PDS-Kundgebungen in Dresden, Erfurt und anderen Städten, Begegnungen mit Abgeordneten, Friedensfeste, Informationsstände und nicht wenige originelle, aufsehenerregende Ideen und Aktionen sorgten für die Wahrnehmung der PDS in der Öffentlichkeit und trugen auch dazu bei, viele Mitglieder der Partei zu aktivieren.<sup>268</sup> Zudem erwies sich der Verkauf ostdeutscher Produkte während der Aktionswoche als ein Renner. In Perleberg, Lübben und Ludwigslust nutzten viele Bürger\*innen die Informationsstände der PDS, um nach Antworten auf damals drängende Fragen zu suchen. Dabei standen Fragen des Erhalts und der Neuschaffung von Arbeitsplätzen, der Aus- und Weiterbildung bzw. der Umschulung, der Entwicklung der Mietpreise und weitere soziale Fragen im Mittelpunkt.<sup>269</sup>

Friedensfeste während der Aktionswoche erfreuten sich eines großen Zuspruchs. Sie ermöglichten es, die Forderungen der PDS nach Abrüstung, Abschaffung der Wehrpflicht und Solidarität mit den Völkern der «Dritten Welt» zu verbreiten. Im Land Brandenburg wurden Unterschriften für einen «Brandenburger Friedensappell» gesammelt, der vom Wahlparteitag der PDS des Landes Brandenburg beschlossen worden war und der sich gegen die Einbeziehung des DDR-Territoriums in die militärischen Strukturen der NATO und gegen die Stationierung von Massenvernichtungswaffen wandte.<sup>270</sup> Eine Großkundgebung der PDS im Berliner Lustgarten am 8. September 1990 trat für eine entmilitarisierte demokratische deutsche Republik ein und wandte sich gegen den Vormarsch von NATO und Bundeswehr an Oder und Neiße und gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte.<sup>271</sup>

Die Aktionswoche diente der Mobilisierung der Mitglieder für die heiße Phase des Landtagswahlkampfes in Ostdeutschland, sollte ihnen Zuversicht vermitteln. Die komplizierten und widerspruchsvollen Prozesse der Erneuerung der Partei hatten ebenso wie die Umwälzungen in der zu Ende gehenden DDR vor allem jenen Genoss\*innen viel abverlangt, die schon lange Zeit Mitglieder der Partei waren. Nicht wenige wurden von Selbstzweifeln geplagt und viele fragten, ob denn all ihre Anstrengungen, in der DDR eine neue Gesellschaft aufzubauen, umsonst gewesen seien. Verbitterung und Resignation machten sich breit. Die Aktionswoche sollte dazu beitragen, wegzukommen von den nach innen gekehrten Debatten hin zu politischer Handlungsfähigkeit. Die Aktionswoche habe gezeigt, sagte Gregor Gysi resümierend, «daß und wie wir Bürgerinteressen vertreten können. Diesen Weg sollten wir weitergehen.» Es gelte, den Bürgerinnen und Bürgern Hilfe zu geben, sich unter den neuen Verhältnissen zurechtzufinden, «ihnen Mut und Selbstbewußtsein zu geben, die Gewißheit, nicht alleingelassen zu werden».<sup>272</sup>

Eine Erneuerungskonferenz der PDS, die am 8. und 9. September 1990 in Berlin tagte und als Teil der Aktionswoche geplant war, befasste sich intensiv mit der Aufarbeitung der Geschichte, mit der Programm- und Sozialismuskonzeption in der Partei, mit ihrem Selbstverständnis (Partei und/oder Bewegung?) und ihrer Rolle als Teil der Linken in einem vereinigten Deutschland.<sup>273</sup> In den Thesen zu dieser Konferenz, die im Juli 1990 veröffentlicht worden waren, hieß es: «Ohne Aufarbeitung der Geschichte ist Erneuerung der Partei undenkbar. Der konsequenten Aufklärung historischer Sachverhalte muß sich die PDS auch deshalb stellen, weil mit dem Scheitern der SED zugleich deren offizielles Geschichtsbild, das konzeptionell auf die Rechtfertigung der Politik der Parteiführung ausgerichtet war, vollständig gescheitert ist.»<sup>274</sup>

Die Programmatik der PDS müsse sich unter dem Vorzeichen eines kapitalistischen Gesamtdeutschlands verändern, befanden die Autor\*innen der Thesen. Dabei befände sich die PDS in einem Spannungsfeld zwischen der notwendigen Gestaltung der kapitalistischen Gesellschaft und dem Wirken für eine bessere, solidarische, humanistische und ökologische Gesellschaft. «Ihr Ansatz muß in jedem Falle antikapitalistisch sein.»<sup>275</sup> Im Widerspruch zum angedeuteten Ansatz als gesamtdeutsche Partei blieb ihr reduktionistischer Bezug auf die DDR: «Die DDR bleibt für die Politik der PDS Bezugspunkt im Sinne der Vertretung der Interessen der ehemaligen DDR-BürgerInnen in einem einheitlichen kapitalistischen Deutschland.»<sup>276</sup>

Nach einführenden Referaten debattierten die Teilnehmer\*innen in vier Arbeitskreisen, wechselten Rede und Gegenrede, Zwischenrufe und Anfragen. Präsidiumsmitglied Helga Adler verwies auf die dringende Notwendigkeit, «einen radikalen Bruch mit einem Parteienverständnis zu vollziehen, das, wie Rosa Luxemburg es 1904 kritisierte, auf blinde Unterordnung aller Parteiorganisationen unter eine Zentralgewalt, die allein für alle denkt, schafft und entscheidet, orientiert».<sup>277</sup> Diese Art von «Demokratischem Zentralismus» habe es ja gerade ermöglicht, den innerparteilichen

Meinungsbildungsprozess zu kanalisieren und die Führung der Partei der Kontrolle und Kritik zu entziehen.

Notwendig sei, so Helga Adler, «die endgültige Absage an diesen demokratiefeindlichen zentralistischen, die Mitglieder organisatorisch und ideologisch disziplinierenden, hierarchischen und letztlich militanten Parteityp, den wir unter der Partei des neuen Typs kennengelernt haben, mit ihrer Linientreue um jeden Preis, ihrer erzwungenen Geschlossenheit und damit Abgeschlossenheit, ihrer Fixierung auf eine autoritäre Führung und den damit verbundenen Personenkult»,<sup>278</sup> Denn diese Art von Partei, unterstrich das Präsidiumsmitglied, stehe im Gegensatz zur Selbstbestimmung und Mündigkeit der Individuen. «Sie war und ist nicht geeignet für die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft, in der die freie Entwicklung jeder Frau und jedes Mannes Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.»<sup>279</sup>

Das Wesen der Überwindung des alten Parteityps mit seinem Avantgarde-Anspruch, erklärte Helga Adler, sei die Demokratisierung der Partei nach innen und außen, ihre Fähigkeit, einen demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess zu organisieren und sich so zu strukturieren, dass sie die Potenzen, die Kreativität und die Initiative ihrer Mitglieder zum Tragen bringt. Die Partei müsse zugleich offen und aufnahmefähig sein für die Impulse und fortschrittlichen Ideen anderer politischer Kräfte. In den Plattformen, Interessen- und Arbeitsgemeinschaften in und bei der PDS sah Helga Adler Potenziale für die Verbindung von Elementen einer Partei mit denen einer offenen Bewegung: «Neben der pluralistischen Ausprägung verleihen diese Organisationsformen der PDS nicht nur einen stärkeren inneren Bewegungskarakter und eine große Lebendigkeit. Wir sehen in ihnen auch die bisher am deutlichsten ausgeprägte Möglichkeit, die Exklusivität, das Abgeschottetsein einer Partei zu durchbrechen und sich nach außen zu öffnen.»<sup>280</sup>

Im Arbeitskreis 1 «Zur Aufarbeitung der Geschichte der PDS» reichte die Spannweite der Positionen, die vorgetragen wurden, von Tendenzen der einfachen Verteidigung des zurückgelegten Weges über schärfere analytische Tiefenlotung bis zum Zurückprojizieren der Niederlage des Sozialismusversuchs zu den Anfängen der sozialistischen Bewegung. Den Diskutant\*innen im Arbeitskreis 2 «Programm- und Sozialismuskussion» ging es um die Erarbeitung eines neuen Selbstverständnisses, um Identitätsgewinn, um das Finden einer linken politischen Heimat. Im Arbeitskreis 3 «Zur weiteren Demokratisierung der PDS» zeigte die Diskussion die Schwierigkeiten mit der Demokratie in der Partei. Während die einen die Partei möglichst schnell in eine Bewegung umwandeln wollten, hoben andere den Parteicharakter stark hervor und warnten, in eine allgemeine Sammlungsbewegung zu verfallen. Im Arbeitskreis 4 «Die PDS als linke Oppositionspartei in Deutschland» bestimmten vier Themenkreise die Debatte: 1. das Spannungsfeld zwischen Reformpartei und Partei der radikalen gesellschaftlichen Alternative, 2. das Verhältnis zwischen parlamentarischem und außerparlamentarischem Wirken der PDS, 3. das Verhältnis zum Staat und 4. das Verhältnis zu anderen Parteien und Bewegungen.<sup>281</sup>

Präsidiumsmitglied Rainer Börner verwies auf der Erneuerungskonferenz auf das weitverbreitete Obrigkeitsdenken vieler Menschen (auch unter Mitgliedern und Sympathisant\*innen der PDS), ihren Wunsch nach einem neuen Leitbild, einem Führer in eine beglückende Zukunft, das einer notwendigen und tatsächlich tief greifenden Demokratisierung entgegenstehe. Der Weg zum Sozialismus – so Börner – sei «für uns zuvorderst der Weg umfassender Demokratie. Nur wenn wir dies als Partei und Bewegung des demokratischen Sozialismus selbst vorleben, können wir das sehr wirkungsvoll nach außen vertreten.»<sup>282</sup>

Eine Konferenz zur Wirtschafts- und Betriebsarbeit der PDS in Ballenstedt im Harz am 22. und 23. September 1990 – also mitten im Landtagswahlkampf der Partei – vermittelte Anregungen für die Wirtschaftspolitik der PDS insgesamt und für wirtschaftspolitische Aktivitäten auf kommunaler und regionaler Ebene. Die Konferenz verdeutlichte, dass die Gefahr einer weitgehenden Deindustrialisierung des DDR-Territoriums durchaus real war. Viele Teilnehmer\*innen betonten, dass die eigenständige Entwicklung von regionalen Strukturkonzepten mit dem Ziel, die Verarmung ganzer Regionen, Massenarbeitslosigkeit und die Abwanderung von Fachkräften zu verhindern, ein wichtiger Gegenstand linker Wirtschaftspolitik sei.<sup>283</sup>

Gleichzeitig wurde deutlich, dass man zur Finanzierung von gesellschaftspolitischen Alternativen nur wenig sagen konnte. Zudem waren die eigenen Alternativkonzepte noch nicht überzeugend genug ausgearbeitet. Hinsichtlich Wirtschaftsdemokratie und Betriebsarbeit wurde unterstrichen, dass zum einen ein verstärktes Engagement der PDS-Mitglieder in Interessenvertretungen notwendig sei und zum anderen das Konzept der Wirtschaftsdemokratie ausgestaltet werden müsse. «Kernpunkt der Diskussion war die Frage, wie demokratische Formen der Selbstverwaltung organisiert werden können, welcher ökonomische Inhalt und welche ökonomischen Funktionen Selbstverwaltungsorganen zugewiesen werden müssen»,<sup>284</sup> berichtete der Ökonomie-Professor Wolfram Friedersdorff. Mehrere Diskussionsredner vertraten die Auffassung, der Interessenkonflikt von profitorientierter Wirtschaftspolitik und sozialorientierter Kommunalpolitik könne «nur durch eine unternehmensorientierte Kommunalpolitik gesteuert werden».<sup>285</sup>

Offensichtlich auch mit Blick auf die Landtagswahlen im Oktober 1990 luden die Kommission für Umweltpolitik des Parteivorstandes sowie die Landesvorstände von Sachsen und Sachsen-Anhalt für den 6. Oktober 1990 zu einer Regionalen Umweltkonferenz nach Leipzig-Markkleeberg ein mit der Erwartung, dass Mitglieder und Sympathisant\*innen der PDS aus allen ostdeutschen Bundesländern sowie zahlreiche umweltpolitisch engagierte Bürger\*innen aus ganz Deutschland zur Tagung kommen würden. Eingeladen waren zudem Umweltschutzexpert\*innen aus Österreich und aus der Sowjetunion. Die Veranstalter\*innen erhofften sich von der Konferenz neue Impulse für die umweltpolitische Arbeit der Partei in den Ländern, Kommunen und Betrieben im Bemühen um eine höhere Umwelt- und Lebensqualität.<sup>286</sup>

Die rund 300 Teilnehmer\*innen der Konferenz legten besonderes Gewicht auf die enge Verbindung der Umweltsanierung und -vorsorge mit sozialpolitischen Zielstel-

lungen. Unter diesem Gesichtspunkt diskutierten sie sowohl die vorgelegten Thesen «Für eine lebenswerte Umwelt» als auch Empfehlungen für Bund und Länder zum Umweltkatastrophengebiet Halle/Leipzig. Größere Aufmerksamkeit sollte der Erarbeitung von Vorstellungen für eine langfristig tragfähige Strukturentwicklung (auch gegen kurzfristige Kapitalinteressen) sowie von konkreten kommunalpolitischen Lösungsansätzen für umweltpolitische Probleme gewidmet werden. Dabei wiesen Konferenzteilnehmer\*innen auf die Erfahrungen westdeutscher Umweltgruppen mit Bürgerbeteiligung in Planfeststellungsverfahren und gerichtlichen Klagen gegen Entscheidungen mit negativen Umweltfolgen hin. Verlauf und Ergebnisse der Umweltkonferenz veranlassten Präsidiumsmitglied Klaus Steinitz zu der Schlussfolgerung, dass «trotz der erarbeiteten umweltpolitischen Vorstellungen für einzelne Gebiete (Energiepolitik, Abfallwirtschaft, Umweltrecht in Länderverfassungen) weiter an einem den Anforderungen der Zeit entsprechenden Gesamtkonzept der PDS gearbeitet werden muß».<sup>287</sup>

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes in Thüringen stand beispielsweise die Darstellung von landesspezifischen Politikangeboten der PDS zur sozialen Marktwirtschaft, zu Fragen von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder Umschulung bis hin zur kommunalen Selbstverwaltung. Gut angenommen wurden Wahlveranstaltungen in Verbindung mit Volks-, Kinder- und Familienfesten der PDS, Infostände der Partei, Kfz-Wahlmobile, Politfrühschoppen, Foren und Streitgespräche im kleineren Kreis.<sup>288</sup> In Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern und in einer Reihe anderer Städte verschickten die Kandidat\*innen der PDS persönliche Briefe an ihre Wähler\*innen, man organisierte Wohngebietsfeste und zahlreiche Informationsstände vor allem in Fußgängerzonen, wo diese Rede und Antwort stehen mussten. Zudem wurden Produkte aus DDR-Betrieben zu Niedrigpreisen verkauft. Der PDS-Stadtvorstand in Magdeburg in Sachsen-Anhalt richtete vor dem Arbeitsamt eine Informations- und Beratungsstelle ein, was eine so nicht erwartete große Resonanz fand.<sup>289</sup>

Im Rahmen des Landtagswahlkampfes der PDS in Sachsen sprach Hans Modrow auf der Wahlkundgebung der Partei am 23. September 1990 in Leipzig. Der frühere Ministerpräsident der DDR unterstrich angesichts sich ausbreitender Wahlmüdigkeit, dass Landtagswahlen und gesamtdeutsche Wahlen ein großes Gewicht hätten, weil sie für Jahre die politische Entwicklung bestimmten. Modrow übte scharfe Kritik am Kohl'schen Weg zur Einheit und forderte eine klare Absage im Einigungsvertrag an jegliche großdeutschen Tendenzen. Der Vertrag müsse die feierliche Verpflichtung zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung des künftigen Deutschlands enthalten, in der das Gute aus dem Grundgesetz der BRD enthalten sein solle und viel Raum sein müsse für die fortschrittlichen und guten Aussagen, die der Runde Tisch als demokratisches Vermächtnis übergeben habe.<sup>290</sup>

Hans Modrow betonte, dass sich die PDS für ein friedliches, europäisches, bescheidenes Deutschland einsetze, das Brücken baut, Brücken der gleichberechtigten Zusammenarbeit gerade auch zu den Nachbarn Deutschlands im Osten und zur Sow-

jetunion. Wer am 14. Oktober 1990 PDS wähle, der gebe seine Stimme «für eine starke Opposition im Landtag, die verhindert, daß die Interessen der Bürger Sachsens ausverkauft werden, die entschieden gegen Nationalismus und Großmachtstreben in Deutschland eintritt, die sächsische Kunst, Kultur und Wissenschaft gegen Fremdbestimmung verteidigt, für die mehr Demokratie kein Wagnis ist, sondern eindeutiges Ziel ihres Wirkens». Hans Modrow schloss seine Rede mit der Aufforderung: «Deshalb: Wählen Sie am 14. Oktober PDS!»<sup>291</sup>

Bei den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 in den fünf neuen Bundesländern erzielte die PDS insgesamt 11,6 Prozent der Stimmen und behauptete sich – trotz eines Rückgangs ihres Stimmenanteils um 4,8 Prozent gegenüber der Volkskammerwahl im März 1990 – als drittstärkste Kraft im Osten. Gemessen an den absoluten Stimmen musste die Partei jedoch ein Minus von 46 Prozentpunkten hinnehmen. Dieser starke Rückgang war vor allem auf die massive Wahlenthaltung früherer PDS-Wähler\*innen und auf Verluste beim Austausch mit den anderen Parteien zurückzuführen (insgesamt knapp 240.000 Stimmen), wobei rund zwei Drittel der verlorenen Wählerstimmen (161.000 Stimmen) der SPD zugutekamen.<sup>292</sup> In seiner Wahlanalyse wies das PDS-Präsidium darauf hin, dass die PDS bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 noch von vielen gewählt worden sei, die damit einen Beitrag zur Eigenständigkeit der DDR leisten wollten: «Diese Motivation ist inzwischen weggefallen. Die Stimmen für die PDS sind eindeutig Stimmen für eine Oppositionspartei, für eine sozialistische demokratische Alternative.»<sup>293</sup>

Eine Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS beschäftigte sich am 17. und 18. November 1990 mit dem Stalinismus in KPD und SED. «Umgang mit der historischen Hinterlassenschaft der SED und mit ihrer Geschichte ist Ausweis und Gradmesser für den Erneuerungsprozeß und den Charakter der PDS»,<sup>294</sup> hatte Gregor Gysi bereits im Vorfeld der Konferenz erklärt. Bei der Eröffnung der Konferenz betonte dann Präsidiumsmitglied Klaus Höpcke, die PDS stehe in der Pflicht, «die Neuformierung der Partei noch enger mit der geistigen Auseinandersetzung um die Geschichte, mit der Suche nach einem neuen historischen Selbstverständnis zu verbinden».<sup>295</sup> Bei der Aufarbeitung der eigenen Geschichte nehme die Diskussion um den Stalinismus eine Schlüsselfunktion ein. Man müsse davon ausgehen, dass in der PDS noch längst nicht alle Folgen jahrzehntelangen Einflusses stalinistisch geprägter Denk- und Verhaltensweisen restlos überwunden seien.

Die Referate und Diskussionsbeiträge spannten den Bogen von der KPD und ihrem spannungsgeladenen Verhältnis zur Weimarer Republik über die Bolschewisierung dieser Partei und die Stalinisierung der SED bis zur Auswertung des XX. Parteitagess der KPdSU in der SED. Eine Podiumsdiskussion zu «Demokratie und Arbeiterbewegung» und eine öffentliche Veranstaltung, auf der Opfer des Stalinismus berichteten, schlossen die Konferenz ab. Der Historiker Klaus Kinner, Vorsitzender der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS, unterstrich, dass die historische Identität der PDS von Grund auf neu zu gewinnen sei. Ihr historisches



Selbstverständnis müsse sich die gesamte Breite demokratischer Traditionen innerhalb wie außerhalb der Arbeiterbewegung zu eigen machen. Es sei «radikal die Konsequenz aus der Tatsache zu ziehen, daß der kommunistische Parteytyp, wie er sich – durch das sowjetische Modell dominiert – in der Komintern herausbildete, gescheitert ist».<sup>296</sup>

### **Die PDS und die Bundestagswahl 1990**

Das sich abzeichnende schnelle Ende der DDR zwang die PDS, sich auf die sich verändernden politischen Rahmenbedingungen einzustellen, namentlich auf ihre Rolle als Teil der Linken in einem vereinigten Deutschland. In der zerklüfteten und zahlenmäßig kleinen westdeutschen Linken genoss seit dem Frühjahr 1990 das Projekt PDS einerseits große Attraktivität als Partei mit mehreren Hunderttausend Mitgliedern. Andererseits gab es nicht wenige Vorbehalte gegenüber der PDS, namentlich wegen ihrer SED-Vergangenheit und wegen ihrer Parteiförmigkeit. Das Spektrum derjenigen politischen Aktivist\*innen, die eine Kooperation mit der PDS oder den Eintritt in diese Partei ins Auge fassten, reichte von Linken in den Grünen über einen Teil der DKP-Erneuerer und der Demokratischen Sozialisten um Manfred Coppik bis ins trotzkistische und post-maoistische Lager.<sup>297</sup> Sie sahen in der in einem Umbruchprozess befindlichen PDS die Chance, für ihre politischen und organisatorischen Vorstellungen einen neuen Resonanzboden zu finden.

Da die historische Entwicklung die Frage einer gesamtdeutschen Partei des Demokratischen Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt hatte, beschloss das Präsidium des Parteivorstandes Ende Mai 1990, in den alten Bundesländern Kontaktbüros der PDS zu installieren.<sup>298</sup> Daraufhin wurden derartige Büros in Bonn, in Hamburg, in Frankfurt am Main und in München eingerichtet, später auch in Offenbach, Hannover, Essen und Kaiserslautern.<sup>299</sup> Bereits nach der Wahl zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990, mit deren Ergebnis die Weichen für einen schnellen Anschluss der DDR an die BRD gestellt worden waren, hatten sich in Westdeutschland spontan PDS-Initiativen, PDS-Landesverbände und örtliche Zusammenschlüsse formiert. Darüber hinaus entstanden Diskussionsrunden, Zirkel und Initiativen, «die sich intensiv mit der Frage der PDS in der BRD beschäftigten».<sup>300</sup>

Für den 21. Juli 1990 lud der Parteivorstand PDS-Initiativen und -Freundeskreise sowie Sympathisant\*innen der PDS zu einer Diskussion in das Berliner Haus am Köllnischen Park ein. Der Einladung folgten knapp 100 Linke aus der BRD und Westberlin, um über das Verhalten der PDS bei gesamtdeutschen Wahlen und über die Notwendigkeit einer gesamtdeutschen Entwicklung der Partei zu debattieren. In der Wahlfrage plädierten die einen für PDS-offene Listen, die anderen für eine Linke Liste/PDS als Bündnis mehrerer Parteien und Bewegungen unter Einschluss der PDS. Ein Berichterstatter zog aus dem Treffen «unter anderem auch die bittere Erkenntnis, daß innerhalb derer, die sich bisher für die PDS-Option entschieden haben, alter Zwist und Hader, der typisch für die Linke in der BRD ist, fortgesetzt wird. Da feierte der Theoriestreit fröhlich Urständ, wurden alte Ausgrenzungen betrieben.»<sup>301</sup>

Einigkeit bestand bei den Teilnehmer\*innen hingegen darin, dass es nun unbedingt notwendig sei, offensiver und aktiver die PDS-Gründung im Westen zu betreiben. Einige wollten gleich an Ort und Stelle eine PDS-BRD gründen, beugten sich aber der Einsicht, dass eine solche Gründung auf dem Boden der BRD besser wäre.<sup>302</sup>

Am 28. und 29. Juli 1990 diskutierten etwa 500 Ostdeutsche und Westdeutsche in Köln zum Thema «Anschluss der DDR – Anschlussfragen der Linken» über programmatische Zielsetzungen, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen zum neokonservativen Anschlusskurs, Aufgaben im Wahlkampf und mögliche Perspektiven eines solchen Wahlbündnisses. Sie formulierten unter der Losung «Gegen den deutschen Triumphalismus!» einen Aufruf zu einem Wahlbündnis Linke Liste/PDS als Personenbündnis – getragen von Personen, die sich einbrachten, ohne dass sie ihre politische Identität und Organisation hätten aufgeben müssen. Die Initiator\*innen des Kongresses repräsentierten ein heterogenes linkes politisches Spektrum. Zu ihnen gehörten Bernd Henn von der IG Metall, Ulla Jelpke von der Hamburger Grün-Alternativen Liste, Manfred Coppik von den Grünen, die Theologin Dorothee Sölle, Andrea Lederer vom gemäßigt linksradikalen Kommunistischen Bund (KB) und Christiane Reymann vom Sozialistischen Forum. Zu den prominenten Teilnehmern des Kölner Kongresses zählten Gregor Gysi und der damalige Vorsitzende der SPD-Ost, Ibrahim Böhme.<sup>303</sup>

Claudia Gohde, wie Andrea Lederer damals beim KB, erinnerte einige Jahre später daran, dass die Linke Liste um ein Bündnis mit der PDS zu dieser Zeit sowohl mit der arg geschrumpften Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die sich als authentische Partnerin der PDS angeboten habe, konkurrierte als auch mit Initiativen für die Gründung von ordentlichen PDS-Parteigliederungen in Westdeutschland: «Die Entscheidung für die Linke Liste als westdeutscher Partnerin war in der PDS durchaus umstritten, an der Basis gab es gewachsene Beziehungen mit DKP-Gliederungen in Westdeutschland, und die GenossInnen hatten wenig Verständnis dafür, warum die einzig verlässlichen und bekannten PartnerInnen im Westen nun zugunsten eines Haufens bunt zusammengesetzter Linker vor den Kopf gestoßen wurden. Die Mehrheit des damaligen Parteivorstandes der PDS versprach sich letztlich am meisten von dem Projekt der Linken Liste – allerdings mit der Option, sich einen späteren Parteaufbau offenzuhalten –; eine Minderheit wollte mit der DKP gehen, eine andere den schnellen Parteaufbau im Westen über Kontaktbüros und PDS-Initiativen.»<sup>304</sup>

Am 12. August 1990 konstituierte sich in der BRD dann die Wahlpartei Linke Liste/PDS mit dem Ziel, zu den bevorstehenden ersten gesamtdeutschen Wahlen mit der PDS der DDR eine Listenverbindung einzugehen, um so die Voraussetzung zu schaffen, dass die PDS gemeinsam mit linken bundesdeutschen Kräften in das gesamtdeutsche Parlament einziehen kann.<sup>305</sup> In diesem Zusammenhang sortierten sich die westdeutschen Linken unterschiedlicher Couleurs neu. Neben den sogenannten Erneuerern aus der DKP wie dem früheren Hamburger DKP-Vorsitzenden Wolf-

gang Gehrcke, Vertreter\*innen des linken Flügels der Grünen wie Michael Stamm, Jürgen Reents, Dirk Schneider, Harald Wolf und Birgit Arkenstette, einigen linken Gewerkschafter\*innen und linken Sozialdemokrat\*innen wie Gerd Elvers und Bernd Henn strömten Anhänger\*innen des gemäßigt linksradikalen Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK), der Sozialistischen Studiengruppen um die Zeitschrift *Sozialismus*, der trotzkistischen Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) und des maoistischen Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD (AB) zur PDS.<sup>306</sup>

Der KB spaltete sich an der Frage des Verhältnisses zur PDS: Die Mehrheit um die Zeitung *ak – Arbeiterkampf* mit Heinrich Eckhoff wurde zu einer wesentlichen Stütze des PDS-Aufbaus im Westen, während die KB-Minderheit eine Kooperation mit der PDS kategorisch ablehnte. Auch die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) schlug in rüdem Ton eine Zusammenarbeit mit der Ost-Partei aus und warf ihr vor, eine «Spielart des Antikommunismus» zu verkörpern. Dem profilierten Politiker Thomas Ebermann, einst Vorstandssprecher der Grünen, der dieser Partei im Streit den Rücken gekehrt hatte, war die PDS zu wenig radikal und zu sozialdemokratisch angepasst.<sup>307</sup>

Der Schritt, ein Ost-West-Listenbündnis zwischen der PDS und der Linken Liste/PDS einzugehen, wurde offensichtlich mit der PDS-Basis ungenügend kommuniziert. Nicht nur in Thüringen wurde er «als einsame Entscheidung des Präsidiums gewertet, die der Parteibasis nicht genügend erläutert» wurde,<sup>308</sup> wie Gabriele Zimmer, die Landesvorsitzende der PDS Thüringen, auf der Parteivorstandstagung am 25. August 1990 berichtete. Es habe den Anschein, dass «sich der Parteivorstand von der Basis entfernt»,<sup>309</sup> warnte sie.

Am 15. und 16. September 1990 fand der Gesamtdeutsche Wahlkongress der Linken Liste/PDS in Berlin mit jeweils 400 Teilnehmer\*innen aus der DDR und aus der BRD statt. Mitglieder und Sympathisant\*innen der PDS, Mitglieder der Vereinigten Linken und der Nelken und andere Linke aus der DDR und Persönlichkeiten sehr unterschiedlicher Herkunft, die in der Linken Liste/PDS mitarbeiteten, Interessent\*innen aus den linken Flügeln der SPD, der Grünen, der Gewerkschaften und aus trotzkistischen Gruppen aus der BRD stritten – überwiegend – sachlich miteinander. Nach Begrüßungsansprachen und Referaten diskutierten die Teilnehmer\*innen in acht thematischen Arbeitsgruppen über den Entwurf des Wahlprogramms der Linken Liste/PDS zur Bundestagswahl. Dazu äußerten sich auch viele Redner\*innen, die sich der Linken Liste/PDS nicht anschließen, aber mit ihr zusammenarbeiten wollten wie die Grünen-Politikerin Jutta Ditfurth. Ditfurth, die als Radikalökologin zum fundamentalistischen Flügel ihrer Partei gehörte, kritisierte den Entwurf des Wahlprogramms von ganz links außen: Es fehle «eine durchgängige, eindeutige antikapitalistische Position».<sup>310</sup>

Demgegenüber beantwortete die DDR-Schriftstellerin Helga Königsdorf die Frage «Sollen wir etwa helfen, den Kapitalismus zu stabilisieren?» mit: «Ja, aber in der von uns als richtig angesehenen Richtung.» Und: «Auf jeden Fall ja, solange wir kein über-

zeugendes besseres Konzept haben. In eine Richtung stabilisieren, die man vielleicht, später einmal, das wäre die List der Geschichte, Sozialismus nennen könnte.»<sup>311</sup>

Der aus der Tradition der «linken Opposition» in der Arbeiterbewegung stammende Jacob Moneta warnte, wenn das Bündnis Linke Liste/PDS als Opposition im Bundestag und in der Gesellschaft Glaubwürdigkeit erringen wolle, dann «darf es sich nicht vom parlamentarischen Kretinismus erfassen lassen. Allein durch die Verbindung, durch das Bündnis mit den außerparlamentarischen Kräften [...], als deren Fürsprecher die Vertreter der Linken Liste/PDS die parlamentarische Tribüne nutzen müssen, kann dieser Opposition Glaubwürdigkeit verliehen werden.»<sup>312</sup>

Andrea Lederer berichtete aus der Programmgruppe, die den Entwurf des Wahlprogramms erarbeitet hatte, dass allen Beteiligten bewusst gewesen sei, dass es in Anbetracht der unterschiedlichen Geschichte und Erfahrungen und der unterschiedlichen Herangehensweisen und Positionen der Ost-Linken und der West-Linken äußerst schwierig sein würde, ein gemeinsames Wahlprogramm zu erarbeiten. «Wir kommen eben aus zwei verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Kulturen und auch unterschiedlichen Identitäten als Linke.»<sup>313</sup> Einig sei man sich darüber geworden, «gemeinsam eine starke Opposition gegen deutsche Großmannssucht und gegen ein imperialistisches Großdeutschland, ein Deutschland der politischen, ökonomischen und möglicherweise auch militärischen Hegemonie [zu] entwickeln, gemeinsam gegen diese besorgniserregende Entwicklung Protest und Widerstand mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln [zu] organisieren.»<sup>314</sup>

Unterschiedliche Standpunkte gab es beispielsweise in der Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie, in der Frage der «Feminisierung der Gesellschaft», in der Frage der Abschaffung des § 218 StGB (mit oder ohne Fristenlösung) oder im Staatsverständnis bzw. in der Haltung zu Polizei und Geheimdiensten. Zum Teil wurden die unterschiedlichen Positionen als Dissens ins Wahlprogramm geschrieben. Die harte westlinke Position «Dieser Staat ist nicht unser Staat» wurde im Programm wie folgt modifiziert: «Ein Staat, der Notstandsgesetze, Berufsverbote, angebliche Antiterrorgesetze, Demonstrationsverschärfungen, Polizeiaufgaben- und Geheimdienstgesetze nötig hat, kann nicht unser Staat sein.»<sup>315</sup>

Der Entwurf des Wahlprogramms trug an vielen Stellen deutlich die Handschrift der West-Linken. Das zeigte sich unverkennbar bei den Themenkomplexen Ökologie, Feminismus und Minderheitenrechte, in der für die 1990er Jahre überzogenen Dramatisierung der Gefahren eines Großdeutschlands und in der Rigorosität einer Reihe von Forderungen wie «Gleiche Rechte und offene Grenzen für alle!» im Kontext der Verteidigung des Asylrechts. Insgesamt bekannte sich die Linke Liste/PDS dazu, für Demokratisierung und Entmilitarisierung, für soziale Sicherheit und radikalen ökologischen Umbau der Wirtschaft zu streiten. Sie schrieb sich die aktive Auseinandersetzung mit faschistischen und neofaschistischen Tendenzen in der Gesellschaft und das Eintreten für ein solidarisches Zusammenleben der Völker auf ihre Fahnen. Sie wollte für die Überwindung des Patriarchats und für die Gleichstellung von Minderheiten

kämpfen. Die Linke Liste/PDS verlangte eine neue Verfassung für Gesamtdeutschland, in der unter anderem das Recht auf ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum, auf qualifizierte und menschenwürdige Arbeit, das Aussperrungsverbot und die Pflicht zu Abrüstung und Entmilitarisierung zu verankern sei. «Wir sind gegen ein Großdeutschland in der NATO, für ein europäisches Sicherheitskonzept, das die Sowjetunion einschließt»,<sup>316</sup> hieß es im Wahlprogrammwurf, der «für eine starke linke Opposition» warb.

Die Teilnehmer\*innen des Wahlkongresses verabschiedeten die im Ergebnis der Debatten neu gefasste Präambel des Wahlprogramms, in der die antikapitalistischen Positionen und die Bedeutung des außerparlamentarischen Kampfes stärker betont wurden, in einer abschließenden Plenarsitzung. Einig war sich der Kongress, dass das Wahlprogramm weiter zur Diskussion stünde – weit über den Wahltag 2. Dezember 1990 hinaus.<sup>317</sup>

Die sich an den Gesamtdeutschen Wahlkongress am 16. September 1990 anschließende 2. Tagung des 1. Parteitages der PDS beschloss das auf dem Wahlkongress diskutierte Wahlprogramm der Linken Liste/PDS zur Bundestagswahl 1990. Mit einer Statutenänderung öffnete sich die Partei für Bürger\*innen aus der BRD.<sup>318</sup>

Am 14. Oktober 1990 verabschiedete die 3. Tagung des 1. Parteitages der PDS in Berlin die Erklärung «Für eine unüberhörbare Stimme der linken Opposition in Deutschland».<sup>319</sup> Da der Bundeswahlleiter am 9. Oktober 1990 mitgeteilt hatte, dass Listenverbindungen von politischen Gruppierungen aus der DDR und der BRD nicht statthaft seien, beschloss die Tagung, zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 als PDS anzutreten und Landesverbände der PDS in den westlichen Bundesländern zu bilden.<sup>320</sup> Die seit August 1990 konstituierten Landesverbände der Linken Liste/PDS in den westlichen Bundesländern gründeten sich neu als Landesverbände der PDS mit dem Zusatz «Linke Liste».<sup>321</sup> Die Landesverbände in den alten Bundesländern existierten allerdings auch noch im Frühjahr 1991 «allenfalls als Keimzellen».<sup>322</sup>

Die politischen Rahmenbedingungen für das gemeinsame Projekt der Ost-Linken und der West-Linken konnten allerdings kaum ungünstiger sein. Die deutsche Linke verschiedenster Couleurs hatte seit dem Herbst 1989 eine doppelte Enttäuschung hinnehmen müssen. Der Lauf der Geschichte hatte in kürzester Zeit nicht nur ihren sozialistischen, sondern auch ihren Deutschland-Utopien übel mitgespielt. Michael Schneider konstatierte im Herbst 1990: «Seit dem Oktober [1989; J.W.] sind die Utopien von einer anderen DDR, von einem anderen Deutschland vom Tempo des Vereinigungsstrebens von unten und oben peu à peu zermalmt worden: erst der demokratische Sozialismus, die Utopie, daß das revolutionäre Volk sein eigenes Schicksal bestimmt, dann die Konföderation als die Vorwegnahme eines Europa ohne Grenzen, schließlich der gleichberechtigt-partnerschaftliche Weg in die deutsche Einheit über eine neue Verfassung und einen gesamtdeutschen Volksentscheid; zuletzt auch die Minimalforderung eines neutralen Deutschland, das aus beiden Bündnissen austritt. Daß die vormalige DDR über die Neuvereinigung jetzt auch noch Mitglied der

NATO wird, war die letzte Ernüchterung und Desillusionierung. Die Linke hüben und drüben hat sämtliche Schlachten um die deutsche Einheit verloren.»<sup>323</sup>

Dazu kam, dass sich für einen Teil der Unterstützer\*innen der Linken Liste/PDS in den alten Bundesländern der Wahlkampf aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 28. September 1990 hinsichtlich der Modalitäten der Bundestagswahl im Dezember 1990 (zwei getrennte Wahlgebiete mit jeweils geltender Fünf-Prozent-Hürde) erübrigte, galt doch damit der Einzug der PDS in den Bundestag auch ohne ein Engagement in Westdeutschland als sicher. Ein anderer Teil der Unterstützer\*innen der Linken Liste/PDS war nicht bereit, den Weg von einer Bündnisorganisation mit der PDS hin zur PDS-Organisation mitzugehen. «Eine ganze Reihe von Aktivisten gingen bereits in dieser Phase verloren. Teilweise auch deshalb, weil sich die Linke Liste zwar formalrechtlich, aber nicht wirklich als Partei verstand und bis Dezember keine Mitglieder aufnahm»,<sup>324</sup> resümierte der Politikwissenschaftler Meinhard Meuche-Mäker die schwierige Gemengelage bei den PDS-nahen West-Linken.

In vielen Briefen an die Führung der PDS und in den verschiedensten Wahlveranstaltungen wurde immer wieder nach der Erneuerung der Partei, nach der Linken Liste/PDS bzw. der PDS/Linken Liste samt dem Inhalt ihres Wahlprogramms zur Bundestagswahl und nach dem Verhältnis von Alten und Jungen in der PDS gefragt. Besorgt um den Zusammenhalt der Partei, wandte sich Hans Modrow im Oktober 1990 in einem offenen Brief an die älteren Mitglieder der PDS. Er betonte, dass Alt und Jung in der PDS zusammengehören und einander brauchen. «Deswegen dürfen wir nicht zulassen, daß die örtlichen Basisorganisationen zu Organisationen der Älteren werden, während die Jungen ausschließlich in den Arbeits- und Interessengemeinschaften ihr Tätigkeitsfeld suchen.»<sup>325</sup> Der Ehrenvorsitzende unterstrich, nur wenn sich die PDS sowohl als politische Partei als auch als Solidargemeinschaft bewähre, habe sie eine Zukunft.

In der zweiten Oktoberhälfte 1990 beschädigte der als Putnik-Affäre bekanntgewordene Finanzskandal, bei dem mit einer illegalen Transaktion versucht worden war, Parteivermögen ins Ausland zu verbringen, um es vor staatlichem Zugriff zu sichern, das Ansehen der PDS in der Öffentlichkeit nachhaltig. Der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Pohl übernahm die Verantwortung und trat zurück. Die Putnik-Affäre beleuchtete schlaglichtartig eine wichtige Seite der widersprüchlichen Entwicklung der PDS. Im Bericht des Parteivorstandes an den 2. Parteitag der PDS wurde konstatiert, dass der Skandal offenbart habe, «dass bis ins Präsidium des Parteivorstandes hinein unterschiedliche Parteauffassungen und ernste Defizite in der Analyse der gesellschaftlichen und politischen Realitäten bestanden, die auch in diesem Gremium nicht offen einander gegenübergestellt und diskutiert worden sind.»<sup>326</sup>

Der Finanzskandal legte bloß, dass das Eigentumsproblem zu wenig als politische Frage und zu sehr als rein technische Frage behandelt wurde. Das betraf nicht zuletzt die kritikwürdige Art und Weise der Vergabe von Darlehen und der Gründung von

GmbH, mit der Arbeitsplätze in Fuhrparks, Gästehäusern und Erholungsheimen gesichert werden sollten,<sup>327</sup> aber auch Inkonsequenzen bei der Beseitigung des alten «Apparates». Der Parteivorsitzende erklärte rückblickend selbstkritisch dazu: «Weder ich noch das Präsidium sind hier ausreichend ihrer Verantwortung nachgekommen. Wir haben dies als selbständigen Bereich eines stellvertretenden Vorsitzenden [Wolfgang Pohl; J.W.] betrachtet, der wiederum einen großen Teil der Verantwortung auf den damaligen Leiter des Bereiches Finanzen [Wolfgang Langnitschke; J.W.] delegierte.»<sup>328</sup>

Der Finanzskandal – von zweimaliger polizeilicher Durchsuchung der PDS-Zentrale im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin begleitet – war groß, löste eine neuerliche Austrittswelle aus und stürzte die Partei in eine tiefe Krise. Der Glaubwürdigkeitsverlust der Partei veranlasste vor allem solche Mitglieder, die einen besonders deutlichen Bruch mit der SED verlangten, aus der PDS auszutreten.<sup>329</sup> Nicht zuletzt verringerte der Finanzskandal deutlich die Wahlchancen der PDS bei der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Bundestag am 2. Dezember 1990. Diese Chancen wurden auch dadurch beeinträchtigt, dass es vielen Parteimitgliedern schwerfiel, sich unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen zurechtzufinden und ihren Platz darin zu bestimmen. Erscheinungen der Resignation, des sich Zurückziehens und Abkapselns gegenüber einer als feindlich empfundenen Umwelt und die Angst vor Ausgrenzung bei einem öffentlichen Bekenntnis zur PDS lähmten die Wahlkampfarbeit.<sup>330</sup> Eine solche Wagenburgmentalität be- und verhinderte vielerorts einen offensiven Wahlkampf.

Am 27. Oktober 1990 beriet der Parteivorstand der PDS zunächst in geschlossener Sitzung. Der Finanzskandal und seine Auswirkungen bestimmten neben der Auswertung der Landtagswahlen in den fünf neuen Bundesländern und der Vorbereitung der Bundestagswahl im Dezember 1990 die Debatte. Etliche Kreisvorsitzende der PDS hatten erneut die Forderung nach Auflösung der PDS gestellt.<sup>331</sup> Doch Gregor Gysi argumentierte entschieden dagegen: «Die Rechtsnachfolge hat doch auch soziale Konsequenzen. Wenn wir sie aufgeben: Wer sorgt sich zum Beispiel um die 39.000 Menschen, die im Rahmen der Sozialpläne von uns Geld bekommen? Ich halte im übrigen eine Urabstimmung über den Fortbestand einer Partei für undemokratisch. Selbst wenn 52 Prozent für die Auflösung wären – haben sie das Recht, den übrigen 48 Prozent ihre Partei zu nehmen? Logischer wäre es, die 52 Prozent gingen.»<sup>332</sup>

Im Ergebnis der 18-stündigen, emotional geführten Vorstandssitzung fasste der Parteivorstand der PDS den Beschluss, nun endlich die Parteifinanzen schonungslos offenzulegen und nur jenes Eigentum zu behalten, «welches zur Erfüllung von Verpflichtungen und zur Sicherung der politischen Arbeit der Partei auf allen Ebenen erforderlich ist».<sup>333</sup> Für die Offenlegung der Parteifinanzen sollten unabhängige Wirtschaftsprüfer eingeschaltet und eine innerparteiliche Finanzprüfungskommission berufen werden. Zudem wurde in dem Beschluss festgelegt, nicht genutzte Immobilien abzugeben, sich von fast allen, mit Parteimitteln gegründeten Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) zu lösen und innerhalb von zwei Wochen ein

neues politisches Konzept zum Umgang mit dem Parteivermögen zu erarbeiten.<sup>334</sup> Durch den Finanzskandal und durch den in der Öffentlichkeit generell als intransparent empfundenen Umgang der PDS mit dem SED-Vermögen geriet «die *finanzielle Erbmasse* der SED zur *politischen Erblast* für die PDS».<sup>335</sup> Die PDS musste – so der Parteistrategie Thomas Falkner – eine wichtige Lektion lernen: «Politikfähigkeit und Überleben einer Partei hängen am allerwenigsten von vollen Konten und wertvollen Immobilien ab – und gesellschaftliches Vertrauen ist weder käuflich noch allein durch teure Kampagnen zu erwerben.»<sup>336</sup>

Einen Tag nach der emotional aufgeladenen Parteivorstandssitzung, am 28. Oktober 1990, startete die PDS ihren Bundestagswahlkampf mit einer Auftaktkundgebung mit 30.000 Anhänger\*innen auf dem Alexanderplatz in Berlin.<sup>337</sup> Damit gingen die Spitzenkandidaten der Partei auf Wahlkampftour. Vier Wochen zogen Gysi, Modrow und viele andere durch die alte Bundesrepublik und warben für die PDS/Linke Liste (PDS/LL) in Köln, Osnabrück, Kiel, Essen, Nürnberg, Düsseldorf, Herne, Bremen, Wiesbaden, Kassel, Lübeck, Bonn, Hamburg, Hannover, Frankfurt, Saarbrücken, Mannheim, Stuttgart, Aachen und München.<sup>338</sup> Gregor Gysi erwies sich auch in diesem Wahlkampf als Lokomotive der PDS und füllte dort, wo er auftrat, die Säle. Er verbreitete Optimismus und tonte, «det Milliönchen Wählerstimmen», das die PDS zum Eintritt in das gesamtdeutsche Parlament in den alten Bundesländern bräuchte, werde er locker holen.<sup>339</sup> Mit flotten Sprüchen wie «Marx geb' ich nicht auf» und «Wir dürfen den Mut zum Träumen nicht verlieren» erwarb er Sympathien.<sup>340</sup>

Wahlslogans wie «Lust auf links», «Links ist lebendig», «Links tut gut» oder «Haben wir noch eine Wahl? Ja! – PDS» und «Wählen Sie PDS! 40 Jahre Bundestag ohne PDS sind genug!» oder «Gregor for Kanzler» strahlten Selbstbewusstsein, Intellektualität und jugendliche Frische aus.<sup>341</sup> Nach dem Vorbild von Bertolt Brechts «Anachronistischem Zug oder Freiheit und Democracy» bewegte sich auf Initiative von Gregor Gysi, Jutta Ditfurth, Ekkehard Schall und anderen Persönlichkeiten ein satirischer «Anachronistischer Zug» vom 18. November bis zum 2. Dezember 1990 quer durch Deutschland von Bonn nach Berlin. In der Wahlkampfkommunikation stellte die PDS die Themen soziale Gerechtigkeit und Abrüstung nach vorn und forderte mit dem Blick auf die neuen Bundesländer eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur.<sup>342</sup> Sie warb mit dem Slogan «PDS ... das andere Deutschland» und wandte sich gegen die Politik der SPD einerseits und der Unionsparteien andererseits.<sup>343</sup> Talkshows, Kundgebungen, Marktkirmes, Familienfeste, Infostände, Theaterveranstaltungen, Bürgersprechstunden, Bürgermeistergespräche, Rentner- und Jugendtreffs usw. ergänzten die noch im Landtagswahlkampf dominierenden Polit-Frühschoppen und Treffs in den Kreisvorständen.<sup>344</sup> Die Abschlusskundgebung des PDS-Wahlkampfes am 29. November 1990, die mit den Politikern Gregor Gysi, Hans Modrow und André Brie, den Politikerinnen Marlies Deneke, Helga Adler und Jutta Brabant sowie den Künstlern Hannes Wader und Rio Reiser beworben wurde,<sup>345</sup> lockte 8.500 Teilnehmer\*innen in die Berliner Deutschlandhalle.



Doch den Sieg bei der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag fuhr – wie von den Demoskopern erwartet<sup>346</sup> – der vom «Mantel der Geschichte» umwehte «Kanzler der Einheit» Helmut Kohl mit seiner christlich-liberalen Regierungskoalition ein. Diese Koalition erzielte 54,8 Prozent der Zweitstimmen und 398 von 662 Sitzen im Parlament. Bei einer Wahlbeteiligung von 77,8 Prozent stimmten 43,8 Prozent der Wähler\*innen für die CDU/CSU (im Westen: 44,3 Prozent, im Osten: 41,8 Prozent). Die FDP erreichte 11,0 Prozent der Zweitstimmen (im Westen: 10,6 Prozent, im Osten: 12,9 Prozent), die SPD kam auf 33,5 Prozent der Zweitstimmen (im Westen: 35,7 Prozent, im Osten: 24,3 Prozent). Die Grünen, die bundesweit lediglich 3,8 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinigen konnten, scheiterten in Westdeutschland mit 4,8 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Ihre ostdeutschen Partner Bündnis 90/Grüne konnten dagegen mit acht Abgeordneten in den Bundestag einziehen. Im Hohen Haus stellten die CDU/CSU mit 319, die SPD mit 239 und die FDP mit 79 Abgeordneten die drei stärksten Fraktionen.<sup>347</sup>

Im Vergleich zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 verlor die PDS bei dieser Wahl fast die Hälfte ihrer Wählerschaft. Angetreten als PDS/Linke Liste,<sup>348</sup> konnte sie nur noch 1.129.578 Zweitstimmen (2,4 Prozent) auf sich vereinigen und mit 17 Abgeordneten in das Parlament einziehen.<sup>349</sup> Sie verlor per Saldo rund 450.000 ihrer vormaligen Wähler\*innen an das Nichtwählerlager, über 250.000 an die SPD, 70.000 an die FDP, über 60.000 an Bündnis 90/Grüne, fast 50.000 an die CDU und rund 15.000 an die rechtsextremen Republikaner.<sup>350</sup> Bei den zeitgleich stattfindenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus gewann die PDS 9,2 Prozent der Stimmen. Die Ost-West-Spaltung, die sich im Ergebnis der Bundestagswahl manifestierte, zeigte sich auch in Berlin: Im Ostteil der Stadt erzielte die PDS 23,6 Prozent der Stimmen, im Westteil nur magere 1,1 Prozent.<sup>351</sup>

Das Zentrale Wahlbüro der PDS analysierte, dass die PDS in Ostdeutschland etwa 14 Tage vor der Wahl mit etwa 7 Prozent der prognostizierten Stimmen einen absoluten Tiefpunkt erreicht hatte, aber in einem guten «Endspurt» wieder Vertrauen aufbauen können. Das zeuge davon, dass «zumindest noch viele BürgerInnen in der ehemaligen DDR ihre Interessen und Hoffnungen in und mit dieser Partei verbunden und vertreten sehen». Man müsse aber auch sagen, dass «Fehler in der Arbeit von Vorstand und Präsidium, mangelhafte Zusammenarbeit von Leitungen und Basis, ungenügende Diskussion inhaltlicher Fragen dazu beitrugen, daß die PDS ein zu wenig optimistisches Bild im Wahlkampf bot, das Ergebnis also auch den Stand der in den Anfängen befindlichen Erneuerung der Partei widerspiegelt». <sup>352</sup> Insofern würden die 11,1 Prozent Zweitstimmen im Osten auch keinen festen Sockel darstellen und könnten nicht als sichere Stammwählerschaft angesehen werden. Vielmehr würde hierin ein gewisses Potenzial von labilen Stimmungs- und Wechselwähler\*innen stecken – mithin ein Unsicherheitsfaktor für künftige Wahlen.

Das Ergebnis der Bundestagswahl deckte auf, dass die Akzeptanz linker Politik in Ostdeutschland im Verlauf von vier Wahlen deutlich abgenommen hatte.<sup>353</sup> Das Er-

gebnis in den alten Bundesländern war für die PDS bzw. die PDS/Linke Liste generell «unzureichend».<sup>354</sup> Die Wähler\*innen begriffen die PDS/Linke Liste als Exportartikel aus dem Osten und strafte sie – ausgehend von ihrer weitverbreiteten, zutiefst verankerten antikommunistischen Grundeinstellung – entsprechend ab. Der Wahlslogan «Im Westen was Neues – PDS» hatte nicht gezogen. Die Zustimmung, die Gysi bei seinen Wahlkampfauftritten in Westdeutschland erfahren hatte, ließ sich nicht adäquat in Wählerstimmen für die PDS/Linke Liste umsetzen.

«Gysis beachtliches politisches und persönliches Profil kam der Partei kaum zugute. Auch da, wo er als Person Neugier zu erregen vermochte und sich einen gewissen politischen Respekt verschaffen konnte, zahlte sich dies für seine Partei nicht aus. Die PDS wirkte, seit Oktober zusätzlich verstärkt durch immer neue Nachrichten über Finanzschiebereien, auch in der poppigen Westverpackung noch immer wie ein abgestandener Ladenhüter aus alten SED-Zeiten»,<sup>355</sup> formulierte der Politikwissenschaftler und frühere Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Bundestag, Hubert Kleinert, treffend. Die Westausdehnung der PDS befand sich in einer Sackgasse und das Sammlungsprojekt der Linken Liste war gescheitert.<sup>356</sup>

Der Parteivorstand der PDS kam zu der wenig schmeichelhaften Einschätzung: «Unsere Wahlprogrammatik in den vier Wahlkämpfen wurde durchaus zu Recht als zu wenig politisch profiliert kritisiert, es gab zu viel Theorie und mitunter zu wenig konkret begleitende politische Handlung, eine unkontinuierliche und insgesamt zu schwache und auch phantasielose Zielgruppenarbeit, vor allem im Landtags- und Bundestagswahlkampf, manche organisatorische Panne, eine zu zaghafte, oft auch dilettantische Medienarbeit.»<sup>357</sup>

Ein halbes Jahr der Zusammenarbeit der Ost-PDS mit den heterogenen linken Kräften in den alten Bundesländern offenbarte zudem eine unterschiedliche Kultur, Sprache, Erfahrung und Geschichte und konfrontierte die Ost-PDS mit vielen unbewältigten Auseinandersetzungen aus 20 Jahren westdeutscher und westeuropäischer Debatten. Der Parteivorsitzende konstatierte nach einem halben Jahr rückblickend, dass die Krise des PDS-Projektes im Westen und das Scheitern einer Sammlungsbeziehung Linke Liste «zugleich Bestandteil der tiefen Krise der gesamten sozialistischen Linken in der BRD» waren.<sup>358</sup> Die Tatsache, dass die PDS/Linke Liste in den alten Bundesländern nicht über ein DKP-Wahlergebnis hinausgekommen war, verfestigte ihr Negativimage. Vor diesem Hintergrund forderte Anfang 1991 Harald Wolf, einer der führenden Westlinken und Vorstandsmitglied der PDS, als Konsequenz «wahlpolitische Abenteuer wie Kandidaturen zu Landtagswahlen [...] vorerst [zu] unterlassen».<sup>359</sup>

## **Aufbau und Struktur der PDS**

Aufbau und Struktur der PDS wurden mehrfach den sich verändernden politischen Rahmenbedingungen angepasst. Das am 17. Dezember 1989 auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS angenommene «Statut der SED/PDS – Partei des

Demokratischen Sozialismus» definierte die Grundorganisationen als «die Grundlage und wichtigsten Organisationseinheiten der Partei». Die Grundorganisationen eines Kreises bildeten eine Kreisorganisation, die Kreisorganisationen eines Bezirkes die Bezirksorganisation. Das ständige höchste Organ der Partei war der Parteitag. Er beschloss Programm und Statut der Partei und legte Grundlinien der Parteipolitik fest. Er wählte in geheimer Wahl den Parteivorsitzenden, den Parteivorstand und die Schiedskommission.<sup>360</sup>

Der Parteivorstand wählte in geheimer Wahl die Stellvertreter des Parteivorsitzenden und die Leiter der Kommissionen. Er sollte mindestens einmal innerhalb von zwei Monaten tagen. Der Parteivorsitzende, seine Stellvertreter und die Leiter der Kommissionen bildeten das Präsidium. Der Parteivorsitzende vertrat die Partei, leitete den Parteivorstand und koordinierte die Arbeit des Präsidiums. Er war dem Parteitag rechenschaftspflichtig. Der Parteivorstand konnte dem Parteivorsitzenden mit absoluter Mehrheit das Misstrauen aussprechen. In diesem Fall war der Parteitag einzuberufen.<sup>361</sup>

Das auf dem 1. Parteitag der PDS Ende Februar 1990 beschlossene Statut, mit dem sich die Partei eindeutig verpflichtete, gegen jede Form von Stalinismus zu kämpfen,<sup>362</sup> legte fest, dass sich die PDS in Organisationen der Basis, Kreis- bzw. Gebietsverbände und Landesverbände gliederte. Die Basisorganisationen eines Kreises bzw. eines Gebietes bildeten einen Kreis- bzw. Gebietsverband, die Kreis- bzw. Gebietsverbände eines Landes den Landesverband. Die grundsätzlichen Festlegungen zum Parteitag blieben unverändert.

Der Parteivorstand wählte nun in geheimer Wahl die Stellvertreter des Parteivorsitzenden, die Leiter der Kommissionen und den Schatzmeister der Partei. Der Vorstand sollte mindestens einmal innerhalb von zwei Monaten tagen. Der Parteivorsitzende, seine Stellvertreter, die Leiter der Kommissionen, der Schatzmeister, der Fraktionsvorsitzende der Partei im obersten Parlament und weitere gewählte Mitglieder bildeten das Präsidium. Der Parteivorsitzende vertrat die Partei, leitete und koordinierte die Arbeit des Parteivorstandes und des Präsidiums. Er war dem Parteitag und dem Parteivorstand rechenschaftspflichtig. Der Parteivorstand konnte – wie im Statut vom Dezember 1989 – dem Parteivorsitzenden mit absoluter Mehrheit das Misstrauen aussprechen, was die Einberufung des Parteitags nach sich gezogen hätte. Neu eingeführt wurde die Funktion eines Ehrenvorsitzenden der PDS.<sup>363</sup>

Beiden Statuten – sowohl dem vom Dezember 1989 wie dem vom Februar 1990 – war gemeinsam, dass sie sich vom «Demokratischen Zentralismus» aus SED-Zeiten verabschiedeten. Sie förderten die Kritik der Mitglieder ebenso wie Ideen und Anregungen von der Parteibasis und deren Mitwirkung und garantierten eine Demokratie von unten. Horizontale traten gleichberechtigt neben vertikale Strukturen. Statt eines Fraktionsverbots erlaubten die Statuten einen Pluralismus, der sich in der Praxis in einer Vielzahl von Plattformen und Arbeits- und Interessengemeinschaften manifestierte. Es gab nun weder Kandidaturen zur Parteimitgliedschaft noch Parteistrafen. «Die

monistische Kaderpartei wurde so zu einer Strömungspartei, die sich nach außen nicht selten zerstritten zeigte und nach innen durch eine eigentümliche Mischung aus Solidarität und gegenseitigen Anfeindungen geprägt war»,<sup>364</sup> schreibt Thorsten Holzhauser. Eine wichtige Lehre, die die PDS aus der Geschichte der SED mit ihrer immobilen Führung zog, bestand in der Begrenzung der Amtszeit von Funktionsträgern auf zehn Jahre (bezogen auf die gleiche Ebene).<sup>365</sup>

Zur Entscheidung aller parteiorganisatorischen Fragen und zur Entlastung des Präsidiums beschloss das Präsidium des Parteivorstandes der PDS am 26. April 1990 die Bildung eines Arbeitsbüros des Präsidiums, das faktisch die Arbeit des bisherigen «Arbeitssekretariats» des Präsidiums fortsetzte und vom Stellvertretenden Parteivor-sitzenden Wolfgang Pohl geleitet wurde.<sup>366</sup> Dem Arbeitsbüro oblag unter anderem die Entscheidung über Personalfragen (Berufungen, Abberufungen, Arbeitsverträge, lohnpolitische Fragen usw.), «Vermögensentscheidungen als Vorbereitung für die Präsidiumssitzungen, Verwaltung der Häuser der Partei in Berlin, Probleme der Finanzen und der Ökonomie der gesamten Partei».<sup>367</sup> Das Arbeitsbüro traf damit wesentliche Entscheidungen und Vorentscheidungen und wirkte als Filter: «Im Arbeitsbüro wird entschieden, welche Fragen und Probleme in Form von Vorlagen dem Präsidium des Parteivorstandes vorzulegen sind.»<sup>368</sup>

Zur Führung der Wahlkämpfe des Jahres 1990 wurde ein Zentrales Wahlbüro beim Parteivorstand der PDS geschaffen, das von André Brie geleitet wurde. Für die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms wurde eine Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS berufen. Damit versuchte man der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Partei nach dem 3. Oktober 1990 in ganz Deutschland politisch zu wirken hatte. Das neue Programm wurde schließlich von den Delegierten auf der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS im Januar 1993 beschlossen. Um ein neues Statut auszuarbeiten, setzte man beim Parteivorstand der PDS eine Statutenkommission ein.

In die Ära von Gysis Parteivorsitz fiel die personelle Reduzierung, Abwicklung bzw. Neuformierung der drei aus der SED-Zeit übernommenen zentralen Parteieinrichtungen: Parteihochschule Karl Marx, Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG) und Institut für Marxismus-Leninismus (IML). An die Stelle der Parteihochschule, die ihren Sitz im Haus am Köllnischen Park hatte, trat als neue Einrichtung für politische Bildung das Zentrum für Politische Bildung und Kommunikation (ZBK), das später unter der Bezeichnung «Podium progressiv» arbeitete. Die AfG, die im Sommerhalbjahr 1990 als Stiftung Gesellschaftsanalyse e.V. firmierte, wurde zum Jahresende 1990 abgewickelt. Das IML wurde Anfang 1990 zum Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) und existierte in reduzierter Form noch bis 1992.<sup>369</sup>

## **Die Mitgliederentwicklung der PDS**

Die Mitgliederentwicklung der PDS (bzw. zunächst der SED/PDS) verlief stürmisch: Die Zahl der Mitglieder der Partei verringerte sich von Dezember 1989 bis Dezember 1990 rasant. Zum Zeitpunkt des ersten Teils des Außerordentlichen Parteitages

der SED/PDS am 8. Dezember 1989 wurde die Mitgliederzahl mit über zwei Millionen<sup>370</sup> angegeben, zum Jahresende 1989 – im Ergebnis der ersten großen Austrittswelle – mit rund 1.780.000, Mitte Februar 1990 – nach der zweiten großen Austrittswelle – mit nur noch rund 700.000 und Anfang Juni 1990 mit etwa 350.000 (das heißt: mit lediglich einem Sechstel des Ausgangswertes). Nach einer erneuten Austrittswelle infolge des als Putnik-Affäre bekannt gewordenen Finanzskandals der PDS gehörten der Partei Ende 1990 lediglich rund 284.000 Mitglieder an, darunter ganze 162 Mitglieder in den alten Bundesländern.<sup>371</sup> Danach verlangsamte sich der Mitgliederverlust der PDS. Die mitgliederstärksten Landesverbände der PDS waren am 1. Juni 1990 der in Berlin (61.426 Mitglieder), der im Bezirk Halle (34.200 Mitglieder), der im Bezirk Dresden (31.542 Mitglieder) und der im Bezirk Karl-Marx-Stadt (30.501 Mitglieder).<sup>372</sup>

### **Zur Sozialstruktur der Mitglieder und Wähler\*innen der PDS**

Mit der rapiden Abnahme der Zahl der Mitglieder insbesondere im Verlauf des Jahres 1990 veränderte sich auch die Sozialstruktur der PDS-Mitglieder gegenüber derjenigen der SED-Mitglieder Ende der 1980er Jahre. Die PDS entwickelte sich sozialstrukturell zur Partei der ehemaligen Dienstklasse der DDR.<sup>373</sup> Eine Studie des Instituts für Sozialdatenanalyse (isda) konstatierte ein Jahr später, im Juni 1991, dass die soziale Zusammensetzung der PDS zu diesem Zeitpunkt in drei Merkmalen von derjenigen der Gesamtgesellschaft (bezogen auf Ostdeutschland) abwich: Der Rentneranteil war erheblich höher, Angestellte waren überrepräsentiert und produktiv Tätige (Arbeiter, Bauern, Handwerker) waren unterrepräsentiert.<sup>374</sup>

Im Jahr 1990 (vom 1. Juni bis 31. Dezember) sank der Anteil der PDS-Mitglieder im Alter bis 30 Jahre leicht von 10,8 auf 8,9 Prozent, derjenige der Mitglieder zwischen 30 Jahren und dem Renteneintrittsalter (das heißt der im Arbeitsleben stehende Teil der Mitgliedschaft) deutlich von 50,4 auf 43,3 Prozent. Der Anteil der Mitglieder im Rentenalter stieg vergleichsweise stark von 38,8 Prozent auf 47,8 Prozent – mithin um rund ein Viertel.<sup>375</sup> Die Tendenz der Überalterung der Partei war hier bereits angelegt. Der Frauenanteil an der Mitgliedschaft betrug am 1. Juni 1990 41,9 Prozent. Er lag vor allem in Berlin mit 45,4 Prozent, aber auch in den Bezirken Karl-Marx-Stadt mit 43,3 Prozent und Dresden mit 43,0 Prozent etwas höher, in anderen Bezirken wie Suhl mit 36,5 Prozent und Frankfurt (Oder) mit 37,8 Prozent etwas niedriger.<sup>376</sup> Bis zum 31. Dezember 1990 stieg der Frauenanteil in der Gesamtpartei leicht auf 43,4 Prozent.<sup>377</sup>

Im Mai/Juni 1990 waren mehr als zwei Drittel der PDS-Mitglieder Angestellte und Akademiker. Der Arbeiteranteil lag bei einem Viertel. Da hinsichtlich des formalen Bildungsgrads für 1990 keine Angaben vorliegen, muss hier hilfsweise auf Daten vom Mai 1991 zurückgegriffen werden. Damals dominierten Mitglieder mit Hoch- bzw. Fachschulabschluss mit über 60 Prozent. Der Anteil der Mitglieder ohne beruflichen Abschluss betrug lediglich rund 5 Prozent. Rund ein Viertel waren Facharbeiter. Von

100 SED-Mitgliedern mit Hochschulabschluss im Herbst 1989 waren Mitte 1991 24 in der PDS, von 100 mit Fachschulabschluss 13 und von 100 Facharbeitern fünf.<sup>378</sup> Die Autoren der oben genannten Studie kommen zu dem Schluss, «dass die PDS strukturell eine andere Partei ist, als es die SED war. Sie hat nicht mehr die Struktur einer Staatspartei, aber sie hat in ihrer Struktur das Erbe der Staatspartei.»<sup>379</sup> Von nicht unerheblicher politischer Brisanz für die Entwicklung der Partei war die Tatsache, dass sich die Verlierer der deutschen Einheit in besonderem Maße in der PDS konzentrierten.

Die Sozialstruktur der Wähler\*innen der PDS ähnelte derjenigen ihrer Mitglieder, wies aber auch deutliche Unterschiede auf. Nach der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 erzielte die PDS in Ostdeutschland bei Arbeiter\*innen lediglich 5,3 Prozent der Wählerstimmen, dagegen bei Angestellten 9,9 und bei leitenden Angestellten bzw. Beamten 13,1 Prozent. Analog zur Sozialstruktur der Mitglieder lagen die Wahlergebnisse der Partei bei Angestellten und Beamten beim Zwei- bis Dreifachen gegenüber den Wahlergebnissen bei Arbeiter\*innen.<sup>380</sup> Und nach der Wahltagsbefragung von infas erzielte die PDS in Ostdeutschland bei dieser Wahl beachtliche 21 Prozent unter denjenigen, die Berufen nachgingen, die einen Hochschulabschluss voraussetzen. Bei den in Ausbildung Befindlichen betrug der Anteil der PDS-Wähler 16,4 (FGW) bzw. 10 Prozent (infas). Jedoch überrascht, dass der Anteil der PDS-Wähler\*innen unter den 25 bis 44 Jahre alten Wähler\*innen deutlich über jenem der älteren Wählergruppen lag. Nicht überraschend war allerdings der überdurchschnittliche Anteil der PDS-Wähler\*innen an den konfessionslosen Wähler\*innen. In Ostdeutschland konnte die PDS bei der Bundestagswahl Ende 1990 bei Frauen «bis 34 Jahre» leicht besser abschneiden als bei Männern in dieser Altersgruppe (11 zu 10 Prozent). In den Altersgruppen «35 bis 59 Jahre» und «ab 60 Jahre» waren die PDS-Ergebnisse bei den Frauen schlechter als bei den Männern (9 zu 10 bzw. 9 zu 14 Prozent).<sup>381</sup>

Dieser Trend beim Wahlverhalten – bezogen auf Alter und Geschlecht – hatte sich bereits bei den Landtagswahlen in den fünf neuen Bundesländern im Oktober 1990 abgezeichnet. Auch bei den Wähler\*innen mit akademischen Berufen erzielte die PDS damals mit 22 Prozent und bei den in Ausbildung befindlichen Wähler\*innen mit 17 Prozent ähnliche Resultate wie dann bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 in Ostdeutschland. Zudem hatte die PDS in den Städten (vor allem in Großstädten) ein deutliches Übergewicht. In Städten mit über 200.000 Einwohner\*innen betrug ihr Stimmenanteil 15,1 Prozent.<sup>382</sup>

### **Internationale Kontakte der PDS**

Frühzeitig begann die PDS, internationale Kontakte aufzubauen und zu pflegen. Eine zentrale Rolle spielten dabei die Beziehungen der PDS zur KPdSU.<sup>383</sup> Bereits am 11. Januar 1990 befasste sich das Präsidium des Parteivorstandes der SED/PDS mit den Beziehungen zur KPdSU und zur UdSSR.<sup>384</sup> Am 2. Februar 1990 führte Gregor Gysi

in Moskau ein Gespräch mit Michail Gorbatschow, in dem ein großer Kreis von Fragen behandelt wurde, die mit den demokratischen Umgestaltungsprozessen, die in der Sowjetunion und in der DDR abliefen, mit der Erneuerung beider Parteien und mit der Entwicklung der Lage in Europa verbunden waren.<sup>385</sup> Hans Modrow konferierte am 24. Juli 1990 in Moskau mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Valentin M. Falin, über aktuelle Aspekte der deutschen Frage und über die Lage in der PDS.<sup>386</sup> Vom 24. September bis zum 2. Oktober 1990 hielt sich die Lektorengruppe des Parteivorstandes der PDS in der UdSSR auf und führte 30 Foren und Gesprächsrunden zum Thema «Der Prozess der deutschen Einheit und die Aufgaben der PDS» durch.<sup>387</sup> Anfang November 1990 richtete die PDS ein vorbereitendes Arbeitstreffen von Vertreter\*innen osteuropäischer Parteien für die multilaterale Beratung am 14. und 15. November 1990 in Moskau aus. Die PDS-Delegation, die dann nach Moskau reiste, bestand aus Gregor Gysi, Hans Modrow, Hans-Joachim Willerding und Bernd Henn.<sup>388</sup>

Die PDS griff bei der Entwicklung ihrer internationalen Kontakte auf Beziehungen zu ausländischen Parteien und Organisationen zurück, die bereits zu SED-Zeiten entstanden waren. Sie konnte diese Beziehungen fortführen oder wiederbeleben und zudem neue Verbindungen knüpfen. Die Spannweite der internationalen Kontakte reichte von den Kommunistischen Parteien Österreichs, Dänemarks und Griechenlands sowie der Südafrikanischen und der Portugiesischen Kommunistischen Partei über die Linkspartei Schwedens, die Sozialdemokratie der Republik Polen, die Flämische Sozialistische Partei und die Workers Party Irlands bis zur Partei der Sozialistischen Avantgarde Algeriens (PAGS) und zur Volksfront zur Befreiung von Saguía el Hamra und Río de Oro (POLISARIO) Westsaharas.<sup>389</sup> So führte Maxime Gremetz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Französischen Kommunistischen Partei (FKP), am 5. Dezember 1990 Gespräche mit dem Parteivorstand der PDS, darunter Gregor Gysi und Hans Modrow. Dabei ging es ihm darum, Informationen über die Lage der Partei, ihre Einschätzung der Ergebnisse der Bundestagswahlen und ihre künftige Politik zu erhalten sowie über die Vorbereitung des damals bevorstehenden Parteitag der FKP zu informieren.<sup>390</sup> Zum Mosaik der internationalen Kontakte der PDS gehörte der Besuch des Vorsitzenden der Union der Kommunisten Belgiens, Louis Van Geyt, vom 19. bis zum 22. Juni 1990 in der DDR, eines Politikers, der sich insbesondere für den Erneuerungsprozess der PDS interessierte.<sup>391</sup> Wladimir Pomar, Mitglied des Exekutivkomitees der brasilianischen Partei der Arbeiter (PT), führte während seines Aufenthaltes vom 29. Juni bis zum 4. Juli 1990 in Berlin Gespräche mit Vertreter\*innen der PDS, in denen er über die Lage in der PT informierte.<sup>392</sup> Am 27. Juni 1990 fand ein Gespräch mit Hermenegildo Infante, dem Beauftragten des ZK der FRELIMO-Partei Mosambiks in der DDR, zu Problemen von noch in der DDR befindlichen 14.000 mosambikanischen Staatsbürger\*innen statt.<sup>393</sup>

Bereits am 29. Dezember 1989 traf sich Präsidiumsmitglied Jochen Willerding mit Fernando Cardenal, dem sandinistischen Erziehungsminister Nicaraguas, der ihn über den Wahlkampf der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) infor-

mierte.<sup>394</sup> Im Mai 1990 konferierte Jochen Willerding in Prag mit Jiří Machalik, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens, vor allem über die Lage dieser Partei in der ČSFR, und mit Jan Ječminek, dem Vorsitzenden der tschechischen Partei der Grünen (SZ), zu Fragen der Umweltpolitik.<sup>395</sup> Vom 21. bis zum 23. Mai 1990 weilte eine Delegation des Finnischen Linksbundes in Berlin, um sich insbesondere mit dem Erneuerungsprozess der PDS vertraut zu machen und ihn mit der Parteikonzeption des Linksbundes zu vergleichen. Die finnischen Abgeordneten sprachen unter anderem mit Dietmar Keller, Michael Schumann und Sylvia-Yvonne Kaufmann.<sup>396</sup> Hans Modrow hielt sich Ende September 1990 zu politischen Gesprächen in Finnland auf, in denen er unter anderem mit Kalevi Sorsa, Präsident des Finnischen Reichstages, Mitglied des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Finnlands und Vorsitzender des Abrüstungsausschusses der Sozialistischen Internationale, Möglichkeiten des Dialogs zwischen Sozialdemokraten und anderen Linkskräften Europas erörterte.<sup>397</sup> Vom 29. September bis zum 7. Oktober 1990 reiste Modrow dann nach Japan und sprach dort unter anderen mit Takako Doi, der Vorsitzenden der Japanischen Sozialistenpartei, und mit Tarō Nakayama, dem Außenminister Japans und Mitglied der Liberaldemokratischen Partei.<sup>398</sup> Am 8. und 9. Dezember 1990 war die PDS auf der Tagung des Liaisonkomitees der Bewegung European Nuclear Disarmament (END) in Brüssel vertreten.<sup>399</sup> Anfang Oktober 1990 beschloss die Führung der PDS die Herausgabe eines «Auslandsbulletins», um die Auslandskontakte der Partei zu befördern.<sup>400</sup>

Wie an der Konferenz «Demokratischer Sozialismus» Anfang Juli 1990 in Berlin und an der Regionalen Umweltkonferenz in Leipzig-Markkleeberg Anfang Oktober 1990 nahmen an der Erneuerungskonferenz der PDS am 8. und 9. September 1990 in Berlin Vertreter\*innen linker und demokratischer Bewegungen und Parteien aus dem Ausland teil, darunter Repräsentant\*innen der KPdSU, der FKP, der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks, der Kommunistischen Parteien Kubas und der Tschechoslowakei, der Bulgarischen Sozialistischen Partei, der Sozialdemokratie der Republik Polen, der Panhellenischen Sozialistischen Partei (PASOK) Griechenlands und der Ungarischen Sozialistischen Partei.<sup>401</sup> Im Januar 1991 konnte Hans Modrow dann bei der Eröffnung des 2. Parteitages der PDS 28 Gastparteien begrüßen, darunter Delegationen der KPdSU, der Kommunistischen Partei Chinas, der FKP, der Polnischen Sozialdemokratischen Union, der Sozialistischen Partei Chiles, der Tudeh-Partei Irans, der Revolutionären Volkspartei Kambodschas, der Palestine Liberation Organization (PLO) und der Kommunistischen Partei Spaniens.<sup>402</sup>

## **Fazit**

Die Bilanz der Partei des Demokratischen Sozialismus nach etwas mehr als einem Jahr ihrer Existenz fiel zum Jahreswechsel 1990/91 durchwachsen aus. Der Erneuerungsprozess der Partei verlief zäh und widersprüchlich. Das zeigte sich vor allem in folgenden Momenten:



- Die PDS war zwar mit rund 284.000 Mitgliedern eine Massenpartei, doch ihr Einfluss in der Gesellschaft entsprach dem nicht, sondern war deutlich geringer. Die Zahl der Basisorganisationen der Partei – ein Gradmesser für ihre Verankerung in der Fläche und damit für ihren politischen Einfluss – war von Ende Mai bis Ende Dezember 1990 um 3.316 auf 12.774 gesunken.<sup>403</sup>
- Eine Ursache dafür waren die anhaltenden Auseinandersetzungen innerhalb der PDS. Sie waren Ausdruck der Tatsache, dass die programmatische Ausrichtung der Partei nicht eindeutig geklärt war, dass das Tempo der Überwindung alter Denkweisen unterschiedlich verlief, dass es unterschiedliche Auffassungen darüber gab, ob die Partei eher klassisch strukturiert sein sollte oder als «Bewegungspartei», und dass – mit den Worten des Parteivorsitzenden – «wir alle psychisch durch die radikalen Veränderungen des letzten Jahres überfordert sind, uns zum Teil ohnmächtig fühlen».<sup>404</sup> Eine solch kritische und selbstkritische Einschätzung der Lage der Partei, wie sie die PDS-Führung hier vornahm, wäre durch die alte SED-Führung undenkbar gewesen. Dies zeugte deutlich davon, dass die (neue) PDS nicht mehr die alte SED war.
- Andererseits war eine durchaus denkbare Spaltung der SED bzw. der PDS in eine reformsozialistische und in eine kommunistische bzw. orthodox sozialistische Partei dadurch vermieden worden, dass die hegemonialen Reformintellektuellen und Reformpragmatiker einen (Gründungs-)Kompromiss mit jenen Kräften in der Partei eingegangen waren, «die die Abkehr von Grundvorstellungen (‘Dogmen’) des Staatssozialismus nicht vollziehen wollten bzw. konnten».<sup>405</sup> Der logische Preis dafür waren die oben genannten anhaltenden Auseinandersetzungen innerhalb der PDS.
- Die Westausdehnung der PDS war vorerst gescheitert und offensichtlich nicht im Schnelldurchlauf erfolgreich zu gestalten. Trotz partieller Erfolge in späterer Zeit gelang es der PDS nie, im Wesen wirklich Fuß zu fassen.<sup>406</sup>
- Die finanzielle Situation der Partei war prekär. Einnahmen von 37,7 Millionen DM im zweiten Halbjahr 1990 standen Ausgaben in Höhe von 127,6 Millionen DM gegenüber. Die Finanzreserve betrug 204,4 Millionen DM.<sup>407</sup> Ohne einschneidende Maßnahmen (das bedeutete insbesondere eine weitere radikale Reduzierung des hauptamtlichen Apparates der Partei) wäre die PDS auf den finanziellen Bankrott zugesteuert.

Dennoch: Entgegen den vielfach geäußerten Erwartungen, dass die bis zum Ende der 1980er Jahre in der DDR herrschende SED mit diesem Staat von der Bildfläche verschwinden würde,<sup>408</sup> gelang es der als PDS neu formierten Partei – trotz eines gewaltigen Aderlasses an Mitgliedern – politisch zu überleben. Mit dem Einzug der PDS in den Deutschen Bundestag veränderte sich das bisherige bundesdeutsche Vier-Parteien-System in ein Fünf-Parteien-System. Mit einer Vertretung von 17 Abgeordneten im Bundesparlament und Fraktionen in allen ostdeutschen Bundesländern sowie im Abgeordnetenhaus von Berlin und einer relativ starken Verankerung in ostdeutschen

Kommunalparlamenten war die PDS eine bemerkenswerte linke Opposition im gesellschaftlichen Leben. Mit über 300 Bürgermeister\*innen stand sie aber auch in Verantwortung für die Gestaltung kommunaler Verhältnisse.

In Ostdeutschland entwickelte sich die PDS unter der Leitung einer unbelasteten jüngeren Führungsriege zur Interessenvertretung der ehemaligen Dienstklasse der DDR und zur «Kümmererpartei» für die Verlierer und Benachteiligten der gesellschaftlichen Transformation vom Staatssozialismus zu restaurierten kapitalistischen Verhältnissen. In der Ära Gysi wurde das Fundament gelegt, auf dem sich die PDS als linkssozialistische Kraft zumindest mittelfristig in der politischen Landschaft des vereinigten Deutschlands etablieren konnte. Am Ende des Jahres 1990 – so der Parteienforscher Gero Neugebauer – hatte die PDS «alle von einer Partei zu ihrer Etablierung im Parteiensystem zu überwindenden institutionellen Hürden genommen: Sie verfügte über eine Organisation sowie eine Anhängerschaft und behauptete sich in demokratischen Wahlen.»<sup>409</sup> Und der Politikwissenschaftler Christian Welzel attestierte der PDS 1991, dass «die Elemente des Wandels die Kontinuitätselemente in einer Weise überwiegen, die es rechtfertigt, die PDS gegenüber der SED als eine qualitativ neuartige Partei zu bezeichnen.»<sup>410</sup>

## **Ausblick**

Für die weitere (insbesondere innerparteiliche) Entwicklung der PDS hatten die programmatischen Debatten in der Partei in den Jahren 1991 bis 1993 eine herausgehobene Bedeutung. Auf diese Diskussionen soll abschließend im Sinne eines Ausblicks eingegangen werden.

Parallel zu den politischen Aktivitäten und der praktischen Unterstützung der Bürger\*innen vor Ort in noch ungewohnten Alltagsfragen, durch die die PDS ihr Image als «Kümmererpartei» erwarb, verlief ein zäher Prozess des Ringens der Partei um ihr Selbstverständnis, begleitet von tiefen innerparteilichen Auseinandersetzungen. Am 9. Juni 1991 erklärte Gregor Gysi auf einer Tagung des Parteivorstandes der PDS, dass er nur unter bestimmten Bedingungen bereit sei, Vorsitzender zu bleiben. Er konstatierte, dass die PDS «an einem Scheideweg» stünde, «weil das Politikverständnis dieser Partei, weil das Verständnis der Programmatik, weil das Verständnis der Bewertung der Geschichte, weil das Verständnis des Umgangs miteinander sehr, sehr unterschiedlich und differenziert in dieser Partei geworden» sei.<sup>411</sup> Zwei Tage später kritisierten 200 Teilnehmer\*innen einer DADA-Konferenz (DADA: Dresdner Alternatives Diskussions-Angebot) eine halbherzige Vergangenheitsaufarbeitung, ein von DDR-Nostalgie bestimmtes Oppositionsverständnis sowie mangelnde Toleranz gegenüber Minderheiten und gegenüber Meinungsppluralismus in der PDS.

Dieses unterschiedliche Politikverständnis und miteinander unvereinbare Politikansätze bestimmten auch die innerparteilichen Debatten zur Programmatik der PDS. Die 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS, die vom 21. bis zum 23. Juni 1991 in Berlin zusammentrat, beriet die vorgelegten drei Entwürfe programmatischer Thesen,

die erstens aus der Feder der Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS, zweitens aus derjenigen der Kommunistischen Plattform in der PDS und drittens aus derjenigen des früheren DDR-Kulturministers Klaus Höpcke stammten. Der Konvent verabschiedete die drei Entwürfe als gleichberechtigte Diskussionsgrundlagen für die Erarbeitung eines Parteiprogramms.

Die nun einsetzende offizielle Programmdebatte, an der sich nicht nur ein kleiner Kreis von Parteintellectualen, sondern auch die breite Mitgliedschaft beteiligte, dauerte letztlich bis Ende 1992. Sie war begleitet von mehreren Entwürfen der Grundsatzkommission, unterschiedlichen Gegenentwürfen, diversen Standpunktpapieren, von Programmkonferenzen und von Debatten in den Basisorganisationen der PDS. «Die Pole waren schnell klar», schreibt rückblickend der Politikwissenschaftler Horst Dietzel, der als Mitglied der Grundsatzkommission an den damaligen Kontroversen beteiligt war. «Auf der einen Seite gab es die radikal-reformerischen Kräfte, die untereinander unterschiedliche Positionen zu Detailfragen vertraten, auf der anderen Seite die Anhänger der Kommunistischen Plattform.»<sup>412</sup> Dazwischen habe eine mehr oder weniger verunsicherte Parteibasis gestanden, die zwar deutlich spürte, dass Neuerungen nötig waren, aber mit neuen Sichtweisen und Begriffen wie Moderne, Zivilgesellschaft oder Transformation konfrontiert wurde, die nicht ins gewohnte Denkschema passten.<sup>413</sup>

Der schließlich Mitte Dezember 1992 von der Grundsatzkommission vorgelegte Entwurf des PDS-Programms brach deutlich mit traditionellen Glaubensbekenntnissen und mit dem alten Sozialismus- und Parteiverständnis und konstatierte «das vollständige Scheitern des sozialistischen Versuchs in Osteuropa» und «die Entstellung der sozialistischen Idee».<sup>414</sup> Er ging von einem weltpolitisch-zivilisatorischen Ansatz aus und hob hervor, dass die «Dominanz des Profitprinzips, die ungleiche Verteilung und ungenügende Verwirklichung von Menschenrechten und Lebenschancen sowie die Ausgrenzung von Betroffenen aus der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse [...] einer Lösung der Menschheitsprobleme entgegen[stehen]».<sup>415</sup> Die Hauptursache für die globalen Probleme bestehe in der kapitalistischen Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise in den Herrschaftszentren der Weltwirtschaft. Die hier herrschende bürokratisierte Konkurrenz- und Konsumgesellschaft sei das übergreifende soziale Problem unseres Erdballs. «Diese Gesellschaft umzugestalten, ihre entwicklungs-offenen Potenzen und zivilisatorischen Errungenschaften gleichzeitig zu bewahren und auszubauen – das sind die wichtigsten Herausforderungen der Gegenwart.»<sup>416</sup>

Die anzustrebende Alternative zur bestehenden kapitalistischen Ordnung – ein demokratischer Sozialismus – wurde nicht detailliert beschrieben, sondern mit dem sinngemäßen Rückgriff auf die Formel von Marx und Engels definiert, mit der diese im «Manifest der Kommunistischen Partei» die neue Gesellschaft charakterisiert hatten,<sup>417</sup> nämlich als «eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist».<sup>418</sup> Das moderne Verständnis der PDS von Sozialismus fand seinen Ausdruck in dessen Trinität als Ziel, Be-

wegung und Wertesystem. Sozialismus sei für die PDS nicht nur «ein notwendiges Ziel», sondern gleichermaßen eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchalische Unterdrückung und gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der die Menschen ihre Angelegenheiten demokratisch und auf rationale Weise regeln. «Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit und Frieden untrennbar verbunden sind.»<sup>419</sup>

Das neue Parteiverständnis der PDS unterschied sich gravierend von dem der alten SED: «Die PDS versteht sich selbst als ein Zusammenschluss unterschiedlicher linker Kräfte. Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden.»<sup>420</sup> Ausdrücklich fixierte der Programmentwurf ein pluralistisches Parteiverständnis: «In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch Menschen, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.»<sup>421</sup>

Streitpunkt blieb in der Programmdebatte und letztlich auch im Programmentwurf die Eigentumsfrage, wobei man allerdings darin übereinstimmte, dass «die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden»<sup>422</sup> müsse und dass die Vielfalt der Eigentumsformen (private, genossenschaftliche, kommunale und staatliche) gleichermaßen ihre Berechtigung habe. Im Bemühen, keine wesentlichen Teile der Partei auszugrenzen, wurde der Dissens offen im Entwurf formuliert: «Unterschiedliche Auffassungen haben wir hinsichtlich der Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über das Eigentum erreichbar ist oder ob dem Gemeineigentum, insbesondere gesamtgesellschaftlichem Eigentum, eine bestimmende Rolle zukommen muß.»<sup>423</sup> Näheres wurde dazu nicht ausgeführt.

Im Unterschied zum Parteiprogramm von 1990 wurde im Entwurf vom Dezember 1992 den verschiedenen Politikfeldern viel Raum eingeräumt. Auf der Sitzung des Parteivorstandes der PDS am 21. Dezember 1992 hob André Brie als Leiter der Grundsatzkommission hervor, dass in Auswertung von rund 500 Zuschriften und im Ergebnis einer zweitägigen Klausur der Grundsatzkommission das Papier um etwa ein Drittel gekürzt und seine Konkretheit («weg von Theorielastigkeit, hin zu den Forderungen») deutlich verstärkt werden konnte.<sup>424</sup> Das betraf nicht zuletzt die Politikfelder Soziales, Arbeitsmarkt und Ostdeutschland.

Horst Dietzel kommt bei der Einschätzung der damaligen programmatischen Positionen der PDS zu dem Resümee: «Die PDS begriff sich als reine Oppositionspartei, der außerparlamentarische Kampf um gesellschaftliche Veränderungen war für sie entscheidend. Nachgeordnet wurde formuliert, die PDS ringe um parlamentarische Stärke und leiste eine an den unmittelbaren Problemen der Bürgerinnen und Bürger

orientierte parlamentarische und kommunalpolitische Arbeit.»<sup>425</sup> Der 3. Parteitag der PDS, der vom 29. bis zum 31. Januar 1993 in Berlin zusammentrat, nahm das neue Parteiprogramm<sup>426</sup> mit 90,5 Prozent der abgegebenen Stimmen an.

Die Programmdiskussion der Jahre 1991 bis 1993 offenbarte eine Reihe Streitpunkte, die auch spätere Programm- und Strategiedebatten in der PDS und in der Partei DIE LINKE befeuerten und weiterhin befeuern. Das betrifft insbesondere die Frage, ob sich die Partei als potenzielle Regierungspartei oder als reine Oppositionskraft versteht. Es ging um die Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über das Eigentum erreichbar ist oder ob dem gesamtgesellschaftlichen Eigentum eine bestimmende Rolle zukommen müsse. Es ging und geht um den Gegensatz: reine Lehre versus praktische Politik. Was aber nichts anderes bedeutet, als dass die mühsam erarbeitete Tragfähigkeit des «Gründungskompromisses» der PDS (Michael Brie) – wie es der Sozialwissenschaftler Rudolf Woderich Ende der 1990er Jahre formulierte – «nicht ein für allemal als selbstverständliche Gegebenheit voranzusetzen war, sondern offenbar in schwierigen und konfliktreichen Aushandlungsprozessen immer wieder zu erneuern ist».<sup>427</sup>

- 1 Die Darstellung stützt sich hinsichtlich der Chronologie der Ereignisse insbesondere auf Chronik der PDS 1989 bis 1997, erarbeitet von Helmut Zessin, Edwin Schwertner und Frank Schumann, Berlin 1998, S. 7–39; Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 11–32.
- 2 Fischer, Joschka: Der Umbau der Industriegesellschaft. Plädoyer wider die herrschende Umweltlüge, Frankfurt am Main 1989, S. 58.
- 3 Vgl. Die Fischer Chronik Deutschland 1949–1999. Ereignisse, Personen, Daten, Frankfurt am Main 1999, Sp. 865 bis Sp. 878.
- 4 Zum Agieren von Politbüro und Zentralkomitee der SED zwischen dem 18. Oktober und dem 3. Dezember 1989 im Detail vgl. Neugebauer, Gero: Von der SED zur PDS 1989 bis 1990, in: Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 101–107.
- 5 Vgl. Friedmann, Ronald: «Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.» Diskussionsbeitrag [...] zum 30. Jahrestag des Außerordentlichen Parteitags der SED-PDS im Dezember 1989 zur Beratung in der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE, unter: <https://herbst89.die-linke.de/wir-brechen-unwiderruflich-mit-dem-stalinismus-als-system/> (abgerufen am 5.4.2020).
- 6 Vgl. Hertle, Hans-Hermann/Stephan, Gerd-Rüdiger: Die letzten Tage des Zentralkomitees der SED. Einführung und historischer Überblick, in: dies. (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 2014, S. 83, 85 und 90.
- 7 Vgl. ausführlich ebd., S. 59–97.
- 8 Vgl. ebd., S. 98.
- 9 Vgl. Stüß, Walter: Zentraler Runder Tisch und alte Parteien, in: Gutzeit, Martin/Heidemeyer, Helge/Tüffers, Bettina (Hrsg.): Opposition und SED in der friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90, Düsseldorf 2011, S. 150.
- 10 Vgl. Hertle/Stephan: Die letzten Tage, S. 97, 98 und 99.
- 11 Hans Modrow wurde am 13. November 1989 Ministerpräsident der DDR und stellte am 18. November 1989 sein Kabinett vor. Vgl. Arnold, Karl-Heinz: Die ersten hundert Tage des Hans Modrow, Berlin 1990, S. 5.
- 12 Vgl. Stüß, Walter: Amt für Nationale Sicherheit (AfNS), unter: [www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/amt-fuer-nationale-sicherheit-afns/](http://www.bstu.de/mfs-lexikon/detail/amt-fuer-nationale-sicherheit-afns/) (abgerufen am 21.3.2020). Gegen den Versuch, das AfNS in einen Verfassungsschutz und in einen Auslandsnachrichtendienst zu überführen, regte sich vor allem im Süden der DDR erheblicher Widerstand. Vgl. Chronik der Wende, 11.1.1990, unter: [www.chronikderwende.de/tvchronik\\_jsp/key=tvcl1.1.1990.html](http://www.chronikderwende.de/tvchronik_jsp/key=tvcl1.1.1990.html) (abgerufen am 21.3.2020).
- 13 Am 28. Januar 1990 vereinbarten die am Zentralen Runden Tisch vertretenen Parteien und Gruppierungen mit der Regierung Modrow, dass Vertreter\*innen der neuen Parteien (einem Vorschlag Modrows folgend) am 5. Februar 1990 in eine «Regierung der nationalen Verantwortung» eintreten. Vgl. Die Fischer Chronik Deutschland 1949–1999, Sp. 917; Ritter, Gerhard A.: Einleitung, in: Gutzeit u. a. (Hrsg.): Opposition und SED, S. 15.
- 14 Süß: Zentraler Runder Tisch, S. 150.
- 15 Vgl. Peters, Gunnar: Die Tätigkeit der alten und neuen Parteien in der frei gewählten Volkskammer, in: Gutzeit u. a. (Hrsg.): Opposition und SED, S. 208.
- 16 12. Tagung des ZK der SED, in: Hertle/Stephan (Hrsg.): Das Ende der SED, S. 464. Vgl. auch ebd., S. 481; Schwertner, Edwin: Zur Bildung des SED-Arbeitsausschusses, in: Bisky, Lothar/Czerny, Jochen/Mayer, Herbert/Schumann, Michael (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin 1996, S. 160 f.
- 17 Vgl. Hahn, Annegret/Pucher, Gisela/Schaller, Henning/Scharsich, Lothar (Hrsg.): 4. November '89. Der Protest. Die Menschen. Die Reden, Frankfurt am Main/Berlin 1990, S. 126; Müller-Enbergs, Helmut/Wielgohs, Jan/Hoffmann, Dieter/Herbst, Andreas/Kirsche-Feix, Ingrid (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, Bd. 1, A–L, Berlin 2010, S. 104 (Berghofer), 132 (Bisky), 463 (Gysi) und Bd. 2, M–Z, Berlin 2010, S. 1448 (Wolf); Die Fischer Chronik Deutschland 1949–1999, Sp. 878.
- 18 Wolf, Markus: In eigenem Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten, München 1991, S. 289.
- 19 Vgl. Brie, Michael: Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Texte, Bd. 1, Berlin 2000, S. 26 f.
- 20 Vgl. Einführung in: Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 22 f.
- 21 Zit. in: Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages gebildet, in: Neues Deutschland, 4.12.1989, S. 1.
- 22 Hans Modrow in: Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 95.
- 23 Vgl. Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 97.
- 24 Gregor Gysi in: Ostdeutsch oder angepasst. Gysi und Modrow im Streitgespräch, Berlin 2013, S. 36.
- 25 Vgl. Welzel, Christian: Von der SED zur PDS. Eine doktringebundene Staatspartei auf dem Weg zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? Mai 1989 bis April 1990, Frankfurt am Main 1992, S. 90.
- 26 Lothar Bisky in: Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 154.

- 27 Vgl. Bollinger, Stefan: Von Staatspartei-Sesseln auf die harte Oppositionsbank. Herbstrevolution '89 und SED, in: Disput, Nr. 10, 1999, S. 8.
- 28 Für eine zusammenfassende Wiedergabe des Telefonats vgl. Dokument 9. Vermerk über ein Telefonat von Michail Gorbatschow, KPdSU-Generalsekretär und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, mit Gregor Gysi, Vorsitzender der SED, am 10. Dezember 1989, in: Nakath, Detlef/Neugebauer, Gero/Stephan, Gerd-Rüdiger: «Im Kreml brennt noch Licht.» Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989–1991, Berlin 1998, S. 89–92. Ein zweites Telefonat zwischen beiden Politikern fand am 14. Dezember 1989 statt. Vgl. hierzu Dokument 13. Vermerk über ein Telefonat von Michail Gorbatschow, KPdSU-Generalsekretär und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, mit Gregor Gysi, Vorsitzender der SED, am 14. Dezember 1989, in: ebd., S. 104–107.
- 29 Vgl. Gysi, Gregor: Ein Leben ist zu wenig. Die Autobiographie, Berlin 2017, S. 296. In seiner Autobiografie gibt Gysi als Datum für das Telefonat den 11. Dezember 1989 an. Vgl. ebd., S. 295.
- 30 Michael Schumann in: Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 179. Vgl. auch ebd., S. 155.
- 31 Gregor Gysi in: Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 307.
- 32 Modrow, Hans: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, S. 380.
- 33 Bis Mitte Februar 1990 wurde die Zahl der politischen Mitarbeiter\*innen im Haus des Parteivorstandes auf 360 reduziert (das waren 42 Prozent, gemessen am Apparat des ZK der SED), wobei unter den 360 bereits eine beträchtliche Zahl neuer Mitarbeiter\*innen war. In den Bezirksvorständen arbeiteten noch 10 bis 15 Prozent der politischen Mitarbeiter\*innen (verglichen mit der Stärke des ehemaligen Apparates). In den Kreisvorständen waren noch 5 bis 15 Genoss\*innen hauptamtlich tätig. Vgl. Gysi, Gregor: Das Wahlprogramm der PDS für die Volkskammerwahlen und die Aufgaben der Partei im Wahlkampf, in: Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus. 24./25. Februar 1990, Berlin 1990, S. 9. Bis zum Stichtag 1. Juni 1990 wurde die Zahl der Mitarbeiter\*innen der Partei von 44.000 auf unter 10.000 reduziert. Vgl. Zum Parteivermögen der PDS. Material von Wolfgang Pohl, stellvertretender Parteivorsitzender, auf der internationalen Pressekonferenz am 13. Juni 1990 vorgestellt, in: PDS-PresseDienst. Presse- und Informationsdienst des Parteivorstandes, Berlin (im Folgenden: PDS-PresseDienst), Nr. 23, 14.6.1990, S. 11 f. Auf der Tagung des Parteivorstandes der PDS am 21. Juli 1990 berichtete Präsidiumsmitglied Helmar Hegewald, dass mit Stand vom 1. Juli 1990 insgesamt 4.104 politische und technische Mitarbeiter\*innen hauptamtlich tätig waren. Damit sei eine Reduzierung von den zuletzt ermittelten rund 10.000 hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen um 59 Prozent erfolgt. Vgl. Bericht zur Arbeit des Präsidiums. Auf der Tagung des Parteivorstandes am 21. Juli erstattete Präsidiumsmitglied Helmar Hegewald den folgenden Tätigkeitsbericht, in: PDS-PresseDienst, Nr. 29, 26.7.1990, Beilage, S. 3.
- 34 Peter-Rudolf Zotl schrieb zu den Mitgliederverlusten der Partei, dass beim Übergang aus den betrieblichen Strukturen in die Wohngebiete «viele auf der Strecke» geblieben seien. Vgl. Zotl, Peter-Rudolf: Das Ende und der Anfang. Das Wendejahr 1989/90 und die PDS in Berlin, Berlin 2019, S. 43.
- 35 Vgl. Welzel: Von der SED zur PDS, S. 86.
- 36 Vgl. Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 41.
- 37 Vgl. Suckut, Siegfried/Staritz, Dietrich: Alte Heimat oder neue Linke? Das SED-Erbe und die PDS-Erben, in: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch, Opladen 1994, S. 179.
- 38 Am 11. Januar 1990 gab Ministerpräsident Hans Modrow auf Druck der Oppositionsparteien am Zentralen Runden Tisch eine Regierungserklärung in der Volkskammer der DDR ab, in der er den Verzicht auf den weiteren Aufbau eines Geheimdienstes erklärte: «Das Amt für Nationale Sicherheit wird aufgelöst, und damit werden alle alten Strukturen aufgehoben» (zit. in: Modrow, Hans: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991, S. 34). Bis zur Neuwahl der Volkskammer werde kein Verfassungsschutz gebildet. Vgl. ebd. Der Streit in der Geheimdienstfrage lieferte auch die Grundlage für den «Sturm» auf die Zentrale der Staatssicherheit der DDR in der Normannenstraße im Ostberliner Bezirk Lichtenberg am 15. Januar 1990. Vgl. Die Fischer Chronik Deutschland 1949–1999, Sp. 886 und 916.
- 39 Bericht des Parteivorstandes an den 2. Parteitag der PDS, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, Berlin, 26./27. Januar 1991, Berlin 1991, S. 40.
- 40 Die Plattform WF war am 30. November 1989 auf einem Treffen im Kulturhaus des Werkes für Fernseh elektronik (WF) in Berlin-Oberschöneweide gegründet worden, zu dem Vertreter\*innen der SED-Parteiorganisation im Rundfunk, SED-Mitglieder aus Berliner Betrieben und Einrichtungen sowie aus anderen Teilen der DDR eingeladen worden waren. Vgl. Falkner, Thomas/Huber, Dietmar: Aufschwung PDS. Rote Socken – zurück zur Macht?, München 1994, S. 112. Zu den Gründer\*innen der Plattform WF gehörten zudem kritische Gesellschaftswissenschaftler\*innen der Humboldt-Universität, der Akademie der Wissenschaften und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Vgl. Falkner, Thomas: «Putsch» oder «Sturm aufs Große Haus»? Für eine Rückbesinnung auf die eigene Kraft, in: Bisky u. a. (Hrsg.): Die PDS, S. 152.

- 41 Die Plattform 3. Weg wurde von den Autor\*innen der Thesen «Für eine sozialistische Partei der DDR» ins Leben gerufen und forderte nun, die SED/PDS «aus einer Beamtenpartei in eine Partei der politischen Aktion, in eine Partei der Artikulation der Nöte des Volkes und des politischen Kampfes auf allen Ebenen umzuwandeln» (zit. in: Behrend, Manfred/Meier, Helmut (Hrsg.): Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation, Berlin 1991, S. 305. Die Thesen «Für eine sozialistische Partei der DDR» waren am 12. Dezember 1989 in der Zeitung Neues Deutschland veröffentlicht worden. Als Autor\*innen zeichneten André und Michael Brie, Wilfried Ertl, Jürgen Jünger, Dieter Klein, Hans-Peter Krüger, Dieter Segert, Hans Wagner und Rosi Will. Vgl. Behrend/Meier (Hrsg.): Der schwere Weg der Erneuerung, S. 266.
- 42 Der Sozialdemokratische Studienkreis trat im Frühjahr 1990 nahezu komplett aus der PDS aus und organisierte sich dann als Kautsky-Bernstein-Kreis e.V. Vgl. Falkner/Huber: Aufschwung PDS, S. 266; Mielkes Horchposten lauerten überall (Interview mit Manfred Uschner), TP-Presseagentur, 24.3.2016, unter: <http://tp-presseagentur.de/mielkes-horchposten-lauerten-ueberall-interview-mit-dr-manfred-uschner-persoenlicher-mitarbeiter-des-politbueromitglieders-hermann-axen/> (abgerufen am 27.3.2020).
- 43 Vgl. Falkner, Thomas in: Gysi, Gregor/Falkner, Thomas: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990, S. 126.
- 44 Vgl. Hübner, Wolfgang: Heftige Diskussionen um die Zukunft unserer Partei. Forderung nach Auflösung und eine Reaktion darauf, in: Neues Deutschland, 20.1.1990, S. 3.
- 45 Vgl. Koß, Michael: Von der SED zur PDS. Die Partei zwischen Niedergang, Selbstauflösung und Neuanfang, in: Gutzeit u. a. (Hrsg.): Opposition und SED, S. 185.
- 46 Zit. in: Hübner: Heftige Diskussionen um die Zukunft unserer Partei, S. 3.
- 47 Vgl. Gysi/Falkner: Sturm, S. 127.
- 48 Vgl. Berliner Basis gegen Auflösung der SED-PDS. Spontanes, emotionsgeladenes Treffen im Haus der Partei, in: Neues Deutschland, 20.1.1990, S. 1.
- 49 Bortfeldt, Heinrich: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, Bonn/Berlin 1992, S. 169. Nach Angaben von Michael Koß rekrutierten sich diese Initiativgruppen vornehmlich aus Mitarbeiter\*innen der Partei. Vgl. Koß: Von der SED zur PDS, S. 186.
- 50 Vgl. Zol: Das Ende und der Anfang, S. 190.
- 51 Zit. in: Erklärung von Berliner Kreisvorständen, in: Neues Deutschland, 20.1.1990, S. 1.
- 52 Vgl. Gregor Gysi in: Stenografische Niederschrift der Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands/Partei des Demokratischen Sozialismus am Sonnabend, dem 20. Januar 1990. Archiv Demokratischer Sozialismus (Kurzform: ADS), Bestand Parteivorstand der PDS – Die Ära Gysi (1989 bis 1993) (Kurzform: PDS-PV), Signatur 053, Bl. 13.
- 53 Martina Bertl in: Fortsetzung der Diskussionsbeiträge auf der Parteivorstandssitzung am 20. Januar 1990 (Tonbandabschrift). ADS, PDS-PV - 053, Bl. 148.
- 54 Michael Brie in: ebd., Bl. 193. Auch Klaus-Dieter Schuster erklärte: «Ich bin für eine geordnete, öffentliche und klare Auflösung unserer Partei» (in: ebd., Bl. 208). «Wir sind für eine Auflösung der Partei», sagte Ina Gille im Namen einiger Leipziger Genoss\*innen aus der Intelligenz (in: ebd., Bl. 209).
- 55 Norbert Kertscher in: Stenografische Niederschrift der Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands/Partei des Demokratischen Sozialismus am Sonnabend, dem 20. Januar 1990, Bl. 76.
- 56 Gregor Gysi in: ebd., Bl. 6 und 32.
- 57 Ebd., Bl. 13.
- 58 Zit. in: Bortfeldt, Heinrich: Von der SED zur PDS – Aufbruch zu neuen Ufern? Sommer/Herbst 1989 – 18. März 1990, Berlin 1990, S. 29.
- 59 Vgl. Anlage Nr. 3 zum Protokoll der 4. Tagung des Parteivorstandes [der SED/PDS am 20. Januar 1990]. ADS, PDS-PV - 053, Bl. 241.
- 60 Vgl. Protokoll der 4. Sitzung des Parteivorstandes [der SED/PDS] am 20. Januar 1990. ADS, PDS-PV - 053, Bl. 227.
- 61 Erneuerung muß auch in jedem selbst stattfinden. Beschluß des Parteivorstandes der SED-PDS [vom 20. Januar 1990], in: Neues Deutschland, 22.1.1990, S. 3.
- 62 Ebd.
- 63 Das SED-Emblem – zwei ineinandergreifende Hände, die für die 1946 erfolgte Vereinigung von KPD und SPD zur SED standen – wurde am 24. Januar 1990 am Gebäude des früheren ZK der SED am Werderschen Markt, zu dem Zeitpunkt noch Sitz des Parteivorstandes der SED/PDS, demontiert. Vgl. Malycha, Andreas/Winters, Peter Jochen: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009, S. 371.
- 64 Vgl. Erneuerung muß auch in jedem selbst stattfinden, S. 3.
- 65 Vgl. Stephan, Gerd-Rüdiger/Nakath, Detlef (Hrsg.): Ausschluss. Das Politbüro vor dem Parteigericht. Die Verfahren 1989/1990 in Protokollen und Dokumenten, Berlin 2020, S. 468 und 471.
- 66 Vgl. Podewin, Norbert: Er probte den Aufstand gegen Ulbricht. Zum Tode des 1958 als Revisionist aus der SED-Führung entfernten Karl Schirdewan, in: Neues Deutschland, 17.7.1998, S. 5.



- 67 Vgl. Stephan/Nakath (Hrsg.): Ausschluss, S. 58 f., 70 f., 106 und 111.
- 68 Holzhauser, Thorsten: Die «Nachfolgepartei». Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005, Berlin/Boston 2019, S. 34.
- 69 Schöneburg, Volkmar: Ausschluss und Rehabilitierung – ein notwendiger Anachronismus, in: Stephan/Nakath (Hrsg.): Ausschluss, S. 12.
- 70 Vgl. ebd., S. 14.
- 71 Ebd., S. 15.
- 72 Vgl. Gregor Gysi in: Stenografische Niederschrift der Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands/Partei des Demokratischen Sozialismus am Sonnabend, dem 20. Januar 1990, Bl. 114.
- 73 Vgl. Wolfgang Berghofer aus der SED-PDS ausgetreten. Ehemalige Mitglieder fordern Auflösung der Partei, in: Neues Deutschland, 22.1.1990, S. 1. Berghofer wollte damals mit weiteren Dresdner Funktionsträgern in die SPD eintreten, wurde aber abgewiesen. Vgl. Falkner/Huber: Aufschwung PDS, S. 258.
- 74 Vgl. ebd., S. 124.
- 75 Vgl. Brie, André: Ich tauche nicht ab. Selbstzeugnisse und Reflexionen, Berlin 1996, S. 156 f. Christa Luft notierte, dass unter jenen, die bei dieser Austrittswelle die Partei verließen, «mehr und mehr Staats- und Wirtschaftsfunktionäre sowie Offiziere der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei» waren (Luft, Christa: Zwischen Wende und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung, Berlin 1999, S. 141).
- 76 Vgl. Dok. Nr. 67, Gespräch Gorbachevs mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, am 30. Januar 1990 [Auszug], in: Galkin, Aleksandr/Tschernjajew, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991. Deutsche Ausgabe hrsg. von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Band 83), München 2011, S. 292–304.
- 77 Vgl. Hans Modrow unterbreitete Konzept «Für Deutschland, einig Vaterland», in: Neues Deutschland, 2.2.1990, S. 1.
- 78 Erklärung des Ministerpräsidenten auf der Pressekonferenz am 1. Februar 90 zur Erläuterung seiner Konzeption «Für Deutschland, einig Vaterland», in: Modrow: Aufbruch und Ende, S. 184.
- 79 Vgl. Dürkop, Oliver/Gehler, Michael (Hrsg.): In Verantwortung. Hans Modrow und der deutsche Umbruch 1989/90, Innsbruck 2018, S. 49.
- 80 Vgl. Gregor Gysi in: ders./Falkner: Sturm, S. 139 und 140.
- 81 Vgl. Brie: Ich tauche nicht ab, S. 213 f.
- 82 Gregor Gysi in: ders./Falkner: Sturm, S. 142.
- 83 Vgl. Eine sofortige Vereinigung ist nicht möglich. Erklärung des Präsidiums des SED/PDS-Parteivorstandes, in: Neues Deutschland, 2.2.1990, S. 1.
- 84 Vgl. Falkner/Huber: Aufschwung PDS, S. 95 f.
- 85 Vgl. Dürkop/Gehler (Hrsg.): In Verantwortung, S. 314, 357 und 362.
- 86 Vgl. ebd., S. 379; vgl. auch ebd., S. 232.
- 87 Hans Modrow in: Ostdeutsch oder angepasst, S. 30.
- 88 Zit. in: Dürkop/Gehler (Hrsg.): In Verantwortung, S. 379.
- 89 Hans Modrow in: ebd., S. 379.
- 90 Vgl. ebd., S. 301 und 325.
- 91 Hans Modrow in: ebd., S. 379.
- 92 Vgl. Dok. Nr. 66, Diskussion der deutschen Frage im Beraterstab von Generalsekretär Gorbachev am 26. Januar 1990, in: Galkin/Tschernjajew (Hrsg.): Michail Gorbatschow, S. 286–291, besonders S. 288 und 291.
- 93 Nikolai Ryschkow in: ebd., S. 288.
- 94 Vgl. Schürers Krisen-Analyse (Schürer, Gerhard/Beil, Gerhard/Schalck, Alexander/Höfner, Ernst/Donda, Arno: Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED. Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, Berlin, 30. Oktober 1989), in: Deutschland Archiv 10/1992, S. 1112–1120, besonders S. 1116.
- 95 Vgl. Krenz, Egon: Wir und die Russen. Die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau im Herbst '89, Berlin 2019, S. 233; Dok. Nr. 52, Gespräch Gorbachevs mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz am 1. November 1989, in: Galkin/Tschernjajew (Hrsg.): Michail Gorbatschow, S. 213–227, besonders S. 216–218.
- 96 Die Fischer Chronik Deutschland 1949–1999, Sp. 891.
- 97 Michail Gorbatschow in: Dok. Nr. 66, S. 291.
- 98 Alexander Jakowlew in: ebd., S. 288. Hans Modrow schrieb 2001 in seinen Erinnerungen, dass er über die Beratung in Gorbatschows Arbeitszimmer am 26. Januar 1990 zur deutschen Frage bei seiner Abreise nach Moskau am 29. Januar 1990 nicht informiert gewesen sei. Vgl. Modrow, Hans: Von Schwerin nach Strasbourg. Erinnerungen an ein halbes Jahrhundert Parlamentsarbeit, Berlin 2001, S. 134.
- 99 Zit. in: Für verantwortungsvolles Handeln bei Annäherung beider deutscher Staaten, in: Neues Deutschland, 31.1.1990, S. 1.

- 100 Gregor Gysi berichtete auf der Parteivorstandstagung am 4. Februar 1990, dass die Erklärung «Deutschland, einig Vaterland» in der Parteibasis «große Aufregung ausgelöst» habe. «Das war also sozusagen die nächste Welle von Austritten, weil, nun haben wir auch noch die DDR aufgegeben, und damit gibt es eigentlich für diese Partei nun überhaupt keine Berechtigung mehr. Viel Enttäuschung machte sich breit, weil natürlich auch die Vorbereitung darauf fehlte» (Referat des Genossen Gysi auf der Sitzung des Parteivorstandes am 4. Februar 1990. ADS, PDS-PV - 057, Bl. 34).
- 101 Für die DDR, für demokratischen Sozialismus, in: Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 374. In der den Parteimitgliedern im Januar 1990 zur Verfügung stehenden Broschüre mit den Parteitagmaterialien ist die Zielstellung der SED/PDS redaktionell prononcierter zum Ausdruck gebracht worden. Abgesetzt vom Hauptteil des Satzes heißt es in einem extra Absatz und damit hervorgehoben: «Für eine neue DDR, für demokratischen Sozialismus!» (Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus, 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien, Berlin 1990, S. 127.)
- 102 Oswald, Franz: *The Party That Came Out of the Cold War. The Party of Democratic Socialism in United Germany*, Westport 2002, S. X.
- 103 Vgl. Falkner, Thomas: Parteienidentität zwischen Fremdzuweisung und Selbstintension, in: Brie, Michael/Woderich, Rudolf (Hrsg.): *Die PDS im Parteiensystem*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Schriften 4, Berlin 2000, S. 231.
- 104 Hans Modrow in: Dok. Nr. 67, Gespräch Gorbačevs mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, am 30. Januar 1990 [Auszug], S. 304.
- 105 Zit. in: Arnold: *Die ersten hundert Tage*, S. 75.
- 106 Zur deutschen Frage. Standpunkt des Präsidiums des Parteivorstandes, in: PDS-Pressedienst, Nr. 6, 15.2.1990, Beilage, S. 2.
- 107 Ebd., S. 1.
- 108 Ebd.
- 109 Vgl. 3041 Mio. Mark an den Staatshaushalt, in: *Neues Deutschland*, 5.2.1990, S. 3. Die mit dem Beschluss verbundene Hoffnung der SED/PDS-Führung, mit der Abgabe dieses Vermögens Vertrauen bei den DDR-Bürger\*innen zurückzugewinnen, erfüllte sich jedoch nicht. Vgl. Oswald: *The Party*, S. 19.
- 110 Vgl. Das «SED» ist weg – die PDS ist eine neue Partei, in: *Neues Deutschland*, 5.2.1990, S. 1.
- 111 Vgl. Koß: *Von der SED zur PDS*, S. 188.
- 112 Modrow: *Ich wollte ein neues Deutschland*, S. 429.
- 113 Rede von Hans Modrow, Ehrenvorsitzender der Partei, in: *Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus*, S. 58.
- 114 Ebd., S. 61.
- 115 Gysi: *Das Wahlprogramm der PDS für die Volkskammerwahlen*, S. 11.
- 116 Ebd., S. 18.
- 117 Ebd., S. 20.
- 118 Vgl. Reifig, Rolf/Adler, Frank: Für einen menschlichen, demokratischen Sozialismus in der DDR. Ein Beitrag zur Programmdiskussion. Ausgearbeitet von Wissenschaftlern aus der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, in: Behrend/Meier (Hrsg.): *Der schwere Weg der Erneuerung*, S. 273–280.
- 119 Vgl. Brie, André/Brie, Michael/Ertl, Wilfried/Jünger, Jürgen/Klein, Dieter/Krüger, Hans-Peter/Segert, Dieter/Wagner, Hans/Will, Rosi: Für eine sozialistische Partei der DDR. Ein Angebot für die Diskussion zum Programm, in: Behrend/Meier (Hrsg.): *Der schwere Weg der Erneuerung*, S. 266–273.
- 120 Vgl. Auf der Grundlage des Statuts: Kommunistische Plattform in der SED-PDS, in: Behrend/Meier (Hrsg.): *Der schwere Weg der Erneuerung*, S. 299f.; Sozialdemokratische Plattform in der SED-PDS, in: ebd., S. 301–304; Auf der Grundlage des Statuts: Politische Plattform «3. Weg» in der SED-PDS, in: ebd., S. 304–308; Plattform demokratischer Sozialismus, in: ebd., S. 308–311. Die Plattform demokratischer Sozialismus agierte vor allem an der Universität Leipzig und beschritt später den Weg zu einer selbständigen politischen Splitterpartei. Vgl. Falkner/Huber: *Beschwung PDS*, S. 122.
- 121 Vgl. Höpcke, Klaus: Bericht der Programmkommission, in: *Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus*, S. 79.
- 122 Ebd.
- 123 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990, in: *Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus*, S. 88.
- 124 Vgl. Neugebauer/Stöss: *Die PDS*, S. 72.
- 125 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990, S. 90
- 126 Ebd., S. 89.
- 127 Ebd., S. 92.
- 128 Ebd., S. 93.

- 129 Ebd., S. 108.
- 130 Ebd., S. 88.
- 131 Wahlprogramm der PDS, in: Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus, S. 71.
- 132 Vgl. ebd., S. 68.
- 133 Neugebauer/Stöss: Die PDS, S. 42.
- 134 Vgl. Koß: Von der SED zur PDS, S. 182.
- 135 Vgl. Gregor Gysi in: Eine neue Partei? Erneuerungskonferenz der PDS, Berlin, 8./9. September 1990, Berlin 1990, S. 31.
- 136 Die Kommission Organisation und Parteilieben im Parteivorstand der PDS schätzte im April 1990 ein, «daß im Prozeß der Formierung der Partei inhaltliche Fragen auf der Grundlage von Programm und Statut bisher zu kurz gekommen sind» (Kommission Organisation und Parteilieben, Arbeitskreis Information: Information für das Präsidium des Parteivorstandes der PDS, Berlin, 19. April 1990, S. 1. ADS, PDS-PV - 332, Bl. 117.). Und eine Woche später schrieb diese Kommission in ihrer Information: «In nur wenigen Veranstaltungen der Basisorganisationen wurde damit begonnen, Statut und Programm der PDS zur Grundlage inhaltlicher Arbeit zu machen» (Kommission Organisation und Parteilieben, Arbeitskreis Information: Information für das Präsidium des Parteivorstandes der PDS, Berlin, 25. April 1990, S. 3. ADS, PDS-PV - 332, Bl. 129). Heinrich Bortfeldt stellte im Herbst 1990 fest: «Theoretische Neuaussätze seit dem Außerordentlichen Parteitag sind von der Masse der Mitglieder kaum nachvollzogen worden» (Bortfeldt, Heinrich: Hat die SED die PDS eingeholt?, in: Disput – Was und Wie?, 2. Novemberheft, 1990, S. 11).
- 137 Kommission Organisation und Parteilieben, Arbeitskreis Parteilieben: Information für das Präsidium des Parteivorstandes der PDS. Betrifft: Das Parteilieben in den Basisorganisationen der PDS, Berlin, 13.7.1990, S. 1. ADS, PDS-PV - 332, Bl. 174.
- 138 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990, S. 93.
- 139 Vgl. Steinitz, Klaus: Kann es eine soziale und ökologische Marktwirtschaft geben?, in: Gysi, Gregor (Hrsg.): Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990, S. 72.
- 140 Nach der Volkskammerwahl Mitte März 1990 und mit dem Beitritt der DDR zur BRD Anfang Oktober 1990 war das Programm schon nach kurzer Zeit in wesentlichen Teilen überholt.
- 141 Vgl. PDS-Pressedienst, Nr. 11, 22.3.1990, S. 1.
- 142 Bortfeldt: Von der SED zur PDS – Aufbruch zu neuen Ufern?, S. 35.
- 143 Vgl. Zotl: Das Ende und der Anfang, S. 184f.
- 144 Vgl. Gregor Gysi in: Ostdeutsch oder angepasst, S. 51.
- 145 Vgl. Kommission Organisation und Parteilieben, Arbeitskreis Information: Information für das Präsidium des Parteivorstandes der PDS, Berlin, 6. März 1990, S. 2. ADS, PDS-PV - 333, Bl. 194.
- 146 Vgl. Zotl: Das Ende und der Anfang, S. 210.
- 147 Es geht um unser Land. Aus der Rede von PDS-Spitzenkandidat Hans Modrow am 13. März in Neubrandenburg, in: PDS-Pressedienst, Nr. 10, 15.3.1990, S. 2.
- 148 Ebd., S. 3.
- 149 Ebd., S. 5.
- 150 Niedermayer, Oskar: Die alten und neuen Parteien in der DDR und die Volkskammerwahl vom 18. März 1990, in: Gutzeit u. a. (Hrsg.): Opposition und SED, S. 176.
- 151 Vgl. Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik '90, Berlin 1990, S. 449; Schindler, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden, Baden-Baden 1999, Bd. III, S. 3887; Niedermayer, Oskar: Die alten und neuen Parteien in der DDR und die Volkskammerwahl vom 18. März 1990, S. 178.
- 152 Schneider, Michael: Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990, S. 122.
- 153 Vgl. Kommission Organisation und Parteilieben, Arbeitskreis Information: Information für das Präsidium des Parteivorstandes der PDS, Berlin, 21. März 1990, S. 1. ADS PDS-PV - 334, Bl. 44.
- 154 Vgl. Schindler: Datenhandbuch, Bd. III, S. 3887.
- 155 Vgl. Referat des Genossen Gregor Gysi, in: PDS – Auf dem Weg der Erneuerung. Klausurtagung des Parteivorstandes. Berlin, 12. und 13. Mai 1990, Berlin 1990, S. 24; Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS, München 1994, S. 39.
- 156 Herden, Lutz: Gysi Rider. 18. März 1990 – Erinnerungen an den Tag, an dem der DDR-Sozialismus in die (Wahl-)Urne kam, in: Der Freitag, Nr. 11, 12.3.2020, S. 5.
- 157 Vgl. Findbuch Nr. 1 «Bestand: PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR (März bis Oktober 1990)». Bearbeitet von Gabriele Giwan, Christine Gohsmann, Uwe Michel und Jochen Weichold unter Mitwirkung von Gisa Franke, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 2003, S. XI–XIII.
- 158 Vgl. Tüffers, Bettina: Die 10. Volkskammer der DDR. Ein Parlament im Umbruch. Selbstwahrnehmung, Selbstparlamentarisierung, Selbstauflösung, Düsseldorf 2016, S. 192–197.

- 159 Vgl. Die PDS auf der 16. und 17. Volkskammertagung, in: PDS-Pressedienst, Nr. 25, 28.6.1990, Beilage, S. 1–4.
- 160 Laut Gunnar Peters wurden von den zwölf Anträgen der PDS drei jeweils in modifizierter Form beschlossen. Es gab zudem einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und PDS: das Gesetz über Gruppenbetriebe in der Landwirtschaft. Vgl. Peters, Gunnar: Die Tätigkeit der alten und neuen Parteien in der frei gewählten Volkskammer, S. 207.
- 161 Vgl. Bericht des Parteivorstandes an den 2. Parteitag der PDS, S. 45.
- 162 Vgl. Volkskammerfraktion der PDS unterstützt Bauern, in: PDS-Pressedienst, Nr. 17, 3.5.1990, S. 7.
- 163 Vgl. Brie, André: Landtagswahlkampf: Was und Wie?, in: Disput – Was und Wie?, 1. Oktoberheft, 1990, S. 3.
- 164 Vgl. Viel abgeschmettert – manches bewegt. Zur Tätigkeit der PDS-Fraktion in der Volkskammer, in: ebd., S. 7; Vieles abgeschmettert – manches bewegt. Zur Tätigkeit der PDS-Fraktion in der Volkskammer [Oktober 1990], S. 9. ADS, PDS-PV - 213, Bl. 135.
- 165 Vgl. ebd., S. 8.
- 166 Vgl. ebd., S. 9.
- 167 Vgl. Modrow, Hans: Wir wollen ein Deutschland, das besser ist als DDR und BRD. Referat des Ehrenvorsitzenden der PDS auf der Parteivorstandstagung am 25. August 1990, in: ders.: Für ein Deutschland, besser als DDR und BRD; Steinitz, Klaus: Für Arbeit, wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Sicherheit, hrsg. vom Parteivorstand der PDS, Berlin 1990, S. 15.
- 168 Vgl. PDS-Initiativen in der Volkskammer: Für die Lebensinteressen der Bürger – gegen Wahlmanipulationen!, in: PDS-Pressedienst, Nr. 32, 17.8.1990, Beilage, S. 1.
- 169 Vgl. Die PDS auf der 16. und 17. Volkskammertagung, S. 1.
- 170 Vgl. Trömmel, Markus: Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit. Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und der (SED-)PDS im letzten Jahr der DDR, Frankfurt am Main 2002, S. 202.
- 171 Vgl. Bericht zur Arbeit des Präsidiums, S. 1.
- 172 Vgl. Brief des Vorsitzenden der PDS, Gregor Gysi, an die Mitglieder und Sympathisanten der PDS, in: PDS-Pressedienst, Nr. 22, 7.6.1990, Beilage, S. 2.
- 173 Vgl. Tüffers: Die 10. Volkskammer der DDR, S. 237, 239 und 240 f.
- 174 Modrow: Von Schwerin nach Strasbourg, S. 150.
- 175 Vgl. ebd., S. 149 f.
- 176 Vgl. Die Fischer Chronik Deutschland 1949–1999, Sp. 931 und 942; Peters, Gunnar: Die Tätigkeit der alten und neuen Parteien in der frei gewählten Volkskammer, S. 207.
- 177 Vgl. Gysi, Gregor: Das Profil meiner Fraktion – Positionen und Bilanz, in: Misselwitz, Hans/Schröder, Richard (Hrsg.): Mandat für deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, Op-laden 2000, S. 178.
- 178 Zit. in: ebd., S. 178 f.
- 179 Vgl. Findbuch Nr. 2 «Bestand: Die PDS im Deutschen Bundestag (1990 bis 1994)». Bearbeitet von Christine Gohsmann und Jochen Weichold, Berlin 2001, S. XI.
- 180 Vgl. Holzhauser: Die «Nachfolgepartei», S. 39–42.
- 181 Ebd., S. 39.
- 182 Vgl. Brie: Die PDS, S. 31.
- 183 Vgl. Koß: Von der SED zur PDS, S. 189. Koß schreibt an anderer Stelle: «Träger der PDS waren nun [seit Februar 1990; J.W.] die reformwilligen Mitglieder mittleren Alters, die in Führungspositionen aufrückten, in der Partei aber die Minderheit darstellten» (in: ebd., S. 186). Ähnlich stellt Jürgen P. Lang die Dinge dar: «Neue Eliten – zumeist aus der mittleren Funktionärschicht der SED stammend – ersetzen die alten Kader. Als Reformertriebe sie die Erneuerung der Partei voran, konnten aber ihre Vorstellungen nur bedingt durchsetzen» (Lang, Jürgen P.: Wandel und Beharrung. SED und PDS, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 47, 17.11.2008, S. 37).
- 184 Anfang des Jahres 1990 trennten sich die politischen Wege dieser Theoretiker. Einige traten aus der SED/PDS aus (wie Rainer Land und Dieter Segert) oder stellten ihr Amt zur Verfügung (wie Michael Brie), weil sie sich mit ihren Forderungen nach Trennung vom SED-Vermögen oder nach Auflösung der Partei nicht durchsetzen konnten. Rainer Land gründete eine neue Partei, die Unabhängige Sozialistische Partei (USP). Vgl. Trömmel: Der verhaltene Gang, S. 177. Dagegen engagierte sich André Brie als Wahlkampfleiter der SED/PDS bzw. der PDS.
- 185 Vgl. Land, Rainer/Possekkel, Ralf: PDS und Moderner Sozialismus, in: Brie, Michael/Herzig, Martin/Koch, Thomas (Hrsg.): Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 114 f.
- 186 Vgl. Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.): Umbruch zur Moderne. Kritische Beiträge, Hamburg 1991, S. 109, 171 und 195–226.
- 187 Telefonische Information von Michael Brie am 29. April 2020.

- 188 Land, Rainer: Eine demokratische DDR? Das Projekt «Moderner Sozialismus», in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 11, 15.3.2010, S. 17.
- 189 Vgl. ders: Waren die Reformsozialisten verhinderte Sozialdemokraten?, in: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft. Chancen und Hindernisse für eine demokratische politische Kultur, Berlin 1994, S. 237.
- 190 Vgl. Trömmel: Der verhaltene Gang, S. 93.
- 191 Dieter Klein in: Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 228.
- 192 Gysi, Gregor: Vorwort, in: ders. (Hrsg.): Wir brauchen einen dritten Weg, S. 8.
- 193 Poulantzas, Nicos: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg 1978, S. 119.
- 194 Gibt es eine moderne sozialistische Alternative? André Brie, stellvertretender Vorsitzender der PDS, sprach auf Konferenz über Aktualität des demokratischen Sozialismus, in: PDS-Pressedienst, Nr. 27, 12.7.1990, Beilage, S. 4.
- 195 Michael Brie (Berlin) in: Kommission Politische Bildung des Parteivorstandes der PDS (Hrsg.): Demokratischer Sozialismus. Materialien der Konferenz der PDS vom 8. Juli 1990 in Berlin, Berlin 1990, S. 86 und 87.
- 196 Brie: Die PDS, S. 30.
- 197 Gregor Gysi erklärte Mitte Mai 1990: «Der revolutionäre Sturz des Kapitalismus, verstanden im klassischen Sinne, steht ganz offenbar nicht auf der Tagesordnung. Und ist es nicht fraglich, ob dieser Weg überhaupt denkbar ist in einer Welt, in der Waffengewalt katastrophale Auswirkungen haben kann?» (Referat des Genossen Gregor Gysi, in: PDS – Auf dem Weg der Erneuerung, S. 29).
- 198 Ebd., S. 20 und 29.
- 199 Vgl. Auf der Grundlage des Statuts: Kommunistische Plattform in der SED-PDS, S. 299.
- 200 Kommunistische Plattform: Selbstverständnis und Ziele, in: links – Was und Wie, 2. Augustheft, 1990, S. 28 f.
- 201 Vgl. Thesen für eine Plattform der KommunistInnen in der PDS. 2. Entwurf, in: Parteivorstand der PDS (Hrsg.): PDS: Dokumente Juni 1990 – Januar 1991, Berlin 1991, S. 269.
- 202 Vgl. Falkner/Huber: Aufschwung PDS, S. 153. Nach 1990 versuchten führende KPF-Mitglieder, Stalin zumindest teilweise zu rehabilitieren. Vgl. ebd., S. 153 f.
- 203 Vgl. ebd.
- 204 Fred Beuchel in: Kommission Politische Bildung des Parteivorstandes der PDS (Hrsg.): Demokratischer Sozialismus, S. 83 f.
- 205 Kommunistische Plattform: Selbstverständnis und Ziele, S. 29.
- 206 Auskünfte von der und über die Kommunistische Plattform, Berlin o.J. (1990), S. 37.
- 207 Vgl. Gerner: Partei ohne Zukunft?, S. 82.
- 208 Auskünfte von der und über die Kommunistische Plattform, S. 10.
- 209 Thesen für eine Plattform der KommunistInnen in der PDS, S. 265. Vgl. auch Diskussionsangebot der Zentralen Koordinierungsgruppe der Kommunistischen Plattform der PDS an alle Kommunisten (Berlin, 20. September 1990), S. 1. ADS, PDS-PV - 204, Bl. 11.
- 210 Thesen für eine Plattform der KommunistInnen in der PDS, S. 266. Vgl. auch Überlegungen der Kommunistischen Plattform der PDS. Aus einem zusammenfassenden Material der Zentralen Koordinierungsgruppe, in: PDS-Pressedienst, Nr. 35, 7.9.1990, Beilage, S. 6.
- 211 Thesen für eine Plattform der KommunistInnen in der PDS, S. 266.
- 212 Ebd. Die PDS hatte dagegen in ihren Thesen zur Erneuerungskonferenz der Partei «die These von der historischen Mission der Arbeiterklasse» infrage gestellt. Vgl. Offen für alle fortschrittlichen und humanistischen Ideen und Ideale. Thesen für die Konferenz zur Erneuerung der Partei des Demokratischen Sozialismus (Entwurf), in: PDS: Dokumente Juni 1990 – Januar 1991, S. 64.
- 213 Vgl. Gysi/Falkner: Sturm, S. 123.
- 214 Lothar Hertzfeldt und Fred Beuchel gehörten bereits 1994 nicht mehr der KPF an. Marian Krüger, später lange Jahre Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die PDS bzw. DIE LINKE, wandte sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verbittert von der KPF ab. Vgl. Falkner/Huber: Aufschwung PDS, S. 152.
- 215 Vgl. Heinen, Wiljo: Der Unbotmäßige. Der Historiker Eberhard Czichon fühlt sich der Wahrheit verpflichtet. Heute feiert er seinen 85. Geburtstag, in: Junge Welt, 8.8.2015, S. 10, unter: [www.jungewelt.de/artikel/269881.de-unbotmaeige.html](http://www.jungewelt.de/artikel/269881.de-unbotmaeige.html) (abgerufen am 23.3.2020).
- 216 Vgl. Fraude, Andreas: «Reformsozialismus» statt «Realsozialismus»? Von der SED zur PDS, Münster/Hamburg 1993, S. 60. Auf der konstituierenden Versammlung der KPF am 30. Dezember 1989 wurde eine vorläufige zentrale Koordinierungsgruppe gebildet, der Werner Andree, Fred Beuchel, Marian Krüger, Annelie Schnakenburg und Karsten Wildanger angehörten. Vgl. Auf der Grundlage des Statuts: Kommunistische Plattform in der SED-PDS, S. 300. Die Zentrale Koordinierungsgruppe wurde auf der 3. KPF-Konferenz im Juni 1991 in einen 15-köpfigen Koordinierungsrat mit vier Sprechern umgewandelt. Vgl. Fraude: «Reformsozialismus» statt «Realsozialismus»?., S. 60.

- 217 Vgl. Moreau, Patrick: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn/Berlin 1992, S. 391.
- 218 Vgl. Fraude: «Reformsozialismus» statt «Realsozialismus?», S. 61.
- 219 Vgl. ebd., S. 65. Patrick Moreau hielt die Angabe für zu hoch gegriffen und meinte, diese Angabe müsse bei realistischer Einschätzung auf maximal 20.000 Sympathisant\*innen reduziert werden. Vgl. Moreau: PDS, S. 388. Nach Angaben von Moreau sei die KPf von Dezember 1990 bis März 1991 auf weniger als 10.000 Mitglieder geschrumpft. Vgl. ebd., S. 391 f.
- 220 Vgl. Holzhauser: Die «Nachfolgepartei», S. 43.
- 221 Die 1971 geborene Angela Marquardt repräsentierte diesen Flügel ab Januar 1991 im Parteivorstand der PDS. Vgl. PDS-Pressedienst, Nr. 1, 1992, S. 34 f.; Thorsten Holzhauser: Die «Nachfolgepartei», S. 43.
- 222 In diesem Positionspapier schrieb die AG Radikale Linke in der PDS: «Unsere Partei bezeichnet sich als Partei des demokratischen Sozialismus. Sie hat aber bisher nicht zu erkennen gegeben, worin sie sich konzeptionell und organisatorisch von einer Partei des (etwas) demokratisch(er)en Kapitalismus (und damit der Sozialdemokratie) unterscheidet» (Grundlagenpapier & Positionsbestimmung der Arbeitsgruppe Radikale Linke in der PDS: Sozialismus oder Barbareil., S. 1. ADS, PDS-PV - 192, Bl. 35).
- 223 Vgl. Kuppe, Johannes/Ammmer, Thomas: Von der SED zur PDS, Bonn 1991, S. 20; Fraude: «Reformsozialismus» statt «Realsozialismus?», S. 63; Moreau: PDS, S. 384.
- 224 Brie: Die PDS, S. 28.
- 225 Holzhauser: Die «Nachfolgepartei», S. 44.
- 226 Vgl. Brie: Die PDS, S. 27.
- 227 Gregor Gysi in: Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 311.
- 228 Holzhauser: Die «Nachfolgepartei», S. 47.
- 229 Vgl. Kommunalpolitische Konferenz der PDS, in: PDS-Pressedienst, Nr. 16, 26.4.1990, Beilage, S. 1.
- 230 Diskussionsbeitrag der Genossin Roth [auf der Tagung des Parteivorstandes der PDS am 25. August 1990]. ADS, PDS-PV - 072, Bl. 106.
- 231 Vgl. Schindler: Datenhandbuch, Bd. III, S. 3824.
- 232 Vgl. Bericht des Parteivorstandes an den 2. Parteitag der PDS, S. 45 f.
- 233 Vgl. Referat des Genossen Gregor Gysi, in: PDS – Auf dem Weg der Erneuerung, S. 45 f., 50 und 52.
- 234 Vgl. Kommission Parteienpluralismus/Bürgerinitiativen: Vorlage für den Parteivorstand der PDS. Betr.: Schwerpunkte zur weiteren Initiierung des Erneuerungsprozesses in der PDS – Diskussionsgrundlage, Berlin, 6.5.1990, S. 6. ADS, PDS-PV - 061, Bl. 113.
- 235 Wittich, Dietmar: Sozialstruktur von PDS-Mitgliedern, in: Niedermayer/Stöss (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch, S. 233.
- 236 Vgl. Wir haben die Pflicht und die Schuldigkeit zu kämpfen – nach vorn. Aus der Rede des Parteivorsitzenden Gregor Gysi auf der Parteivorstandssitzung am 9.8.1990, in: PDS-Pressedienst, Nr. 32, 17.8.1990, Beilage, S. 5.
- 237 Vgl. Tagung des Parteivorstandes der PDS am 12. und 13. Mai 1990 (Klausurtagung). ADS, PDS-PV - 061.
- 238 Vgl. Referat des Genossen André Brie, in: PDS – Auf dem Weg der Erneuerung, S. 9–11.
- 239 Referat des Genossen Gregor Gysi, in: PDS – Auf dem Weg der Erneuerung, S. 21.
- 240 Ebd., S. 25.
- 241 Ebd., S. 15 und 42.
- 242 Ebd., S. 31.
- 243 Vgl. PDS – Auf dem Weg der Erneuerung, S. 54–77.
- 244 Berichte über die Seminare, in: PDS – Auf dem Weg der Erneuerung, S. 56.
- 245 Ebd., S. 71.
- 246 Erklärung des Parteivorstandes der PDS, in: PDS – Auf dem Weg der Erneuerung, S. 76.
- 247 PDS unterstützt Unterschriftensammlung für neue Verfassung, in: PDS-Pressedienst, Nr. 20, 25.5.1990, S. 9.
- 248 Vgl. ebd.; Gewaltenteilung – Verfassungsstaat – Rechtsstaat. Aktive Mitwirkung der PDS am neuen Verfassungsentwurf/Volksabstimmung notwendig. Aus der Kommission Politisches System beim Parteivorstand, in: Partei des Demokratischen Sozialismus: dokumente, standpunkte, materialien. Auswahl. januar bis mai 1990, Berlin 1990, S. 107.
- 249 Vgl. Brief des Vorsitzenden der PDS Gregor Gysi: An die Mitglieder und Sympathisanten der PDS, in: PDS-Pressedienst, Nr. 22, 7.6.1990, S. 1 f.
- 250 Ebd., S. 2.
- 251 Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS gebildet, in: PDS-Pressedienst, Nr. 25, 28.6.1990, S. 7.
- 252 Vgl. Für Meinungspluralität in der Geschichtsbetrachtung. Information zur Konstituierung der Historischen Kommission an die Beratung des Parteivorstandes am 21. Juli, in: PDS-Pressedienst, Nr. 29, 26.7.1990, Beilage, S. 6.
- 253 Vgl. Nakath, Monika: Die PDS auf der Suche. Bericht über die Konferenz der PDS zum Thema «Demokratischer Sozialismus» am 8. Juli 1990 in Berlin, in: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 3, September 1990, S. 150.

- 254 Gibt es eine moderne sozialistische Alternative?, S. 2.  
 255 Ebd., S. 1.  
 256 Nakath: Die PDS auf der Suche, S. 150.  
 257 Ulla Plener (Berlin) in: Kommission Politische Bildung des Parteivorstandes der PDS (Hrsg.): Demokratischer Sozialismus, S. 43.  
 258 Isolde Bräuner (BRD) in: ebd., S. 59.  
 259 Nakath: Die PDS auf der Suche, S. 151.  
 260 Hans Modrow (Berlin) in: Kommission Politische Bildung des Parteivorstandes der PDS (Hrsg.): Demokratischer Sozialismus, S. 63.  
 261 Michael Brie (Berlin) in: ebd., S. 87.  
 262 Ebd., S. 90.  
 263 Vgl. Modrow: Wir wollen ein Deutschland, S. 19 und 20.  
 264 Jürgen Kuczynski in einem Brief an Gregor Gysi, Vorsitzender der Partei des Demokratischen Sozialismus, vom 13. Juli 1990. ADS, PDS-PV - 339, Bl. 50.  
 265 Ebd., Bl. 51.  
 266 Modrow: Wir wollen ein Deutschland, S. 18.  
 267 Vgl. Landesweite Aktionen der PDS, in: Neues Deutschland, 3.9.1990, S. 1.  
 268 Vgl. Bericht des Parteivorsitzenden Gregor Gysi an den 1. Parteitag der PDS (Fortsetzung) am 16. September 1990 (Entwurf, 14.9.1990), S. 7. ADS, PDS-PV - 202, Bl. 18.  
 269 Vgl. Kommission Organisation und Parteileben. Information für das Präsidium des Parteivorstandes der PDS. Betrifft: Aktuelle Lage in den Basisorganisationen nach der Aktionswoche, Berlin, 10.9.1990. ADS, PDS-PV - 338, Bl. 53/54.  
 270 Vgl. ebd.  
 271 Vgl. Bericht des Parteivorsitzenden Gregor Gysi an den 1. Parteitag der PDS (Fortsetzung) am 16. September 1990 (Entwurf, 14.9.1990), S. 8 bzw. Bl. 19; Aus dem Programm der Aktionswoche, in: PDS-Pressedienst, Nr. 34, 31.8.1990, S. 11.  
 272 Gregor Gysi in: Eine neue Partei?, S. 34 und 50.  
 273 Vgl. Zur Erneuerungskonferenz der PDS, in: Disput – Was und Wie?, 2. Septemberheft, 1990, S. 3.  
 274 Offen für alle fortschrittlichen und humanistischen Ideen und Ideale, S. 61.  
 275 Ebd., S. 73.  
 276 Ebd., S. 72.  
 277 Helga Adler in: Eine neue Partei?, S. 8.  
 278 Ebd.  
 279 Ebd.  
 280 Ebd., S. 11.  
 281 Vgl. Berichte der Arbeitskreise, in: Eine neue Partei?, S. 52, 54, 60 und 63.  
 282 Rainer Börner in: Berichte der Arbeitskreise, S. 67.  
 283 Vgl. Friedersdorff, Wolfram: Was erbrachte die wirtschaftspolitische Konferenz?, in: PDS-Pressedienst, Nr. 38, 28.9.1990, S. 5f.; Ders.: Quo vadis, Wirtschaft? Anmerkungen zur Konferenz «Wirtschaftspolitische Alternativen – Ziele und praktische Ansätze» am 22./23. September 1990 in Ballenstedt, in: Disput – Was und Wie?, 2. Oktoberheft, 1990, S. 4–6.  
 284 Ebd., S. 6.  
 285 Ebd.  
 286 Vgl. Regionale Umweltkonferenz der PDS in Leipzig-Markleeberg, in: PDS-Pressedienst, Nr. 39, 5.10.1990, Beilage, S. 12.  
 287 Klaus Steinitz: Bericht für die Sitzung des Parteivorstandes am 27.10.1990 über die Tätigkeit des Präsidiums (Berlin, 25. Oktober 1990). ADS, PDS-PV - 078, Bl. 10.  
 288 Vgl. Gabriele Zimmer, Landesvorsitzende Thüringen: Einfordern, was vor der Wahl versprochen wurde, in: PDS-Pressedienst, Nr. 41, 19.10.1990, S. 6.  
 289 Vgl. Kommission Organisation und Parteileben, Arbeitskreis Parteileben: Information für das Präsidium des Parteivorstandes. Zur aktuellen Lage in der Partei, Berlin, 28.9.1990, S. 4. ADS, PDS-PV - 338, Bl. 160.  
 290 Vgl. Wahlen bestimmen die Entwicklung für Jahre – Rede des PDS-Ehrenvorsitzenden Hans Modrow auf der Wahlkundgebung der Partei am 23. September in Leipzig, in: PDS-Pressedienst, Nr. 38, 28.9.1990, Beilage, S. 1.  
 291 Ebd., S. 3.  
 292 Vgl. infas-Report Wahlen: Die fünf neuen Bundesländer 1990. Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Analysen und Dokumente, Bonn-Bad Godesberg, Dezember 1990, S. 43 und 47.

- 293 Fast 900.000 stimmten für sozialistische demokratische Alternative. Erklärung des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS zu den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990, in: PDS-Pressedienst, Nr. 41, 19.10.1990, S. 1.
- 294 Gregor Gysi in: Eine neue Partei?, S. 23.
- 295 Höpcke, Klaus: Zur Eröffnung der Konferenz, in: Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS (Hrsg.): Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17./18. November 1990, Berlin 1991, S. 5.
- 296 Kinner, Klaus: Die KPD und die Demokratie von Weimar, in: ebd., S. 10.
- 297 Vgl. ADS, PDS-PV - 371, 399, 400 und 403.
- 298 Vgl. Orientierung für personelle, organisatorische und finanzielle Maßnahmen zur Errichtung von Kontaktbüros der PDS in der BRD. Beschluß des Präsidiums des Parteivorstandes vom 28.5.1990. ADS, PDS-PV - 311, Bl. 4.
- 299 Vgl. Falkner/Huber: Aufschwung PDS, S. 233; Gesamtdeutsches Koordinierungsbüro: Vorlage für das Präsidium des Parteivorstandes [der PDS]. Betreff: Notwendige Veränderungen der Aufgabenstellung der Kontaktbüros der PDS in Westdeutschland (Berlin, 19.10.1990). ADS, PDS-PV - 360, Bl. 178.
- 300 Vgl. Gysi, Gregor/Willering, Jochen: PDS – Problem und Chance für die Deutsche Linke, in: Lochner, Axel (Hrsg.): Linke Politik in Deutschland. Beiträge aus DDR und BRD, Hamburg 1990, S. 127.
- 301 Treffen mit PDS-Initiativen aus der BRD, in: PDS-Pressedienst, Nr. 29, 26.7.1990, S. 4.
- 302 Vgl. ebd., S. 3 f.
- 303 Vgl. Bubl, Frieder: Geburtsstunde eines linken Wahlbündnisses, in: PDS-Pressedienst, Nr. 30, 3.8.1990, S. 3; Knake-Werner, Heidi: Entwicklung und Stand in den westlichen Landesverbänd[en], in: Reader zur Entwicklung der PDS/Linken Liste in den westlichen Bundesländern, Hamburg, 9.3.1991, S. 62. ADS, PDS-PV - 092, Bl. 109.
- 304 Gohde, Claudia: Im Westen was Neues? Die PDS in den alten Bundesländern, in: Beinert, Heinz (Hrsg.): Die PDS – Phönix oder Asche? Eine Partei auf dem Prüfstand, Berlin 1995, S. 71. Der Politikwissenschaftler Michael Koß berichtete in diesem Zusammenhang von einem Streit, der um die Listenzusammensetzung zur Bundestagswahl entbrannt war: «Das Umfeld der KPF trat dafür ein, allein Kandidaten von DKP und ähnlichen Organisationen auf den Listen der PDS antreten zu lassen, während die Reformen vermittels prominenter Zugpferde auf offenen Listen Aufmerksamkeit und Wählerstimmen aus dem Westen gewinnen wollten. Im Westen konnte sich letztlich keine der Strategien durchsetzen» (Koß, Michael: Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen, in: Spier, Tim/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz [Hrsg.]: Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 122).
- 305 Vgl. Gustmann, Norbert: Listenverbindung und offene Listen, in: links – Was und Wie, 1. Septemberheft, 1990, S. 4. Parallel dazu eröffnete sich die Chance, mit den Bürgerbewegungen des Herbstes 1989 eine Wahlpartei mit dem Namen «Die Opposition» für die Bundestagswahl im Dezember 1990 aufzubauen, eine Chance, die aber sehr schnell wieder zerstob. Vgl. André Brie in: Land, Rainer/Possekel, Ralf: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren, Berlin 1998, S. 119; Trömmel: Der verhaltene Gang, S. 222–227.
- 306 Vgl. Falkner/Huber: Aufschwung PDS, S. 233–235; Neugebauer/Stöss: Die PDS, S. 45; Wilke, Manfred: VIII. Entstehung und Entwicklung der PDS, in: Eisenmann, Peter/Hirscher, Gerhard (Hrsg.): Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München 1992, S. 181 f.
- 307 Vgl. Falkner/Huber: Aufschwung PDS, S. 233–235.
- 308 Diskussionsbeitrag der Genossin Gabriele Zimmer [auf der Tagung des Parteivorstandes der PDS am 25. August 1990]. ADS, PDS-PV - 072, Bl. 168.
- 309 Ebd., Bl. 167.
- 310 Jutta Ditfurth in: Linke Liste/PDS. Für eine starke linke Opposition. Gesamtdeutscher Wahlkongress der Linken Liste/PDS, 15./16. September 1990, Berlin 1990, S. 19.
- 311 Helga Königsdorf in: ebd., S. 12 f.
- 312 Jacob Moneta in: ebd., S. 17.
- 313 Andrea Lederer in: ebd., S. 26 f.
- 314 Ebd., S. 26.
- 315 Wahlprogramm der LINKEN LISTE/PDS. Für eine starke linke Opposition, in: Linke Liste/PDS. Für eine starke linke Opposition, S. 47.
- 316 Ebd., S. 49.
- 317 Vgl. Vorwort, in: Linke Liste/PDS. Für eine starke linke Opposition, S. 5.
- 318 Vgl. Vom 1. Parteitag am 16.9.1990 beschlossene Veränderungen des Statutes der PDS, in: PDS: Dokumente Juni 1990 – Januar 1991, S. 163.
- 319 Für eine unüberhörbare Stimme der linken Opposition in Deutschland. Erklärung des 1. Parteitages der PDS vom 14.10.1990, in: ebd., S. 210–212.



- 320 Vgl. PDS tritt am 2.12. als einheitliche Partei an. Beschluß des PDS-Parteitag zur Bildung von Landesverbänden der PDS in den westlichen Bundesländern, in: ebd., S. 212.
- 321 Vgl. Gohde: Im Westen was Neues?, S. 72. Norbert Gustmann informierte am 22. Oktober 1990: «Hiermit teile ich Euch mit, daß sich bis zum heutigen Tag alle Landesverbände der PDS in den Ländern der ehemaligen BRD gegründet haben» (Gustmann, Norbert: Zentrales Wahlbüro/Öffentlichkeitsarbeit: An die Mitglieder des Präsidiums, an alle Landesvorsitzenden, an alle Landeswahlbüroleiter und an alle Sekretäre der Kommissionen des PV [der PDS], 22.10.90. ADS, PDS-PV - 339, Bl. 21).
- 322 Kuppe/Ammer: Von der SED zur PDS, S. 13.
- 323 Schneider: Die abgetriebene Revolution, S. 14.
- 324 Meuche-Mäker, Meinhard: Die PDS im Westen 1990-2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke, Berlin 2005, S. 16.
- 325 Wir brauchen Solidarität, Wärme, Vertrauen und Toleranz. Offener Brief Hans Modrows an die älteren Mitglieder der PDS, in: PDS: Dokumente Juni 1990 – Januar 1991, S. 206.
- 326 Bericht des Parteivorstandes an den 2. Parteitag der PDS, S. 43; vgl. auch Bericht des Parteivorstandes an den 2. Parteitag der PDS (Entwurf, Typoskript), S. 6/7. ADS, PDS-PV - 020, Bl. 34.
- 327 Die Partei verausgabte rund 280 Millionen Mark für die Gründung und Betreuung privater Gesellschaften (GmbH und Gewerbebetriebe), teilte Wolfgang Pohl als stellvertretender Parteivorsitzender Mitte Juni 1990 auf einer internationalen Pressekonferenz mit. Vgl. Zum Parteivermögen der PDS, S. 13.
- 328 Rede Gregor Gysis, Vorsitzender der PDS, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, S. 35.
- 329 Vgl. Brie: Die PDS, S. 26.
- 330 Vgl. Bericht des Parteivorstandes an den 2. Parteitag der PDS, S. 54.
- 331 Vgl. Ostdeutsch oder angepasst, S. 102.
- 332 Zit. in: Chronik der PDS 1989 bis 1997, S. 36.
- 333 Erklärung des Parteivorstandes der PDS: Selbstkorrektur und Demokratisierung, in: Neues Deutschland, 29.10.1990, S. 2.
- 334 Vgl. Ebd. In einer 15-stündigen Vorstandssitzung am 10. November 1990 beschloss der Parteivorstand bei nur einer Stimmhaltung, etwa 80 Prozent des Vermögens der PDS abzugeben. Nach Umsetzung des Beschlusses würden der Partei noch fünf Prozent des Ende 1989 vorhandenen ursprünglichen SED-Vermögens verbleiben. Vgl. Beschluß des Parteivorstandes vom 10. November 1990 über die Abgabe bzw. Verwendung des Parteivermögens, in: PDS: Dokumente Juni 1990 – Januar 1991, S. 236; Die Wurzeln der Krise sitzen tief. Zur Sitzung des Parteivorstandes vom 10. November, in: PDS-Pressedienst, Nr. 45, 16.11.1990, S. 1. Hans Modrow betonte auf dieser Vorstandssitzung, dass die Krise der Partei nicht mit der Finanzmanipulation entstanden, sondern offen zutage getreten sei: «Die Krise liegt in einem meiner Überzeugung nach falschen Verständnis dessen, was die Partei des Demokratischen Sozialismus ist, was sie werden soll und was sie tun kann» (Modrow, Hans: Die PDS muß offen und öffentlich arbeiten!, in: ebd., Beilage, S. 4).
- 335 Welzel: Von der SED zur PDS, S. 102 [Hervorhebungen im Original].
- 336 Falkner, Thomas: Von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur sozialistischen Partei in Deutschland, in: Bollinger, Stefan (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Berlin 2004, S. 204.
- 337 Vgl. Parteien: Keen Vertrauen. Die PDS beginnt sich von unten aufzulösen: Die Basis ist überaltert und durch die Finanzskandale demoralisiert, die meisten Funktionäre sind von gestern, in: Der Spiegel, 12.11.1990, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-13503289.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13503289.html) (abgerufen am 7.3.2020).
- 338 Vgl. Gregor Gysi in: Ostdeutsch oder angepasst, S. 98/99.
- 339 Vgl. Falkner/Huber: Aufschwung PDS, S. 232; Philipps, Ann L.: Transformation of the SED? The PDS One Year Later, Köln 1991, S. 7.
- 340 Vgl. Falkner/Huber: Aufschwung PDS, S. 230 f.
- 341 Vgl. Vogt, Ludgera: Das Kreuz der Vergangenheit. Zur politischen Werbung der PDS, in: Dörner, Andreas/Vogt, Ludgera (Hrsg.): Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne, Berlin/New York 1995, S. 362; Bortfeldt: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, S. 247.
- 342 Vgl. Keil, Silke I.: Wahlkampfkommunikation in Wahlanzeigen und Wahlprogrammen. Eine vergleichende inhaltsanalytische Untersuchung der von den Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD, FDP, B'90/Die Grünen und PDS vorgelegten Wahlanzeigen und Wahlprogramme in den Bundestagswahlkämpfen 1957–1998, Frankfurt am Main 2003, S. 221 f.
- 343 Vgl. ebd., S. 309.
- 344 Vgl. Zentrales Wahlbüro/Öffentlichkeitsarbeit: Analyse des Wahlergebnisses und der Wahlkampfführung der PDS/Linke Liste – Wahlen zum Deutschen Bundestag, 2. Dezember 1990, 14.12.1990, S. 19. ADS, PDS-PV - 085, Bl. 65.
- 345 Vgl. [Veranstaltung der Wahl-Tour der PDS am 29.11.1990 in Berlin]. ADS, PDS-PV - 364, Bl. 14.

- 346 Vgl. Gerner: Partei ohne Zukunft?, S. 47.
- 347 Vgl. Schindler: Datenhandbuch, Bd. I, S. 171 und 204; Die Fischer Chronik Deutschland 1949–1999, Sp. 903/904.
- 348 Auch in Ostdeutschland trat die PDS in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Thüringen als Linke Liste/PDS bzw. PDS/Linke Liste an und ging – mit leichten Differenzen von Bundesland zu Bundesland – Listenvereinigungen mit den linken Organisationen Vereinigte Linke (VL), Marxistische Jugendvereinigung «Junge Linke», Die Nelken, Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Freie Deutsche Jugend (FDJ) und Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD) ein. Vgl. Neugebauer/Stöss: Die PDS, S. 178.
- 349 Vgl. Schindler: Datenhandbuch, Bd. I, S. 171.
- 350 Vgl. infas-Report Wahlen: Bundestagswahl 1990. Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990. Analysen und Dokumente, Bonn-Bad Godesberg 1991, S. 114f.
- 351 Vgl. Die Landeswahlleiterin für Berlin: Wahl zum Abgeordnetenhaus für Berlin am 2. Dezember 1990 nach Bezirken und Parteien, unter: [www.wahlen-berlin.de/historie/wahlDatenbank/Tabellen/90agh2p.asp](http://www.wahlen-berlin.de/historie/wahlDatenbank/Tabellen/90agh2p.asp) (abgerufen am 16.3.2020).
- 352 Zentrales Wahlbüro/Öffentlichkeitsarbeit: Analyse des Wahlergebnisses und der Wahlkampfführung der PDS/Linke Liste – Wahlen zum Deutschen Bundestag, S. 2 bzw. Bl. 65.
- 353 Vgl. Bericht des Parteivorstandes an den 2. Parteitag der PDS, S. 43.
- 354 Vgl. Rede Gregor Gysis, Vorsitzender der PDS, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, S. 30.
- 355 Kleinert, Hubert: Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei, Bonn 1992, S. 251.
- 356 Vgl. Gysi, Gregor: Wer Zukunft will, muß die Gegenwart verändern, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, S. 30.
- 357 Bericht des Parteivorstandes an den 2. Parteitag der PDS, S. 42f.
- 358 Vgl. Gysi, Gregor: Wer Zukunft will, muß die Gegenwart verändern, S. 30.
- 359 Wolf, Harald: Zur Wahlauswertung und den weiteren Perspektiven, in: Reader zur Entwicklung der PDS/Linken Liste in den westlichen Bundesländern, S. 50 bzw. Bl. 103.
- 360 Vgl. Statut der SED/PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus, in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 440–442.
- 361 Vgl. ebd., S. 442–443.
- 362 Vgl. Statut der Partei des Demokratischen Sozialismus. Angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990, in: Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus, S. 115.
- 363 Vgl. ebd., S. 115–124.
- 364 Holzhauser: Die «Nachfolgepartei», S. 44.
- 365 Vgl. Statut der Partei des Demokratischen Sozialismus. Angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990, S. 122.
- 366 Vgl. Bildung eines Arbeitsbüros des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS (Beschluss des Präsidiums vom 26.4.1990). ADS, PDS-PV - 357, Bl. 8.
- 367 Ebd. Dem Arbeitsbüro gehörte auch der für Finanzen zuständige Leiter Wolfgang Langnitschke an (vgl. ebd.), dessen Name mit dem als Putnik-Affäre bekannt gewordenen Finanzskandal der PDS verbunden ist.
- 368 Ebd.
- 369 Vgl. Benser, Günter: Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2013.
- 370 Zum Vergleich: Die SED hatte zum Stichtag 31. Oktober 1989 rund 2,3 Millionen Mitglieder. Vgl. Wittich: Sozialstruktur von PDS-Mitgliedern, S. 227.
- 371 Vgl. Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS 1989 bis 1994, Berlin 1995, S. 11; Neugebauer, Gero/Reister, Hugo: PDS und Gewerkschaften, Bonn 1996, S. 14; Bortfeldt: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, S. 176; Aktuelle Mitgliederzahl der PDS: 350.491, in: PDS-Pressedienst, Nr. 23, 14.6.1990, S. 23; Rede Gregor Gysis, Vorsitzender der PDS, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, S. 25; Arbeitskreis Parteien: Information für das Präsidium des Parteivorstandes über die zahlenmäßige Stärke der PDS in den neuen Bundesländern sowie ein erster Überblick über vorliegende Mitgliederzahlen aus den alten Bundesländern, Berlin, 22.1.1991, S. 1–4. ADS, PDS-PV - 344, Bl. 66 und 67.
- 372 Vgl. Aktuelle Mitgliederzahl der PDS: 350.491, S. 23.
- 373 Vgl. Brie: Die PDS, S. 14.
- 374 Vgl. isda – Institut für Sozialdatenanalyse e.V.: Mitgliederbefragung der PDS 1991. Strukturen, politische Aktivitäten und Motivationen in der PDS. Forschungsbericht – Diskussionsfassung, Berlin 1991, S. 5.
- 375 Vgl. Aktuelle Mitgliederzahl der PDS: 350.491, S. 23; Rede Gregor Gysis, Vorsitzender der PDS, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, S. 25.
- 376 Vgl. Aktuelle Mitgliederzahl der PDS: 350.491, S. 23.
- 377 Vgl. Rede Gregor Gysis, Vorsitzender der PDS, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, S. 25.
- 378 Vgl. isda: Mitgliederbefragung, S. 8 und 44.

- 379 Ebd., S. 7.
- 380 Vgl. Schindler: Datenhandbuch, Bd. I, S. 238.
- 381 Vgl. infas-Report Wahlen: Bundestagswahl 1990, S. 81 und 90.
- 382 Vgl. infas-Report Wahlen: Die fünf neuen Bundesländer 1990, S. 69, 73 und 77.
- 383 Für die Zeit vom Dezember 1989 bis zum Dezember 1990 vgl. Nakath u. a.: «Im Kreml brennt noch Licht», S. 72–256.
- 384 Vgl. Beschluß des Präsidiums des Parteivorstandes [der SED/PDS]. Die Beziehungen zur KPdSU und zur UdSSR (11.01.1990). ADS, PDS-PV - 310, Bl. 1–9.
- 385 Vgl. Dok. Nr. 19. Niederschrift über ein Gespräch von Gregor Gysi, Vorsitzender der SED/PDS, mit Michail Gorbatschow, KPdSU-Generalsekretär und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, am 2. Februar 1990 in Moskau, in: Nakath u. a.: «Im Kreml brennt noch Licht», S. 134–159.
- 386 Vgl. Information über ein Gespräch des Genossen Hans Modrow mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Genossen V. M. Falin, am 24. Juli 1990 in Moskau. ADS, PDS-PV - 196, Bl. 27–32.
- 387 Vgl. Kommission Internationale Politik: Bericht über den Aufenthalt der Lektorengruppe des Parteivorstandes der PDS in der UdSSR (24.9.–2.10.1990). ADS, PDS-PV - 208, Bl. 77–89.
- 388 Vgl. Information über das Treffen von Vertretern mittel- und osteuropäischer Parteien in Berlin (Berlin, 5.11.1990). ADS, PDS-PV - 339, Bl. 118–120; Kommission Internationale Politik: Vorlage für das Präsidium des Parteivorstandes der PDS. Bericht über die Teilnahme einer Delegation der PDS am Treffen linker Parteien aus Mittel- und Osteuropa am 14. und 15.11.1990 in Moskau (Berlin, 16.11.1990). ADS, PDS-PV - 222, Bl. 21–32.
- 389 Vgl. Kommission Internationale Politik: Information zum Delegations- und Erfahrungsaustausch mit ausländischen Parteien und Bewegungen im Jahre 1990 (Berlin, 7.12.1990). ADS, PDS-PV-340, Bl. 125–133.
- 390 Vgl. Kommission Internationale Politik: Bericht über die Gespräche von Maxime Gremetz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Französischen Kommunistischen Partei, am 5.12.1990 im Parteivorstand der PDS (Berlin, 6.12.1990). ADS, PDS-PV - 340, Bl. 84.
- 391 Vgl. Kommission Internationale Politik: Information für das Präsidium des Parteivorstandes [der PDS]. Betrifft: Besuch des Vorsitzenden der Union der Kommunisten Belgiens, Louis Van Geyt, vom 19. bis 22.6.1990 in der DDR (Berlin, 3.7.1990). ADS, PDS-PV-336, Bl. 131–135.
- 392 Vgl. Kommission Internationale Politik: Information über den Besuch des Genossen Wladimir Pomar, Mitglied des Exekutivkomitees der Partei der Werktätigen Brasiliens, vom 29.6. bis 4.7.1990 in Berlin (Berlin, 4.7.1990). ADS, PDS-PV - 336., Bl. 243–247.
- 393 Vgl. Kommission Internationale Politik: Information für das Präsidium des Parteivorstandes [der PDS]. Betrifft: Vermerk über ein Gespräch mit dem Beauftragten des ZK der Frelimo-Partei in der DDR, Hermenegildo Infante, am 27. Juni 1990. ADS, PDS-PV - 336, Bl. 127–130.
- 394 Vgl. Vermerk über ein Gespräch des Genossen Jochen Willerding, Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der SED-PDS, mit dem Erziehungsminister Nikaraguas, Genossen Fernando Cardenal, am 29.12.1989 (Berlin, 2.1.1990). ADS, PDS-PV - 297, Bl. 13–15.
- 395 Vgl. Kommission Internationale Politik: Bericht über den Aufenthalt des Genossen Willerding, Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS, am 22. Mai 1990 in Prag (Berlin, 23.5.1990). ADS, PDS-PV - 335, Bl. 101–116.
- 396 Vgl. Kommission Internationale Politik: Information für das Präsidium des Parteivorstandes [der PDS]. Betrifft: Über den Aufenthalt einer Delegation der Reichstagsfraktion des Finnischen Linksbundes vom 21. bis 23. Mai 1990 in Berlin (Berlin, 29.5.1990). ADS, PDS-PV - 335, Bl. 168–173.
- 397 Vgl. Kommission Internationale Politik: Information über den Aufenthalt des Genossen Hans Modrow vom 24. bis 26.09.1990 in Finnland (Berlin, 1.10.1990). ADS, PDS-PV - 206, Bl. 20–23.
- 398 Vgl. Dürkop/Gehler (Hrsg.): In Verantwortung, S. 479; Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, S. 463 und 465–467.
- 399 Vgl. Kommission Internationale Politik: Informationen für das Präsidium des Parteivorstandes der PDS. Bericht über die Tagung des Liaison-Komitees der Bewegung »Europäische Nukleare Abrüstung (END)« in Brüssel am 8./9. Dezember 1990 (Berlin, 12.12.1990). ADS, PDS-PV - 340, Bl. 115–122.
- 400 Vgl. Parteivorstand der PDS: Vorlage für das Präsidium des Parteivorstandes [der PDS]. Betrifft: Herausgabe und Versand eines »AUSLANDSBULLETIN«s der Kommission Internationale Politik des Parteivorstandes der PDS (Berlin, 24.9.1990). ADS, PDS-PV - 205, Bl. 63; Festlegungsprotokoll der 54. Sitzung des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS vom 3. Oktober 1990. ADS, PDS-PV - 205, Bl. 6.
- 401 Vgl. Kommission Internationale Politik: Äußerungen und Vorschläge ausländischer Teilnehmer an der Erneuerungskonferenz (Berlin, 10.9.1990). ADS, PDS-PV - 338, Bl. 77–83.
- 402 Vgl. Eröffnung des 2. Parteitages durch Hans Modrow, Ehrenvorsitzender der PDS, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, S. 3.
- 403 Vgl. Rede Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, S. 25 und 26.

- 404 Ebd., S. 27.
- 405 Brie: Die PDS, S. 27.
- 406 Der WASG-Strategie Ralf Krämer schrieb 2004 zu Recht: «Die PDS ist nicht in der Lage, den überwiegenden Teil des Potentials für eine wahlpolitische Alternative [in den alten Bundesländern; J.W.] auszuschöpfen. Für einen Großteil des Potentials ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonstwie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen kommt sie nicht in Frage» (Für eine wahlpolitische Alternative 2006 [1. Aufruf], in: Troost, Axel/Händel, Thomas [Hrsg.]: Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN. Eine Geschichte der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit [WASG], Hamburg 2016, S. 236). Ähnlich urteilte Meinhard Meuche-Mäker 2005: Die PDS «ist in der [westdeutschen; J. W.] Gesellschaft weitgehend nicht akzeptiert und hat keinen ausreichenden elektoralen Zuspruch erhalten» (Meuche-Mäker, Meinhard: Die PDS im Westen 1990–2005, Berlin 2005, S. 7).
- 407 Vgl. Rede Dietmar Bartschs, Schatzmeister der PDS, zu Finanzfragen, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, S. 209 f.
- 408 Exemplarisch schrieb Heinrich Bortfeldt Mitte 1991: «Der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag 1994 gilt als ausgeschlossen. Mit einem gesamtdeutschen Wählerpotential von 1 bis 2 Prozent ist die PDS auf dem Wege in die politische Bedeutungslosigkeit» (Bortfeldt: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, S. 295). Und der deutsch-französische Politikwissenschaftler Patrick Moreau prophezeite im selben Jahr: «Die Partei scheint uns dem Untergang geweiht» (Moreau: PDS, S. 459).
- 409 Neugebauer: Von der SED zur PDS 1989 bis 1990, S. 116.
- 410 Welzel: Von der SED zur PDS, S. 128.
- 411 Zit. in: Chronik der PDS 1989 bis 1997, S. 55 f.
- 412 Dietzel, Horst: Von der PDS-Programmatik zum Programmwurf der Partei DIE LINKE, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 2011/I, Januar, S. 60 f.
- 413 Vgl. ebd., S. 61.
- 414 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (Entwurf der Redaktionsgruppe vom 14.12.1992), S. 1. ADS, PDS-PV - 140, Bl. 10.
- 415 Ebd., S. 3 bzw. Bl. 11.
- 416 Ebd., S. 4 bzw. Bl. 11.
- 417 Marx und Engels hatten formuliert: «An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist» (Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Band 4, Berlin 1959, S. 482).
- 418 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (Entwurf der Redaktionsgruppe vom 14.12.1992), S. 11. ADS, PDS-PV - 140, Bl. 15.
- 419 Ebd.
- 420 Ebd., S. 33 bzw. Bl. 27.
- 421 Ebd.
- 422 Ebd., S. 12 bzw. Bl. 15.
- 423 Ebd.
- 424 Vgl. Parteivorstand der PDS: Sachprotokoll zur Sitzung des Parteivorstandes am 21. Dezember 1992, Berlin, 22.12.1992, S. 1. ADS, PDS-PV - 140, Bl. 1.
- 425 Dietzel: Von der PDS-Programmatik zum Programmwurf der Partei DIE LINKE, S. 66.
- 426 Der Text des beschlossenen Programms wich nur geringfügig vom Entwurf der Grundsatzkommission vom 14. Dezember 1992 ab. In einem Punkt gab es jedoch noch eine wesentliche Präzisierung: Anstelle des Satzes «Diese Gesellschaft umzugestalten, ihre entwicklungsoffenen Potenzen und zivilisatorischen Errungenschaften gleichzeitig zu bewahren und auszubauen – das sind die wichtigsten Herausforderungen der Gegenwart» trat die folgende, den demokratischen Weg einer gesellschaftlichen Umgestaltung betonende Formulierung: «Diese Gesellschaftsstruktur demokratisch zu überwinden, dabei ihre entwicklungsoffenen Potenzen und zivilisatorischen Errungenschaften zu bewahren und auszubauen – das ist die wichtigste Herausforderung der Gegenwart.» Vgl. Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993), in: Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm und Statut, Berlin 1993, S. 4.
- 427 Woderich, Rudolf: Vorwort zu: Brie/Woderich (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem, S. 7.

## ANHANG

### 1 Zeittafel zur Geschichte der Partei des Demokratischen Sozialismus vom Dezember 1989 bis Dezember 1990<sup>1</sup>

1989	
3. Dezember 1989	Konstituierung des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages der SED.
8./9. Dezember 1989	Außerordentlicher Parteitag der SED in Berlin, auf dem die Delegierten einen radikalen Bruch mit dem Stalinismus vollziehen und sich zu den Prinzipien eines demokratischen Sozialismus bekennen. Wahl Gregor Gysis zum Parteivorsitzenden, eines Parteivorstandes und einer Schiedskommission.
9. Dezember 1989	Konstituierende Sitzung des Parteivorstandes. Wahl von Hans Modrow, Wolfgang Berghofer und Wolfgang Pohl zu stellvertretenden Parteivorsitzenden und Wahl eines Arbeitspräsidiums.
16./17. Dezember 1989	Fortsetzung des Außerordentlichen Parteitages der SED in Berlin, der ein neues Parteistatut, das programmatische Dokument «Was will die Partei?», die Umbenennung in SED/PDS, die Bildung und Wahl einer Statuten- und Programmkommission und die Bildung eines Rates der Alten beim Parteivorstand beschließt.
30. Dezember 1989	Konstituierung einer Kommunistischen Plattform (KPF) in der SED/PDS.
1990	
4. Januar 1990	Das Präsidium der SED/PDS beschließt eine neue Struktur der Führungsspitze und eine demokratische, basisorientierte Arbeitsweise, eine Reduzierung der Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und die Auflösung der bisherigen ZK-Abteilungen.
6. Januar 1990	Konstituierung eines Sozialdemokratischen Studienkreises (SDS) in der SED/PDS (auch Sozialdemokratische Plattform genannt).

7. Januar 1990	Vorstellung einer Plattform Demokratischer Sozialismus an der Karl-Marx-Universität Leipzig.
9. Januar 1990	Veröffentlichung einer Politischen Plattform 3. Weg in der SED/PDS.
12. Januar 1990	Konstituierung eines Beirates der Alten beim Parteivorstand der SED/PDS.
16. Januar 1990	Konstituierung einer Plattform Demokratischer Sozialismus in der SED/PDS in Berlin.
18. Januar 1990	Ein Treffen von Vertreter*innen verschiedener Plattform mit Mitarbeiter*innen der Akademie der Wissenschaften fordert in einer Erklärung die Auflösung der SED/PDS.
19. Januar 1990	Eine Zusammenkunft von Anhänger*innen des Erhalts der SED/PDS aus der ganzen DDR, insbesondere Initiativgruppen PDS, in Berlin lehnt eine Auflösung der Partei ab, verlangt aber ihre zügige Transformation.
20. Januar 1990	Grundsatzdiskussion im Parteivorstand der SED/PDS über Fortbestand oder Auflösung der Partei. Ein Beschluss gegen die Auflösung wird mit 76 Stimmen bei zehn Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen.
21. Januar 1990	Die Schiedskommission der SED/PDS schließt 14 Mitglieder der früheren SED-Führung aus der Partei aus, darunter Egon Krenz, Kurt Hager und Günter Schabowski. Der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Berghofer verlässt die SED/PDS. Seinem Schritt folgen 39 leitende Funktionäre in Dresden. Eine neue Austrittswelle nimmt ihren Anfang, nachdem bereits von Mitte Dezember 1989 bis Anfang Januar 1990 rund eine Viertelmillion Mitglieder ausgetreten war.
24. Januar 1990	Die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft (ein Zusammenschluss von Mitgliedern der Plattformen 3. Weg, WF, Sozialdemokratische Plattform und KPF) ruft in einer Presseerklärung dazu auf, neben den bestehenden Parteistrukturen einen unabhängigen Diskussionskreis reformorientierter Kräfte zur Erneuerung der SED/PDS zu gründen.
25. Januar 1990	Das Präsidium der SED/PDS beschließt Maßnahmen zur weiteren Reduzierung des Parteiapparates sowie die Einrichtung eines Zentralen Wahlbüros.
1. Februar 1990	DDR-Ministerpräsident Hans Modrow stellt nach Konsultationen mit der Spitze der KPdSU auf einer Pressekonferenz in Berlin sein Konzept «Für Deutschland, einig Vaterland» vor. Das Präsidium der SED/PDS verabschiedet eine Erklärung, in der eine sofortige Vereinigung der DDR mit der BRD als nicht möglich bezeichnet wird.
3. Februar 1990	Gründung einer AG Junge GenossInnen.
4. Februar 1990	Der Parteivorstand beschließt, den Doppelnamen SED/PDS aufzugeben und fortan den Namen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zu führen. Entsprechend einem Aufruf der Initiativgruppe Berlin konstituieren bei einem Landestreffen rund 1.000 Parteimitglieder aus allen Bezirken der DDR die Initiativbewegung PDS.

16. Februar 1990	Eine «Initiativgruppe zur revolutionären Erneuerung» in der PDS veranstaltet in Dresden gemeinsam mit anderen Organisationen eine «Konferenz für linkes Denken in Deutschland und Europa», an der über 300 Gäste aus der DDR, der BRD und dem Ausland teilnehmen.
24./25. Februar 1990	Der 1. Parteitag der PDS in Berlin beschließt das Parteiprogramm, das Wahlprogramm zur Volkskammerwahl im März 1990, das Statut, ein Frauenaktionsprogramm und ein jugendpolitisches Aktionsprogramm. Er wählt Gregor Gysi erneut zum Vorsitzenden und Hans Modrow zum Ehrenvorsitzenden der Partei und nominiert die Kandidat*innen der PDS zur Volkskammerwahl. Da rund ein Drittel der Vorstandsmitglieder seit dem Parteitag im Dezember 1989 aus dem Vorstand ausgetreten ist, finden Nachwahlen zum Parteivorstand statt.
8. März 1990	Auf einer Tagung des Parteivorstandes der PDS erfolgen Nachwahlen zum Präsidium und die Bestätigung neuer Leiter*innen von Kommissionen der Partei.
18. März 1990	Bei der ersten freien Wahl zur Volkskammer der DDR erzielt die PDS beachtliche 1.892.381 Stimmen (16,4 Prozent) und damit 66 Mandate.
24./25. März 1990	Gründung einer AG Lesben- und Schwulenpolitik in der PDS.
31. März 1990	Der Parteivorstand der PDS beschließt, den Beobachterstatus bei der Sozialistischen Internationale (SI) zu beantragen.
21. April 1990	Kommunalpolitische Konferenz der PDS mit Kommunalpolitiker*innen, Betriebsleiter*innen, Wissenschaftler*innen und Mitgliedern von Bezirks- und Kreisvorständen in Berlin.
6. Mai 1990	Bei den letzten Kommunalwahlen in der DDR kommt die PDS nur noch auf 14,6 Prozent der Stimmen, behauptet allerdings ihren dritten Platz hinter CDU und SPD. Sie gewinnt rund 10.000 Mandate und stellt 305 Bürgermeister*innen.
26. Mai 1990	Gründungsversammlung der Frauen-Arbeitsgemeinschaft LISA der PDS in Berlin.
30. Mai 1990	Gründung einer AG Christ*innen bei der PDS in Berlin.
2. Juni 1990	Nachdem auf Vorschlag der Deutschen Sozialen Union (DSU) am 31. Mai 1990 die Volkskammer die Einsetzung einer «Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen der DDR» beschlossen hatte, demonstrierten zwei Tage später 65.000 Menschen im Berliner Lustgarten gegen diese «Lex PDS».
9. Juni 1990	Konstituierung einer Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS.
16. Juni 1990	Der Parteivorstand der PDS wählt Marlies Deneke und André Brie als stellvertretende Parteivorsitzende.
23. Juni 1990 <sup>2</sup>	Auf der konstituierenden Sitzung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS betonen die Teilnehmer*innen, dass es für die PDS kein parteioffizielles Geschichtsbild geben könne.

8. Juli 1990	Konferenz «Demokratischer Sozialismus» in Berlin, auf der 1.200 Teilnehmer*innen die Kooperation linker Kräfte in Deutschland diskutieren. Vorangegangen ist ein längerer intensiver Diskussionsprozess in den Basisorganisationen zum Selbstverständnis der PDS sowie zu Inhalt und Chancen eines demokratischen Sozialismus.
28./29. Juli 1990	Etwa 500 Ostdeutsche und Westdeutsche diskutieren in Köln zum Thema «Anschluss der DDR – Anschlussfragen der Linken» und formulieren den Aufruf zu einem Wahlbündnis PDS/Linke Liste «Gegen den deutschen Triumphalismus!».
4. August 1990	Konstituierung der Wahlpartei Linke Liste/PDS in Berlin.
5. August 1990	Bildung des Beirates der Linken Liste/PDS als erste gemeinsame Struktur von Bündnispartnern der PDS in Ost und West.
9. August 1990	Eine außerordentliche Tagung des Parteivorstandes der PDS beschließt eine Listenverbindung unter dem Namen Linke Liste/PDS für die bevorstehenden ersten gesamtdeutschen Wahlen.
18. August 1990	In Hamburg konstituiert sich eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft von PDS-Initiativen und PDS-Freundeskreisen.
8./9. September 1990	Erneuerungskonferenz der PDS in Berlin. Schwerpunkte sind die Aufarbeitung der Geschichte, die Programm- und Sozialismuskonzeption in der Partei und ihre Rolle als Teil der Linken in einem vereinigten Deutschland.
15./16. September 1990	Gesamtdeutscher Wahlkongress der Linken Liste/PDS in Berlin mit jeweils 400 Teilnehmer*innen aus der DDR und aus der BRD.
16. September 1990	Die 2. Tagung des 1. Parteitages der PDS in Berlin beschließt das Wahlprogramm zur Bundestagswahl sowie Änderungen des Statuts und beruft den 2. Parteitag ein.
20. September 1990	Gegen die Stimmen der PDS und einzelner Abgeordneter anderer Fraktionen erteilt die Volkskammer dem Einigungsvertrag ihre Zustimmung.
22. September 1990	Gründungskonferenz des Kommunalpolitischen Forums der PDS in Berlin. Zum Elbwiesenfest der Dresdner PDS kommen rund 10.000 Gäste.
22./23. September 1990	Konferenz zur Wirtschafts- und Betriebsarbeit der PDS in Ballenstedt (Harz).
4. Oktober 1990	Nach dem Ende der Existenz der DDR am 2. Oktober 1990 nehmen 144 ehemalige Abgeordnete der Volkskammer, darunter 23 Vertreter*innen der PDS, erstmals an einer Bundestagssitzung teil.
6. Oktober 1990	Umweltkonferenz der PDS.
14. Oktober 1990	Bei den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern erzielt die PDS insgesamt 11,6 Prozent der Stimmen und behauptet sich – trotz eines Rückgangs ihres Stimmenanteils um 4,8 Prozent gegenüber der Volkskammerwahl im März 1990 – als drittstärkste Kraft im Osten.



14. Oktober 1990	Die 3. Tagung des 1. Parteitages der PDS in Berlin verabschiedet die Erklärung «Für eine unüberhörbare Stimme der linken Opposition in Deutschland!». Da der Bundeswahlleiter am 9. Oktober 1990 mitgeteilt hatte, dass Listenverbindungen von politischen Gruppierungen aus der DDR und der BRD nicht statthaft seien, beschließt die Tagung, zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 als PDS bzw. PDS/Linke Liste anzutreten und Landesverbände der PDS in den westlichen Bundesländern zu bilden.
Zweite Oktoberhälfte 1990	Als Putnik-Affäre bekannt gewordener Finanzskandal der PDS, bei dem mit einer illegalen Transaktion versucht worden war, Parteivermögen ins Ausland zu verschieben, um es vor dem Zugriff staatlicher Stellen in der BRD zu sichern. Der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Pohl übernimmt die Verantwortung und tritt zurück. Der Finanzskandal löst eine neuerliche Austrittswelle aus und stürzt die Partei in eine tiefe Krise. Die Vorgänge forcieren allerdings auch den innerparteilichen Klärungsprozess über das Selbstverständnis der PDS.
28. Oktober 1990	Auftaktkundgebung der PDS auf dem Alexanderplatz in Berlin zum Bundestagswahlkampf. Der Rat der Kreisvorsitzenden als beratendes Gremium zur Unterstützung des Parteivorstandes und seines Präsidiums wird beim Parteivorstand der PDS konstituiert.
29. November 1990	Abschlusskundgebung des PDS-Wahlkampfes mit 8.500 Teilnehmer*innen in der Deutschlandhalle in Berlin.
2. Dezember 1990	Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl zum Bundestag kann die PDS – angetreten als PDS/Linke Liste (PDS/LL) – 1.129.578 Zweitstimmen (2,4 Prozent) auf sich vereinigen und mit 17 Abgeordneten in das Parlament einziehen. Im Vergleich zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 verliert sie jedoch fast die Hälfte ihrer Wählerschaft. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus erzielt die PDS 9,2 Prozent der Stimmen und 23 Mandate.

## **2 Zusammensetzung des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages der SED<sup>3</sup>**

- Kroker, Herbert (Vorsitzender)
- Albrecht, Heinz (Stellvertretender Vorsitzender)
- Klein, Dieter (Stellvertretender Vorsitzender)
- Maleck-Lewy, Eva (Stellvertretende Vorsitzende)
- Zimmermann, Brigitte (Pressesprecherin)
- Audehm, Hans-Jürgen
- Berghofer, Wolfgang
- Bisky, Lothar
- Brombacher, Ellen
- Claus, Roland
- Gysi, Gregor
- Hahn, Hansjoachim
- Höpcke, Klaus
- Hülsenberg, Dagmar
- Kertscher, Norbert
- Meier, Bernd
- Pechauf, Peter
- Peck, Ulrich
- Pohl, Wolfgang
- Postler, Erich
- Schulz, Gerd
- Thiel, Wolfgang
- Vietze, Heinz
- Wolf, Markus
- Wötzel, Roland

## **3 Parteitage der PDS**

- Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS am 8./9. und am 16./17. Dezember 1989 in Berlin
- 1. Parteitag der PDS, 1. Tagung am 24./25. Februar 1990 in Berlin (Wahlparteitag)
- 1. Parteitag der PDS, 2. Tagung am 16. September 1990 in Berlin
- 1. Parteitag der PDS, 3. Tagung am 14. Oktober 1990 in Berlin

## **4 Zusammensetzung des Parteivorstandes der PDS**

### ***4.1 Zusammensetzung des Parteivorstandes der SED/PDS im Ergebnis der Wahl auf dem Parteitag in Berlin im Dezember 1989<sup>4</sup>***

- Gysi, Gregor (Vorsitzender)
- Berghofer, Wolfgang (Stellvertretender Vorsitzender)
- Modrow, Hans (Stellvertretender Vorsitzender)

- Pohl, Wolfgang (Stellvertretender Vorsitzender)
- Albrecht, Heinz
- Aurich, Hans-Peter
- Becker, Beate
- Bertl, Martina
- Bisky, Lothar
- Böttcher, Maritta
- Breidel, Eberhard
- Brie, Michael
- Calvelage, Heinz
- Claus, Roland
- Damisch, Wolfgang
- Deneke, Marlies
- Eilers, Helmut
- Falkner, Thomas
- Finger, Klaus
- Fischer, Reinhard
- Friedrich, Heiner
- Gille, Ina
- Grube, Udo
- Grunwald, Heiko
- Hahn, Hansjoachim
- Hahn, Werner
- Här, Uwe
- Hass, Hans
- Hegewald, Helmar
- Hillmann, Klaus-Peter
- Hisza, Marita
- Höpcke, Klaus
- Hummitzsch, Rudolf
- Janz, Raik
- Jungnickel, Monika
- Kertscher, Norbert
- Klotzbach, Bernd
- Kollowa, Karsten
- König, Gerd
- Koschitzke, Wolf-Rainer
- Kraft, Gebhard
- Krawczyk, Hubert
- Kroll, Wilfried
- Kucklick, Bernd

- Lehnert, Eberhard
- Leube, Günter
- Lüdtke, Hans-Joachim
- Ludwig, Ingolf
- Luhn, Rolf
- Lüttig, Jürgen
- Matzky, Fred
- Meier, Bernd
- Meinecke, Manfred
- Mocek, Reinhard
- Nolte, Günter
- Nowakowski, Norbert
- Oberländer, Klaus
- Ohms, Egbert
- Ott, Gerd
- Pawlitzky, Eric
- Peck, Ulrich
- Petschow, Klaus-Dieter
- Pohl, Jürgen
- Radestock, Peter
- Recla, Jürgen
- Reimann, Holger
- Rendgen, Klaus
- Reseck, Erika
- Richter, Herbert
- Röhl, Joachim
- Römer, Klaus
- Rump, Bernd
- Scheler, Wolfgang
- Scheringer, Konrad
- Scherzer, Landolf
- Schlosser, Adelheid
- Schmidt, Bettina
- Schulz, Sophie
- Schumann, Fritz
- Schuster, Klaus-Dieter
- Selau, Hartmut
- Selle, Olaf
- Sladko, Joachim
- Steckhan, Rosemarie
- Steinmüller, Bärbel

- Strasen, Klaus-Peter
- Stuhlmacher, Waltraude
- Thiel, Wolfgang
- Türk, Lothar
- Vietze, Heinz
- Vogel, Hans-Joachim
- Volkmer, Günter
- Werner, Monika
- Wildgrube, Horst
- Willerding, Hans-Joachim
- Willing, Rainer
- Willnauer, Ralf Horst
- Wirries, Axel
- Wolf, Jens
- Wötzel, Roland
- Zimmer, Gabriele

#### *4.2 Zusammensetzung des Parteivorstandes der PDS im Ergebnis der Nachwahl auf dem Parteitag in Berlin im Februar 1990<sup>5</sup>*

- Gysi, Gregor (Vorsitzender)
- Modrow, Hans (Ehrevorsitzender)
- Pohl, Wolfgang (Stellvertretender Vorsitzender)

#### *Mitglieder des Parteivorstandes*

- Adler, Helga
- Albrecht, Heinz
- Aurich, Hans-Peter
- Bertl, Martina
- Bischoff, Petra
- Bisky, Lothar
- Börner, Rainer
- Böttcher, Maritta
- Bredel, Eberhard
- Brie, André
- Brückner, Annemarie
- Bützow, Anke
- Claus, Roland
- Deneke, Marlies
- Doberenz, Bernd
- Eilers, Helmut
- Elger, Rüdiger

- Falkner, Thomas
- Ferchland, Britta
- Finger, Klaus
- Fischer, Reinhard
- Framke, Katrin
- Friedrich, Heiner
- Grube, Udo
- Här, Uwe
- Hahn, Werner
- Hass, Hans
- Hegewald, Helmar
- Höpcke, Klaus
- Hotz, Wolfgang
- Jahns, Barbara
- Janz, Raik
- Jungnickel, Monika
- Kertscher, Norbert
- Kielau, Iris
- Klotzbach, Bernd
- Klug, Margitta
- Kogel, Iris
- Kollowa, Karsten
- Koschitzke, Wolf-Rainer
- Krawczyk, Hubert
- Kucklick, Bernd
- Laasch, Friedrich-Otto
- Lange, Irene
- Lehnert, Eberhard
- Leube, Günter
- Lüdtke, Hans-Joachim
- Lüttig, Jürgen
- Matzky, Fred
- Meier, Bernd
- Mocek, Reinhard
- Müller, Andrea
- Müller, Heidemarie
- Münzberg, Kerstin
- Nolte, Günter
- Nowakowski, Norbert
- Ohms, Egbert
- Peck, Ulrich

- Recla, Jürgen
- Reimann, Holger
- Reseck, Erika
- Richter, Herbert
- Rickert, Annett
- Röhl, Joachim
- Römer, Klaus
- Roth, Andrea
- Rump, Bernd
- Scheler, Wolfgang
- Scheringer, Konrad
- Scherzer, Landolf
- Schlosser, Adelheid
- Schmidt, Bettina
- Schulze, Anne
- Schumann, Fritz
- Seifert, Ilja
- Selau, Hartmut
- Sojka, Michaele
- Steckhan, Rosemarie
- Steckmann, Gerd
- Steinitz, Klaus
- Strasen, Klaus-Peter
- Stuhlmacher, Waltraude
- Thiel, Wolfgang
- Toppel, Gertrud
- Türk, Lothar
- Vietze, Heinz
- Vogel, Hans-Joachim
- Wengel, Victor
- Weser, Bärbel
- Wietusch, Christel
- Wildgrube, Horst
- Willerding, Hans-Joachim
- Willing, Rainer
- Willnauer, Ralf Horst
- Wirries, Axel
- Wötzel, Roland
- Wolf, Jens
- Zelm, Jürgen
- Zimmer, Gabriele

## **5 Zusammensetzung des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS**

### *5.1 Zusammensetzung des Präsidiums des Parteivorstandes der SED/PDS im Ergebnis der Wahl am 9. Dezember 1989<sup>6</sup>*

- Gysi, Gregor (Vorsitzender)
- Berghofer, Wolfgang (Stellvertretender Vorsitzender)
- Modrow, Hans (Stellvertretender Vorsitzender)
- Pohl, Wolfgang (Stellvertretender Vorsitzender)
- Bisky, Lothar
- Deneke, Marlies
- Hegewald, Helmar
- Höpcke, Klaus
- Werner, Monika
- Willerding, Hans-Joachim

### *5.2 Zusammensetzung des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS im Ergebnis der Nachwahl am 8. März 1990<sup>7</sup>*

- Gysi, Gregor (Vorsitzender)
- Pohl, Wolfgang (Stellvertretender Vorsitzender)
- Adler, Helga
- Bisky, Lothar
- Börner, Rainer
- Brie, André
- Deneke, Marlies
- Hegewald, Helmar
- Höpcke, Klaus
- Steinitz, Klaus
- Weser, Bärbel
- Willerding, Hans-Joachim

## **6 Leiter der Kommissionen beim Parteivorstand der PDS**

### *6.1 Leiter der Kommissionen beim Parteivorstand der PDS ab 9. Dezember 1989<sup>8</sup>*

- Wolfgang Berghofer: Politisches System
- Lothar Bisky: Bildung/Schulpolitik, Medien/Presse
- Marlies Deneke: Frauen- und Jugendpolitik
- Helmar Hegewald: Umweltpolitik
- Klaus Höpcke: Wissenschafts- und Kulturpolitik
- Norbert Nowakowski: Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik
- Hans-Joachim Willerding: Internationale Politik



## 6.2 Leiter der Kommissionen beim Parteivorstand der PDS ab 8. März 1990<sup>9</sup>

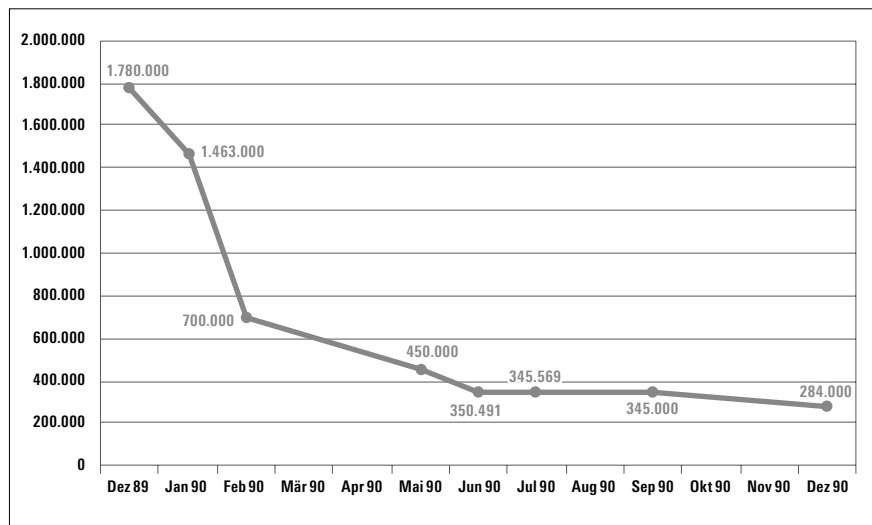
- Helga Adler: Interessen- und Arbeitsgemeinschaften (IG, AG) und Ausländerpolitik
- Lothar Bisky: Medienpolitik
- Rainer Börner: Parteienpluralismus und Bürgerinitiativen
- André Brie: Politische Bildung
- Marlies Deneke: Frauen- und Jugendpolitik
- Helmar Hegewald: Umweltpolitik
- Klaus Höpcke: Wissenschafts- und Kulturpolitik
- Bernd Meier: Politisches System
- Wolfgang Pohl: Organisation und Parteileben
- Klaus Steinitz: Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik
- Bärbel Weser: Volks-, Berufs- und Fachschulbildung
- Hans-Joachim Willerding: Internationale Politik

## 7 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED bzw. der SED/PDS (Stand: Dezember 1989)<sup>10</sup>

Bezirk	1. Sekretär
Berlin	Albrecht, Heinz
Cottbus	Thiel, Wolfgang
Dresden	Hahn, Hansjoachim
Erfurt	Kroker, Herbert
Frankfurt (Oder)	Meier, Bernd
Gera	Postler, Erich
Halle	Claus, Roland
Karl-Marx-Stadt	Kertscher, Norbert
Leipzig	Wötzel, Roland
Magdeburg	Pohl, Wolfgang
Neubrandenburg	Zelm, Jürgen
Potsdam	Vietze, Heinz
Rostock	Peck, Ulrich
Schwerin	Audehm, Hans-Jürgen
Suhl	Pechauf, Peter

## 8 Mitgliederentwicklung und Mitgliederstruktur der PDS

### 8.1 Mitgliederentwicklung der PDS<sup>11</sup>



### 8.2 Mitgliederzahl der PDS nach DDR-Bezirksorganisationen am 1. Juni 1990<sup>12</sup>

Bezirke der DDR	Anzahl der Mitglieder	davon Frauen	im Alter bis 30 Jahre	im Rentenalter
Berlin	61.426	27.893	6.616	21.976
Cottbus	15.987	6.505	1.649	6.199
Dresden	31.542	13.575	3.945	14.320
Erfurt	15.951	*	*	*
Frankfurt (Oder)	20.482	7.748	2.279	5.600
Gera	11.483	4.923	1.079	4.954
Halle	34.200	14.194	3.487	15.176
Karl-Marx-Stadt	30.501	13.203	2.581	14.978
Leipzig	24.548	10.413	2.357	11.153
Magdeburg	21.454	9.029	2.116	8.777
Neubrandenburg	15.603	6.486	1.933	5.011
Potsdam	22.733	9.117	2.544	7.315
Rostock	20.588	7.831	2.275	6.110
Schwerin	13.888	5.636	1.900	4.666
Suhl	10.105	3.683	1.279	3.575
<b>Gesamt:</b>	<b>350.491</b>	<b>140.236</b>	<b>36.040</b>	<b>129.810</b>
<b>davon:</b>	<b>100 %</b>	<b>41,9 %</b>	<b>10,8 %</b>	<b>38,8 %</b>

\* detaillierte Angaben lagen nicht vor

Neu als Mitglied der PDS aufgenommen wurden seit Anfang des Jahres 1990 1.894 Personen.

### 8.3 Altersstruktur der Mitglieder der PDS 1990

#### 8.3.1 Altersgruppen der Mitglieder der PDS Anfang Juni 1990 im Vergleich zu Ende Dezember 1990<sup>13</sup>

Altersgruppen	Anteil an der Mitgliedschaft in Prozent am 1.6.1990	Anteil an der Mitgliedschaft in Prozent am 31.12.1990
im Alter bis 30 Jahre	10,8%	8,9%
von 30 Jahren bis zum Rentenalter	50,4%	43,3%
im Rentenalter	38,8%	47,8%
<b>Gesamt:</b>	<b>100,0%</b>	<b>100,0%</b>

#### 8.3.2 Altersgruppen der PDS-Mitglieder im Mai 1990<sup>14</sup>

Altersgruppen	Anteil in Prozent im Mai 1990*
unter 21 Jahre	1,1
21 bis 30 Jahre	9,4
31 bis 40 Jahre	15,6
41 bis 50 Jahre	12,3
51 bis 60 Jahre	21,1
61 bis 70 Jahre	26,1
71 bis 80 Jahre	9,8
über 80 Jahre	4,4

\* Differenz zu 100 Prozent durch Runden

#### 8.4 Mitgliedschaft der PDS nach dem formalen Bildungsgrad im Mai 1991 im Bundesgebiet<sup>15</sup>

Bildungsgrad	Mitglieder insgesamt	Erwerbspersonen (Erwerbstätige und -fähige)	Rentner
ohne beruflichen Abschluss	5,1	1,7	9,0
Teilfacharbeiter	1,5	0,8	2,8
Facharbeiter	24,8	22,4	30,4
Meister/Techniker	5,0	4,3	6,6
Fachschulabschluss	28,1	28,6	30,4
Hochschulabschluss	33,1	42,4	20,9

Differenzen zu 100 Prozent durch Rundungen bzw. durch Nichtberücksichtigung von «Übrigen».

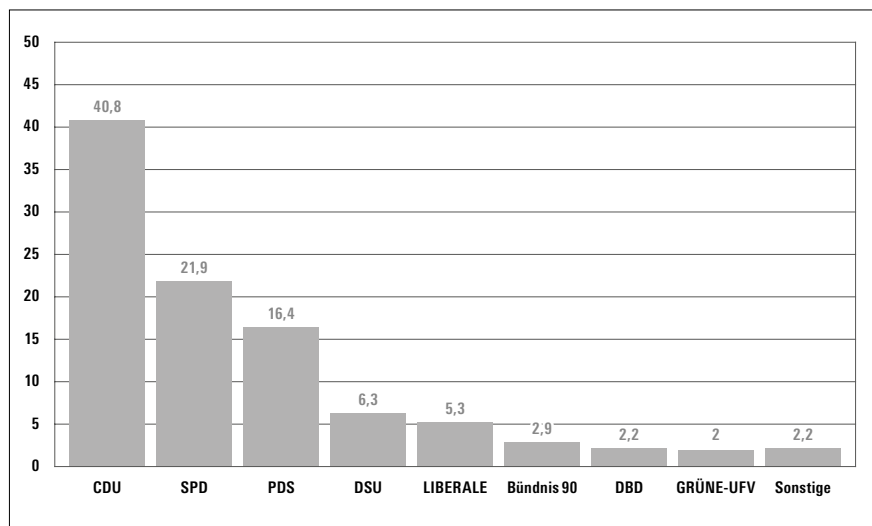
## 8.5 Sozialstruktur der PDS-Mitglieder im Mai/Juni 1990 im Vergleich zum Mai 1991<sup>16</sup>

Berufsgruppen	im Mai/Juni 1990 (Hochrechnung)	im Mai 1991
Arbeiter	25 %	26,0 %
Angestellte	38 %	45,2 %
Beamte	-	2,1 %
Akademiker	32 %	18,6 %
Bauern	3 %	2,5 %
Handwerker	1 %	1,1 %
Unternehmer	-	2,7 %
<b>Gesamt:</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>

Die Hochrechnung für Mai/Juni 1990 geht von einer Gesamtzahl von rund 400.000 Mitgliedern aus. Den Angaben im Mai 1991 liegt eine Gesamtzahl von 241.000 Mitgliedern zugrunde. Differenz zu 100 Prozent durch Nichtberücksichtigung von «Übrigen». Beamte und Unternehmer 1990 nicht ausgewiesen.

## 9 Wahlergebnisse der PDS bei der Volkskammerwahl im März 1990 und bei der Kommunalwahl im Mai 1990

### 9.1 Stimmen für die PDS bei der Volkskammerwahl im März 1990 im Vergleich mit den anderen Parteien (in Prozent der Stimmen)<sup>17</sup>



*9.2 Wahlentscheidung für die PDS bei der Volkskammerwahl im März 1990 nach Alter, Geschlecht und Berufsgruppen<sup>18</sup>*

Wahlentscheidung für die PDS nach Altersgruppen	Wähler*innen der PDS (in Prozent)
18 bis 35 Jahre	16
36 bis 60 Jahre	13
über 60 Jahre	15
Wahlentscheidung für die PDS nach Geschlecht	Wähler*innen der PDS (in Prozent)
Frauen	15
Männer	14
Wahlentscheidung für die PDS nach Berufsgruppen	Wähler*innen der PDS (in Prozent)
Arbeiter	9
Angestellte	17
Intelligenz	24
Gewerbetreibende	4
in Ausbildung	23
in der Landwirtschaft Tätige	9
Rentner	15
<b>Wahlergebnis</b>	<b>16</b>

*9.3 Stimmen für die PDS bei der Kommunalwahl im Mai 1990 im Vergleich mit der Volkskammerwahl im März 1990 nach Bezirken der DDR (in Prozent der Stimmen)<sup>19</sup>*

Bezirk	Volkskammerwahl März 1990	Kommunalwahl Mai 1990
Berlin (Ost)	29,97	30,04
Cottbus	17,87	16,15
Dresden	14,76	7,95
Erfurt	9,76	9,36
Frankfurt (Oder)	22,05	19,65
Gera	12,54	7,22
Halle	13,82	12,53
Karl-Marx-Stadt bzw. Chemnitz	11,29	9,87
Leipzig	14,43	11,77
Magdeburg	14,22	12,85
Neubrandenburg	25,80	20,08
Potsdam	16,56	15,67
Rostock	23,17	18,75
Schwerin	17,83	16,77
Suhl	12,55	11,93
<b>DDR gesamt</b>	<b>16,40</b>	<b>13,96</b>

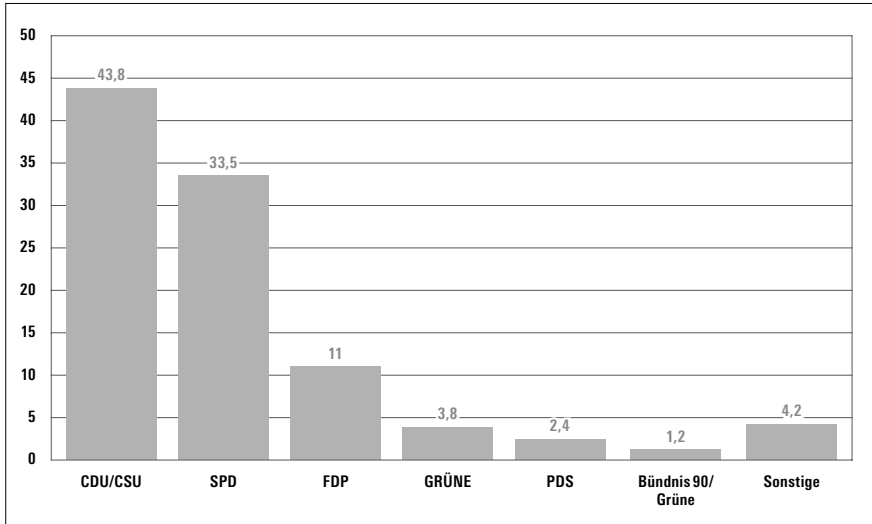
**10 Wahlergebnisse der PDS bei den Landtagswahlen im Herbst 1990 im Vergleich zur Volkskammerwahl im März 1990 und zur Kommunalwahl im Mai 1990<sup>20</sup>**

Bundesland	Landtagswahl 1990		Kommunalwahl im Mai 1990 (Stimmenanteil in %)	Volkskammerwahl im März 1990 (Stimmenanteil in %)
	Stimmen- anteil in %	Sitze		
Brandenburg	13,4	13	16,8	18,4
Mecklenburg-Vorpommern	15,7	12	18,6	22,4
Sachsen	10,2	17	9,7	13,4
Sachsen-Anhalt	12,0	12	12,7	14,0
Thüringen	9,7	9	9,3	11,3
<i>zum Vergleich:</i> Berlin (Ost)	23,6	(23)	30,0	30,2

*Anmerkung:* Die Landtagswahlen in den neu geschaffenen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen fanden am 14. Oktober 1990 statt. Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus fanden zeitgleich mit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 statt. Die für die PDS in Klammern angegebenen Sitze beziehen sich auf das Ergebnis in beiden Teilen des Stadtstaates. Die PDS erzielte in Berlin-West lediglich 1,1 Prozent, in Berlin insgesamt 9,2 Prozent der Stimmen. Die «Länder» bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 und bei der Kommunalwahl am 6. Mai 1990 entsprechen nur in etwa den nach dem 3. Oktober 1990 entstandenen neuen Bundesländern, da sich die Grenzen der Bezirke (für die von der offiziellen Wahlstatistik die Volkskammer- und Kommunalwahlergebnisse ausgewiesen wurden) und die Grenzen der neuen Länder nicht vollständig decken. Es wurden folgende Zuordnungen vorgenommen: Brandenburg = Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam; Mecklenburg-Vorpommern = Bezirke Neubrandenburg, Rostock und Schwerin; Sachsen = Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig; Sachsen-Anhalt = Bezirke Halle und Magdeburg; Thüringen = Bezirke Erfurt, Gera und Suhl.

## 11 Wahlergebnisse der PDS bzw. PDS/LL bei der Bundestagswahl 1990

### 11.1 Zweitstimmen für die PDS bzw. PDS/LL bei der Bundestagswahl 1990 im Vergleich mit den anderen Parteien (in Prozent der Zweitstimmen)<sup>21</sup>



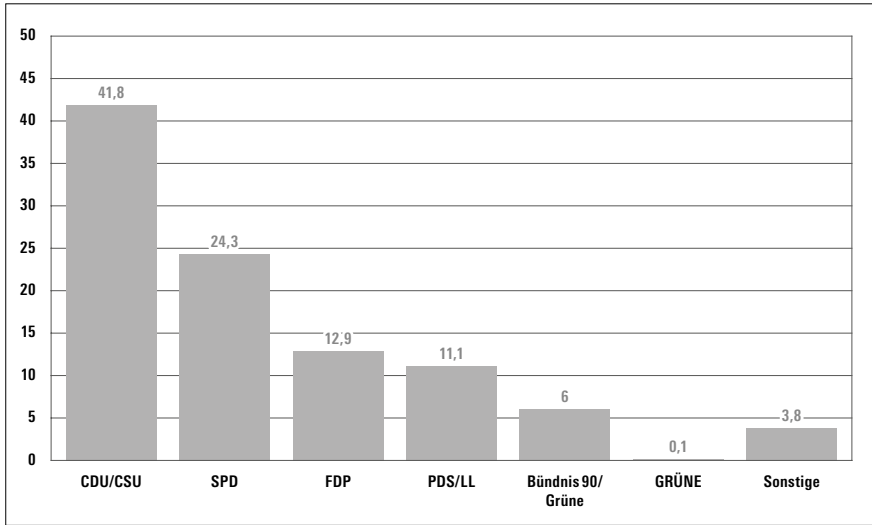
\* Differenz zu 100 Prozent durch Runden

*11.2 Ergebnisse der PDS bzw. PDS/LL bei der Bundestagswahl 1990  
in den einzelnen Bundesländern im Vergleich zu den Landtagswahlen<sup>22</sup>*

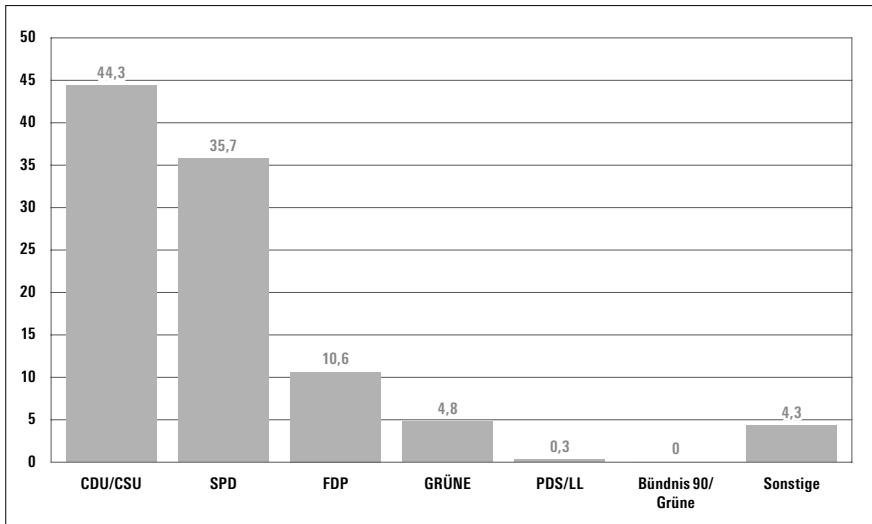
Bundesland	Bundestagswahl 1990		Landtagswahl 1990 (in % der Stimmen)
	Zweitstimmen (in 1.000)	in % der Zweit- stimmen	
Baden-Württemberg	13,8	0,3	-
Bayern	13,7	0,2	-
Berlin	195,6	9,7	9,2
Brandenburg	157,0	11,0	13,4
Bremen	4,2	1,1	-
Hamburg	10,4	1,1	-
Hessen	13,0	0,4	-
Mecklenburg-Vorpommern	141,9	14,2	15,7
Niedersachsen	14,7	0,3	-
Nordrhein-Westfalen	28,9	0,3	-
Rheinland-Pfalz	4,3	0,2	-
Saarland	1,2	0,2	-
Sachsen	251,2	9,0	10,2
Sachsen-Anhalt	149,1	9,4	12,0
Schleswig-Holstein	5,5	0,3	-
Thüringen	125,2	8,3	9,7
<b>Deutschland gesamt</b>	<b>1.129,6</b>	<b>2,4</b>	



**11.3 Ergebnisse der PDS bzw. PDS/LL bei der Bundestagswahl 1990 in Ostdeutschland im Vergleich mit den anderen Parteien (Zweitstimmenanteile in %)<sup>23</sup>**



**11.4 Ergebnisse der PDS/LL bei der Bundestagswahl 1990 in Westdeutschland im Vergleich mit den anderen Parteien (Zweitstimmenanteile in %)<sup>24</sup>**



### 11.5 Direktmandat für die PDS bei der Bundestagswahl 1990

Wahlkreis 261 – Berlin-Hellersdorf-Marzahn:

Gregor Gysi – 31,7 Prozent der Erststimmen.<sup>25</sup>

### 11.6 Wahlentscheidung für die PDS bzw. PDS/LL bei der Bundestagswahl 1990 nach Berufsgruppen und Konfessionen

#### 11.6.1 Ergebnisse der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen<sup>26</sup>

Wahlentscheidung für die PDS bzw. PDS/LL nach Berufsgruppen	Westdeutschland (in %)	Ostdeutschland (in %)
Arbeiter	0,2	5,3
Angestellte	0,3	9,9
leitende Angestellte/Beamte	0,1	13,1
Selbstständige	0,4	4,3
in Ausbildung	1,3	16,4
<b>Wahlergebnis</b>	<b>0,3</b>	<b>11,1</b>

Wahlentscheidung für die PDS bzw. PDS/LL nach Konfessionen	Westdeutschland (in %)	Ostdeutschland (in %)
katholisch	0,1	1,5
evangelisch	0,2	1,8
konfessionslos	1,4	12,9
<b>Wahlergebnis</b>	<b>0,3</b>	<b>11,1</b>

#### 11.6.2 Ergebnisse der Wahltagsbefragung von infas<sup>27</sup>

Wahlentscheidung für die PDS bzw. PDS/LL nach Berufsgruppen	Ostdeutschland (Stimmenanteil in %)
landwirtschaftliche Berufe	6
Arbeiter	7
einfache Angestellte	11
Berufe mit Hochschulabschluss	21
Selbstständige	5
in Ausbildung	10
<b>Wahlergebnis</b>	<b>11</b>

*11.7 Wahlentscheidung für die PDS bzw. PDS/LL bei der Bundestagswahl 1990 nach Alter<sup>28</sup>*

Wahlentscheidung für die PDS bzw. PDS/LL nach Altersgruppen	männliche Wähler der PDS bzw. PDS/LL (in Prozent)	weibliche Wähler der PDS bzw. PDS/LL (in Prozent)	Wähler*innen der PDS bzw. PDS/LL insgesamt (in Prozent)
18 bis 24 Jahre	2,7	2,3	2,5
25 bis 34 Jahre	2,8	2,8	2,8
35 bis 44 Jahre	3,0	2,7	2,9
45 bis 59 Jahre	2,8	2,5	2,6
über 60 Jahre	2,9	2,2	2,5
<b>zusammen</b>	<b>2,8</b>	<b>2,5</b>	<b>2,6</b>

**12 Abgeordnete der PDS in der 10. Volkskammer der DDR<sup>29</sup>**

- Gysi, Gregor (Fraktionsvorsitzender)
- Albrecht, Petra
- Bednarsky, Kerstin
- Bergt, Günter
- Bisky, Lothar
- Bittner, Ingrid
- Börner, Rainer
- Claus, Roland
- Demloff, Jürgen
- Deneke, Marlies
- Enkelmann, Dagmar
- Fache, Sabine
- Fischer, Ursula
- Förtsch, Eva-Maria
- Friedrich, Michael
- Fuchs, Ruth
- Glück, Hans-Gerd
- Groß, Jurij
- Hahn, Hans-Jürgen<sup>30</sup>
- Hannig, Wolf-Peter
- Hegewald, Helmar
- Heise-Schirdewan, Rosemarie
- Heuer, Uwe-Jens
- Höpcke, Klaus
- Hotz, Wolfgang
- Jentsch, Margit

- Kassner, Kerstin
- Kaufmann, Sylvia-Yvonne
- Keller, Dietmar
- Kertscher, Norbert
- Kober, Horst
- Kozian, Bärbel
- Kreuz, Bärbel
- Kröger, Erdmann
- Kummert, Angela
- Kunert, Wolfgang
- Leskien, Jürgen
- Luft, Christa
- Meier, Bernd
- Meier, Lothar
- Mocek, Reinhard
- Modrow, Hans
- Morgenstern, Marion
- Niederkirchner, Käte
- Ostrowski, Christine
- Peltsch, Steffen
- Pohl, Wolfgang
- Richter, Herbert
- Riege, Gerhard
- Scheringer, Johann
- Schneider, Angela
- Scholz, Christiane
- Schönebeck, Martina
- Schubert, Ina
- Schumann, Fritz
- Schumann, Michael
- Schur, Gustav-Adolf
- Seifert, Ilja
- Stadermann, Peter
- Steinitz, Klaus
- Stolfa, Roswitha
- Voigt, Gisela
- Wegener, Solveig
- Werner, Frieder
- Willerding, Hans-Joachim
- Zschoche, Brigitte

### **13 Abgeordnete der PDS im 11. Deutschen Bundestag<sup>31</sup>**

- Bittner, Ingrid
- Deneke, Marlies
- Enkelmann, Dagmar
- Fache, Sabine
- Fischer, Ursula
- Friedrich, Michael
- Fuchs, Ruth
- Gysi, Gregor
- Heuer, Uwe-Jens
- Kaufmann, Sylvia-Yvonne
- Keller, Dietmar
- Kertscher, Norbert
- Klein, Thomas<sup>32</sup>
- Modrow, Hans
- Morgenstern, Marion
- Ostrowski, Christine
- Riege, Gerhard
- Schönebeck, Martina
- Schumann, Fritz (Kroppenstedt)
- Schumann, Michael (Potsdam)
- Seifert, Ilja
- Steinitz, Klaus
- Stolfa, Roswitha
- Wegener, Solveig

### **14 Abgeordnete der PDS im 12. Deutschen Bundestag<sup>33</sup>**

- Gysi, Gregor (Vorsitzender)
- Bläss, Petra
- Braband, Jutta
- Briefs, Ulrich
- Enkelmann, Dagmar
- Fischer, Ursula
- Henn, Bernd
- Heuer, Uwe-Jens
- Höll, Barbara
- Jelpke, Ulla
- Keller, Dietmar
- Lederer, Andrea
- Modrow, Hans
- Riege, Gerhard

- Schumann, Fritz (Kroppenstedt)
  - Seifert, Ilja
  - Stachowa, Angela
- Stand zu Beginn der Legislaturperiode.

## **15 Auswahlbibliografie**

### **15.1 Archivbestände**

- Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), Bestand Parteivorstand der PDS – Die Ära Gysi (1989 bis 1993).
- ADS, Bestand PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR (10. Wahlperiode).

### **15.2 Quelleneditionen, Dokumentationen und Dokumentensammlungen**

- 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, Berlin, 26./27. Januar 1991, Berlin 1991.
- Auskünfte von der und über die Kommunistische Plattform, Berlin o. J. (1990).
- Behrend, Manfred/Meier, Helmut (Hrsg.): Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation, Berlin 1991.
- Bisky, Lothar/Czerny, Jochen/Mayer, Herbert/Schumann, Michael (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin 1996.
- Eine neue Partei? Erneuerungskonferenz der PDS, Berlin, 8./9. September 1990, Berlin 1990.
- Galkin, Aleksandr/Tschernjajew, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991. Deutsche Ausgabe, hrsg. von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Band 83), München 2011.
- Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS (Hrsg.): Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17./18. November 1990, Berlin 1991.
- Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999.
- Kommission Politische Bildung des Parteivorstandes der PDS (Hrsg.): Demokratischer Sozialismus. Materialien der Konferenz der PDS vom 8. Juli 1990 in Berlin, Berlin 1990.
- Linke Liste/PDS. Für eine starke linke Opposition. Gesamtdeutscher Wahlkongress der Linken Liste/PDS, Berlin, 15./16. September 1990, Berlin 1990.
- Nakath, Detlef/Neugebauer, Gero/Stephan, Gerd-Rüdiger: «Im Kreml brennt noch Licht.» Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989–1991, Berlin 1998.

- Partei des Demokratischen Sozialismus: dokumente, standpunkte, materialien. Auswahl. januar bis mai 1990, Berlin 1990.
- Parteivorstand der PDS (Hrsg.): Dokumente Juni 1990 – Januar 1991, Berlin 1991.
- PDS – Auf dem Weg der Erneuerung. Klausurtagung des Parteivorstandes. Berlin, 12. und 13. Mai 1990, Berlin 1990.
- Stephan, Gerd-Rüdiger/Nakath, Detlef (Hrsg.): Ausschluss. Das Politbüro vor dem Parteigericht. Die Verfahren 1989/1990 in Protokollen und Dokumenten, Berlin 2020.
- Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus. 24./25. Februar 1990, Berlin 1990.

### *15.3 Chroniken*

- Bahrmann, Hannes/Links, Christoph: Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989, Berlin 1994.
- Bahrmann, Hannes/Links, Christoph: Chronik der Wende 2. Stationen der Einheit – Die letzten Monate der DDR, Berlin 1995.
- Chronik der PDS 1989 bis 1997, erarbeitet von Helmut Zessin, Edwin Schwertner und Frank Schumann, Berlin 1998.
- Die Fischer Chronik Deutschland 1949–1999. Ereignisse, Personen, Daten, Frankfurt am Main 1999.
- Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS 1989 bis 1994, Berlin 1995.
- Was War Wann? Geschichte von 0000 bis gestern, unter: [www.was-war-wann.de/1900/1990/februar-1990.html](http://www.was-war-wann.de/1900/1990/februar-1990.html) (abgerufen am 23.2.2020).

### *15.4 Memoiren und Erinnerungen*

- Brie, André: Ich tauche nicht ab. Selbstzeugnisse und Reflexionen, Berlin 1996.
- Dürkop, Oliver/Gehler, Michael (Hrsg.): In Verantwortung. Hans Modrow und der deutsche Umbruch 1989/90, Innsbruck 2018.
- Gysi, Gregor: Ein Leben ist zu wenig. Die Autobiographie, Berlin 2017.
- Gysi, Gregor: Einspruch – Aufsätze, Gespräche, Briefe, Reden, Berlin 1992.
- Luft, Christa: Zwischen Wende und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung, Berlin 1999.
- Modrow, Hans: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991.
- Modrow, Hans: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998.
- Modrow, Hans: Von Schwerin nach Strasbourg. Erinnerungen an ein halbes Jahrhundert Parlamentsarbeit, Berlin 2001.
- Ostdeutsch oder angepasst. Gysi und Modrow im Streitgespräch, Berlin 2013.
- Runge, Irene/Stelbrink, Uwe: Gregor Gysi: «Ich bin Opposition», Berlin 1990.
- Wolf, Markus: In eigenem Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten, München 1991.
- Zotl, Peter-Rudolf: Das Ende und der Anfang. Das Wendejahr 1989/90 und die PDS in Berlin, Berlin 2019.

- 15.5 Wissenschaftliche Darstellungen in Büchern, Sammelbänden und Zeitschriften*
- Adolphi, Wolfram: PDS, Partei des demokratischen Sozialismus. Skizze zu ihrer Geschichte, in: *Utopie kreativ*, Nr. 172 (2005), S. 113–125.
  - Arnold, Karl-Heinz: *Die ersten hundert Tage des Hans Modrow*, Berlin 1990.
  - Behrend, Manfred: *Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei*, Köln 2006.
  - Beinert, Heinz (Hrsg.): *Die PDS – Phönix oder Asche? Eine Partei auf dem Prüfstand*, Berlin 1995.
  - Berg, Frank/Kirschner, Lutz (Hrsg.): *PDS am Scheideweg*, Berlin 2001.
  - Bergsdorf, Harald: *Die neue «Linke». Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel*, Bonn 2008.
  - Bollinger, Stefan (Hrsg.): *Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe*, Berlin 2004.
  - Bortfeldt, Heinrich: *Von der SED zur PDS – Aufbruch zu neuen Ufern? Sommer/Herbst 1989 – 18. März 1990*, Berlin 1990.
  - Bortfeldt, Heinrich: *Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?*, Bonn/Berlin 1992.
  - Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft. Chancen und Hindernisse für eine demokratische politische Kultur*, Berlin 1994.
  - Brie, André: *Befreiung der Visionen. Für eine sozialistische Erneuerung*, Hamburg 1992.
  - Brie, Michael: *Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: *Texte*, Bd. 1, Berlin 2000.
  - Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.): *Umbruch zur Moderne. Kritische Beiträge*, Hamburg 1991.
  - Brie, Michael/Woderich, Rudolf (Hrsg.): *Die PDS im Parteiensystem*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: *Schriften* 4, Berlin 2000.
  - Brie, Michael/Herzig, Martin/Koch, Thomas (Hrsg.): *Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen*, Köln 1995.
  - Daem-Sorayya, Sima: *Von der SED zur PDS. Politische Strukturen und programmatische Entwicklungen*, München 1991.
  - Eisenmann, Peter/Hirscher, Gerhard (Hrsg.): *Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland*, München 1992.
  - Falkner, Thomas/Huber, Dietmar: *Aufschwung PDS. Rote Socken – zurück zur Macht?*, München 1994.
  - Fraude, Andreas: *«Reformsozialismus» statt «Realsozialismus»? Von der SED zur PDS*, Münster/Hamburg 1993.



- Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg: Die PDS. Strukturen, Programm, Geschichtsverständnis. Beiträge einer Tagung am 18. Februar 1995 in Potsdam, Potsdam 1995.
- Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS, München 1994.
- Gutzeit, Martin/Heidemeyer, Helge/Tüffers, Bettina (Hrsg.): Opposition und SED in der friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90, Düsseldorf 2011.
- Gysi, Gregor (Hrsg.): Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990.
- Gysi, Gregor/Falkner, Thomas: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990.
- Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997.
- Holzhauser, Thorsten: Die «Nachfolgepartei». Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005, Berlin/Boston 2019.
- isda – Institut für Sozialdatenanalyse e.V.: Mitgliederbefragung der PDS 1991. Strukturen, politische Aktivitäten und Motivationen in der PDS. Forschungsbericht – Diskussionsfassung, Berlin 1991.
- Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, Berlin 2007.
- Kuppe, Johannes/Ammer, Thomas: Von der SED zur PDS, Bonn 1991.
- Lang, Jürgen P.: Wandel und Beharrung: SED und PDS, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 47, 17.11.2008, S. 34–39.
- Lannert, Christian: «Vorwärts und nicht vergessen»? Die Vergangenheitspolitik der Partei DIE LINKE und ihrer Vorgängerin PDS, Göttingen 2012.
- Malycha, Andreas/Winters, Peter Jochen: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009.
- Meuche-Mäker, Meinhard: Die PDS im Westen 1990–2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke, Berlin 2005.
- Moreau, Patrick: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn/Berlin 1992.
- Neu, Viola: Am Ende der Hoffnung: Die PDS im Westen (Schriftenreihe Zukunftsforum Politik, Nr. 10), Sankt Augustin 2000.
- Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013.
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch, Opladen 1994.
- Olzog, Günter/Liese, Hans-J.: Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte/Programmatik/Organisation/Personen/Finanzierung, München 1992.
- Oswald, Franz: The Party That Came Out of the Cold War. The Party of Democratic Socialism in United Germany, Westport, Conn. 2002.

- Philipps, Ann L.: Transformation of the SED? The PDS One Year Later, Köln 1991.
- Prokop, Siegfried (Hrsg.): Die kurze Zeit der Utopie. Die «zweite» DDR im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin 1994.
- Spier, Tim/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007.
- Trömmel, Markus: Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit. Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und der (SED-)PDS im letzten Jahr der DDR, Frankfurt am Main 2002.
- Tüffers, Bettina: Die 10. Volkskammer der DDR. Ein Parlament im Umbruch. Selbstwahrnehmung, Selbstparlamentarisierung, Selbstauflösung, Düsseldorf 2016.
- Welzel, Christian: Von der SED zur PDS. Eine doktrinegebundene Staatspartei auf dem Weg zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? Mai 1989 bis April 1990, Frankfurt am Main 1992.

Berlin, 9. Juli 2020

- 1 Die Zeittafel stützt sich auf: Chronik der PDS 1989 bis 1997, erarbeitet von Helmut Zessin, Edwin Schwertner und Frank Schumann, Berlin 1998, S. 739, und Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 307–311.
- 2 Vgl. Neues Deutschland, 3.1.2013.
- 3 Vgl. Zusammensetzung des Arbeitsausschusses. Archiv Demokratischer Sozialismus (Kurzform: ADS), Bestand Parteivorstand der PDS – Die Ära Gysi (1989 bis 1993) (Kurzform: PDS-PV), Signatur 003, Bl. 126. Nachträglich wurde Andreas Thun von der Plattform WF in das Gremium kooptiert. Vgl. Einführung in: Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 20.
- 4 Vgl. Wahlprotokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9. und 16./17. Dezember 1989 zur Wahl des Parteivorstandes der SED. ADS, PDS-PV - 002, Bl. 1642–1646; Wahlprotokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9. und 16./17. Dezember 1989 zur Wahl des Parteivorsitzenden der SED. ADS, PDS-PV - 002, Bl. 1648; Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 446–451.
- 5 Vgl. Wahlprotokoll des 1. Parteitages der PDS vom 24./25.2.1990 für die Nachwahl der Mitglieder des Parteivorstandes der PDS, S. 1/2. ADS, PDS-PV - 011, Bl. 466/467; Zusammensetzung des Parteivorstandes der PDS, in: Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus. 24./25. Februar 1990, Berlin 1990, S. 137–141.
- 6 Vgl. Berliner Zeitung, 11.12.1989.
- 7 Vgl. Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus, S. 137–141; Neues Deutschland, 10./11.3.1990.
- 8 Vgl. Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, S. 26 und 178. Norbert Nowakowski wurde bereits im Januar 1990 von seiner Funktion als Kommissionsvorsitzender wieder entbunden. Vgl. ebd., S. 350.
- 9 Vgl. Chronik der PDS 1989 bis 1997, S. 21.
- 10 Vgl. Moreau, Patrick: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn/Berlin 1992, S. 32 f.
- 11 Zusammengestellt nach: Neugebauer, Gero/Reister, Hugo: PDS und Gewerkschaften, Bonn 1996, S. 14; Bortfeldt, Heinrich: Von der SED zur PDS. Wändlung zur Demokratie?, Bonn/Berlin 1991, S. 155 und 176; Referat des Genossen Gregor Gysi, in: PDS – Auf dem Weg der Erneuerung. Klausurtagung des Parteivorstandes, Berlin, 12. und 13. Mai 1990, Berlin 1990, S. 45 f.; Aktuelle Mitgliederzahl der PDS: 350.491, in: PDS-Pressedienst, Nr. 23, 14.6.1990, S. 23; Modrow, Hans: Wir wollen ein Deutschland, das besser ist als DDR und BRD. Referat des Ehrenvorsitzenden der PDS auf der Parteivorstandstagung am 25. August 1990, in: ders.: Für ein Deutschland, besser als DDR und BRD; Steinitz, Klaus: Für Arbeit, wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Sicherheit, Hrsg.: Parteivorstand der PDS, Berlin 1990, S. 19; Bericht des Parteivorsitzenden Gregor Gysi an den 1. Parteitag der PDS (Fortsetzung) am 16. September 1990 (Entwurf, 14.9.1990), S. 11. ADS, PDS-PV - 202, Bl. 22; Rede Gregor Gysis, Vorsitzender der PDS, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, Berlin, 26./27. Januar 1991, Berlin 1991, S. 25.
- 12 Vgl. Aktuelle Mitgliederzahl der PDS: 350.491, S. 23.
- 13 Zusammengestellt und berechnet nach: ebd.; Rede Gregor Gysis, Vorsitzender der PDS, in: 2. Parteitag [der PDS], 1. Tagung, S. 25.
- 14 Vgl. Neugebauer/Stöss: Die PDS, S. 149.
- 15 Vgl. isda – Institut für Sozialdatenanalyse e.V.: Mitgliederbefragung der PDS 1991. Strukturen, politische Aktivitäten und Motivationen in der PDS. Forschungsbericht – Diskussionsfassung, Berlin 1991, S. 44.
- 16 Zusammengestellt nach: Wittich, Dietmar: Sozialstruktur von PDS-Mitgliedern, in: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch, Opladen 1994, S. 232 und 235.
- 17 Vgl. Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik '90, Berlin 1990, S. 449; Schindler, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden, Bd. III, Baden-Baden 1999, S. 3887.
- 18 infas-Wahltagsbefragung am 18. März 1990. Vgl. infas Deutschland-Politogramm 6–7/1990. ADS, PV PDS - 410, Bl. 119.
- 19 Zusammengestellt nach Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch, S. 449 f.; Berliner Zeitung, 20.3.1990. Das von der *Berliner Zeitung* für die «DDR gesamt» ausgewiesene Ergebnis bei der Kommunalwahl vom Mai 1990 weicht vom offiziell ausgewiesenen Ergebnis (14,6 Prozent der Stimmen) ab.
- 20 Angaben nach bzw. berechnet nach Schindler: Datenhandbuch, Bd. III, S. 3888; Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch, S. 450; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1991 für das vereinte Deutschland, Wiesbaden 1991, S. 104; Der Fischer Weltalmanach 1992, Frankfurt am Main 1991, S. 287.
- 21 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch, S. 101.
- 22 Zusammengestellt nach ebd., S. 101 und 104.
- 23 Vgl. Schindler: Datenhandbuch, Bd. I, S. 204. Wahlkreis 257 bis 328 (Gebiet der früheren DDR einschließlich Berlin-Ost)

- 24 Vgl. ebd. Wahlkreis 1 bis 256 (ursprüngliches Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West).
- 25 Vgl. Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode (Stand: 1.5.1991), Rheinbreitbach 1991, S. 110.
- 26 Vgl. Schindler: Datenhandbuch, Bd. I, S. 238.
- 27 Vgl. infas-Report Wahlen: Bundestagswahl 1990. Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990. Analysen und Dokumente, Bonn-Bad Godesberg 1991, S. 90.
- 28 Vgl. [www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/01/01\\_10/01\\_10\\_01.html](http://www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/01/01_10/01_10_01.html) (Stand: 14.8.2013). Das hier im Datenhandbuch ausgewiesene Gesamtergebnis für die PDS bzw. PDS/LL weicht vom offiziell ausgewiesenen Wahlergebnis (2,4 Prozent der Stimmen) ab.
- 29 Zusammengefasst nach: Verwaltung der Volkskammer der DDR im Auftrag des Präsidiums der Volkskammer der DDR (Hrsg.): Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode. Die Abgeordneten der Volkskammer nach den Wahlen vom 18. März 1990, Rheinbreitbach 1990, S. 336; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Der aktuelle Begriff '91, Rheinbreitbach 1991, S. 42f.; Schindler: Datenhandbuch, Bd. III, S. 3902–3909.
- 30 Als Abgeordneter am 28. August 1990 ausgeschieden. Nachfolger: Hartmut Junghans.
- 31 Vgl. Ein neues Kapitel im BRD-Parlament: 23 Abgeordnete im Bundestag, in: PDS-Pressedienst, Nr. 39, 5.10.1990, S. 1–3.
- 32 Die Fraktion der PDS stellte für Thomas Klein (Vereinigte Linke), der in der 10. Volkskammer der DDR keiner Fraktion angehörte, einen Abgeordnetenplatz von den ihr zustehenden 24 Plätzen zur Verfügung.
- 33 Vgl. Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag, S. 290.

Drei Jahrzehnte nach der Implosion des sogenannten real existierenden Sozialismus und dem Beitritt der DDR zur BRD gehen die Einschätzungen zu den damaligen Ereignissen zwischen den Beteiligten sowie Wissenschaftler\*innen und Journalist\*innen zum Teil weit auseinander. Das trifft auch auf die Entstehung der PDS im Dezember 1989 und ihr erstes Jahr in jenen turbulenten Zeiten zu. Jochen Weichold legt, gestützt auf Dokumente der PDS im Archiv Demokratischer Sozialismus, eine faktenreiche Darstellung der zwölf Monate zwischen dem geschossenen Rücktritt der SED-Führung am 3. Dezember 1989 und der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 vor.